

SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren

#2
2022

Auseinanderdriften

Polarisierung, Radikalisierung und Konflikt

Verhaltenslehren der Wärme von Hannah Lindner | Expert*innen und
Lai*innen von Paul Weinheimer | Vermittlung zwischen polarisierten
Differenzen von Miriam Tekath | Schüler*innen beruflicher Schulen –
eine polarisierte Zielgruppe? von Paul Lachmann

Außerdem: Soziologiemagazin goes DGS Kongress 2022 | Konferenz- und Tagungstermine
2023 | Ausgewählte Fachliteratur



geb., 208 S., € 30,- | 978-3-86854-361-2



Woher kommt die Wut vieler Menschen, die sich im Netz oder auf der Straße formiert?

Es sind die Prüfungen des Lebens, persönliche Erfahrungen mit Geringschätzung, Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Unsicherheit, die soziale Bewegungen heute bestimmen. Erst wenn diese Prüfungen in den Blick genommen werden, lassen sich, so Pierre Rosanvallon, die Veränderungen und Dynamiken der Gesellschaften in westlichen Demokratien verstehen.

geb., 336 S., 35,- € | 978-3-86854-362-9



geb., 312 S., 1 € 35,- | 978-3-86854-360-5



Editorial

Auseinanderdriften. Polarisierung, Radikalisierung und Konflikt

Die polarisierende Wirkung von Social Media ist 2022 keine Neuigkeit mehr. Zahlreiche Studien haben sich in der vergangenen Dekade mit dem Thema der Polarisierung im Digitalen auseinandergesetzt. Etwas nachgelagert beobachten wir derartige Polarisierungstendenzen aber auch in der analogen Welt. Klimakrise, Corona-Pandemie oder Migrationspolitik lassen den Austausch sowohl online als auch offline verstärkt eskalieren. Mitunter erhitzen sogar banale Themen wie das Fußballspiel vom Vorabend die Gemüter schnell. Teile der Sozialwissenschaft und Medien schlussfolgern aus solchen und ähnlichen Beobachtungen, dass eine zunehmende Polarisierung ein entscheidendes und generelles Charakteristikum des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Klimas sei.

Dass politische Themen zur Bildung von zwei oder auch mehreren gesellschaftspolitischen „Polen“ führen können, zwischen deren Elementen keine Gemeinsamkeiten mehr bestehen, ist dabei kein grundsätzlich neues Phänomen. Dennoch lassen aktu-

elle Entwicklungen im Kontext politischer Auseinandersetzung die These plausibel erscheinen, dass Lebenswelten unvereinbarer, Meinungen konträrer und Systeme inkompatibler werden. Es scheint so, als würden Diskussionen mit immer weniger Kompromissbereitschaft, dafür aber mit immer größerer Emotionalität geführt.

Doch wo Schatten ist, ist meist auch Licht: Während das Bewusstsein für das Auseinanderdriften gesellschaftlicher Positionen und Lebenswelten groß ist, ist es uns als Redaktion auch ein Anliegen zu fragen, wie es um das Bauen von Brücken bestellt ist. Lassen sich antagonistische Gruppen nicht vielleicht doch an einen Tisch bringen? Wie sehen Vermittlungsversuche zwischen entfremdeten Gruppen aus? Oder werden wir eine zunehmende gesamtgesellschaftliche Polarisierung schlicht hinnehmen müssen? Wir freuen uns, im vorliegenden Heft beiden Perspektiven – der Polarisierung wie auch dem Brückenbauen – Raum geben zu können.

Unser Hauptbeitrag – „Verhaltenslehren der Wärme“ – widmet sich der Gegenüberstellung einer „warmen“ Gemeinschaft und einer „kalten“ berechnenden Gesellschaft. Hannah Lindner argumentiert für eine Erweiterung der binären Kategorie um ein drittes Element – eine „lauwarme Gesellschaft“. Wo gemeinschaftliche Wärme zu Verbrennungen führen kann und kalte Rationalität zu Teilnahmslosigkeit, dort müsse, so Lindner, verstärkt für eine „lauwarme“ Gesellschaft eingetreten werden. Eine, die identitätspolitische Gemeinschaften im gleichen Maße duldet, wie sie die kalte Gesellschaft zu erwärmen versucht. Mit anderen Worten: Gemeinschaft und Gesellschaft müssen keine Gegensätze sein und eine Vermittlung zwischen den Polen könne auch der Demokratie als solcher helfen.

Doch wo lassen sich solche Vermittler*innen lokalisieren? Dieses Heft steht in thematischer Nähe zum Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 26. bis 30. September 2022, der unter dem Thema der Polarisierung stattfand. Für den *soziologiemagazin e.V.* bat der Kongress die Möglichkeit, das Ad-hoc-Panel „Vermittlung zwischen polarisierten Welten?“ auszurichten und vor allem die weniger beachtete Dimension der Polarisierung in den Blick zu nehmen: Das Brückenbauen zwischen scheinbar unversöhnlichen Positionen.

Das Ad-hoc-Panel des *soziologiemagazin e.V.* ging der Frage nach den verbindenden Elementen in einer zersplitterten Gesellschaft nach und ermöglichte es zwei Nachwuchsforscher*innen, Miriam Tekath und Paul Lachmann, ihre Arbeit vorzustellen: beide forschen dazu, wie gesellschaftliche Spaltungen überwunden werden können. Paul Lachmann arbeitet im Projekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“, welches Demokratieförderung im ostthessischen Landkreis Hersfeld-Rotenburg betreibt und demokratiezersetzenden Tendenzen entgegenarbeitet. Auf dem Panel berichtet er von seiner Arbeit mit den Schüler*innen im Landkreis und ihren Einstellungen zu Demokratie und Identitätsfragen sowie ihrem ehrenamtlichen bzw. gesellschaftspolitischen Engagement. Eine Forschungsnotiz, basierend auf seinem Vortrag, findet Ihr in diesem Heft.

Miriam Tekath nahm uns in ihrem Panel-Vortrag mit in den mehrere tausend Kilometer entfernten Senegal und berichtete von der Spaltung des Landes in Nord- und Südbewohner*innen. Sie blickt auf die darauffolgende Vermittlungsarbeit durch Institutionen und Akteur*innen und zeigt, wie diese versuchen, die Spaltung ihres Landes auf kreative Weise zu lösen. Auch von ihr ist eine Forschungsnotiz in dieses Heft eingegangen.

Wir sind sehr dankbar für die Arbeit, die beide in ihre Vorträge sowie die Ausarbeitungen gesteckt haben und freuen uns, dass wir in unserem Panel diese zwei sehr unterschiedlichen – aber gerade deshalb aufschlussreichen – Perspektiven des Brückenbaus aufnehmen konnten.

Der DGS-Kongress ist traditionell „the place to be“ für die deutschsprachige Soziologie; und so ist die inhaltliche Dichte des Kongresses auch für gewöhnlich zu hoch, als dass man ihr in einem kurzen Editorial auch nur annähernd gerecht werden könnte. Nach der feierlichen Eröffnung des Kongresses folgten vier eng getaktete Tage zur gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Forschung. Veronika Riedl und Andreas Schulz-Tomančok haben versucht, sich auf die für sie zentralen Aspekte zu beschränken und ihre Eindrücke vom Kongress in einem kurzen Bericht festgehalten. Dieser findet sich ebenfalls in diesem Heft.

Schließlich enthält diese Ausgabe noch einen Perspektivenbeitrag von Paul Weinheimer. Der Autor untersucht eine Polarisierungsdynamik zwischen Expert*innen und Lai*innen während der Corona-Pandemie. Es gelang nicht umfassend, so die These, die Bevölkerung unter einem mehr oder weniger kohärenten Expert*innenwissen

zu integrieren. Die Begleiterscheinung ist die vermehrte Orientierung an Verschwörungserzählungen und damit einhergehende Gegenexpertise.

Zudem haben wir auch diesmal wieder einige Literaturhinweise aus der Redaktion zum Weiterstöbern rund um das Thema Polarisierung gesammelt.

Polarisierungen in der Gesellschaft sind im 21. Jahrhundert so aktuell wie im vorangegangenen. Dementsprechend freuen wir uns sehr, in diesem Heft eine so große Bandbreite an Perspektiven und Forschung versammeln zu können. Wir möchten allen Beitragenden herzlich für ihre Einsendungen und die konstruktive Zusammenarbeit danken. Unseren Leser*innen wünschen wir eine spannende Lektüre. Vielen Dank für Euer Interesse!

Stellvertretend für die Redaktion des Soziologiemagazins, Februar 2023

Hendrik Erz und Nils Haacke

Das Editorial wurde von **Cathrin Mund** lektoriert.

Verlag Barbara Budrich



ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung

3. Jahrgang 2023 • erscheint 2 x jährlich im Open Access
ca. 200 Seiten pro Heft • Deutsch, Englisch
ISSN 2701-9624 • eISSN 2701-9632
zrex.budrich-journals.de



Michaela Köttig, Nikolaus Meyer, Johanna Bach, Connie Castein,
Mona Schäfer (Hrsg.)

Soziale Arbeit und Rechtsextremismus

Ein Studienbuch für Lernende und Lehrende

2022 • 286 Seiten • kart. • 29,90 € (D) • 30,80 € (A) • utb M
ISBN 978-3-8252-5952-5 • eISBN 978-3-8385-5952-0



Björn Milbradt, Anja Frank, Frank Greuel, Maruta Herding (Hrsg.)

Handbuch Radikalisierung im Jugendalter

Phänomene, Herausforderungen, Prävention

2022 • 376 Seiten • kart. • 48,00 € (D) • 49,40 € (A)
ISBN 978-3-8474-2559-5 • eISBN 978-3-8474-1706-4

2 / 2022

Editorial	1
Auseinanderdriften. Polarisierung, Radikalisierung und Konflikt	
<i>von Hendrik Erz und Nils Haacke</i>	

Schwerpunkt

Verhaltenslehren der Wärme	7
Polarisierung durch Identitätspolitik? <i>von Hannah Lindner</i>	

Perspektive

Expert*innen und Lai*innen	26
Ein polarisiertes Verhältnis in der Corona-Pandemie <i>von Paul Weinheimer</i>	

Forschungsnotizen

Vermittlung zwischen polarisierten Differenzen	42
Konflikt- und Kooperationsdynamiken in senegalesischen Hochschulen <i>von Miriam Tekath</i>	
Schüler*innen beruflicher Schulen – eine polarisierte Zielgruppe?	60
Projekterfahrungen aus dem ländlichen Raum Osthessens <i>von Paul Lachmann</i>	

Aus der Redaktion

Soziologiemagazin goes DGS Kongress 2022	75
Kongressbericht <i>von Veronika Riedl & Andreas Schulz-Tomančok</i>	
Literaturhinweise	80
Tagungen und Termine	84
Redaktionsteam	86
Danksagung	87
Impressum	89



Wer würde nicht gerne in einem Magazin erscheinen?

Falls du gerne schreibst und Begeisterung für die Soziologie aufbringst, könnte in der nächsten Ausgabe dein Beitrag hier gelistet sein!

SCHWERPUNKT



Verhaltenslehren der Wärme

Polarisierung durch Identitätspolitik?

von Hannah Lindner

7

Unter dem Schlagwort *Identitätspolitik* finden gegenwärtig Auseinandersetzungen über aufgeheizte politische Diskussionskultur statt. Eine gängige Kritik an Identitätspolitik bezieht sich dabei auf deren angeblich vergemeinschaftende und polarisierende Tendenzen. Der vorliegende Text untersucht, inwiefern diese Kritik tatsächlich zutrifft und zieht dafür die Argumentationslinie zur Gegenüberstellung von *warmer Gemeinschaft* und *kalter Gesellschaft* heran, die von Helmuth Plessner formuliert wurde. Es wird die These aufgestellt, dass mit Polarisierung argumentierende Kritik an Identitätspolitik sowohl bei deren Bewertung als vergemeinschaftend als auch in der Entwicklung eines scheinbar „gesellschaftlichen“ politischen Gegenmodells ihr Ziel verfehlt: Während einerseits verkannt wird, dass Identitätspolitik zwar *polarisierende Hitze* entwickeln können, diese in ihrem Kernanliegen aber gerade nicht beinhalten, wird andererseits die Polarisierungsgefahr des eigenen Demokratieverständnisses übersehen. Zwischen *kalter Gesellschaft* und *warmer Gemeinschaft* plädiert der Text schließlich für eine politische Gemeinschaft der gemäßigten Temperatur.

abstract

Schlagwörter

Identitätspolitik; Polarisierung; warme Gemeinschaft; kalte Gesellschaft

Kalte Nation, warme Identität? Zur Temperatur politischer Philosophien

Dem Kulturwissenschaftler Helmuth Lethen, Autor der „Verhaltenslehren der Kälte“ (1994) und Spezialist für die „Entfremdungs-Kälte der Gesellschaft“ (Lethen, 1994, S. 9), ist es zu warm: „Abkühlung täte not“ (Lethen, 2021), diagnostiziert er bei den allgegenwärtigen Debatten um Identitätspolitik. Dort, wo eigentlich „maßvolle Distanz“ angemessen sei, würden „heiße Zonen der Nähe“ konstruiert (Lethen, 2010). Erhitzung aber mache Differenzierung und Austausch unmöglich (Lethen, 2021). Damit stellt Lethen sich auf die Seite einer Kritik an Identitätspolitik, die diesen eine gefährliche Tendenz zu Vergemeinschaftung und Polarisierung unterstellt und stattdessen für eine gesellschaftliche *Abkühlung* plädiert. Diese Argumentationslinie ist es, die ich in diesem Text genauer untersuchen werde.

Dafür werde ich zunächst die theoretische Grundlage dieser Kritik auf die Gegenüberstellung einer *warmen Gemeinschaft*, die als politisches Ideal abgelehnt wird, und einer *kalten Gesellschaft*, die als politisches Ideal affirmiert wird, zurückführen. Daraufhin werde ich argumentieren, dass diese Gegenüberstellung die Gemeinschaftskritik reformuliert, die Helmuth Plessner 1924 in „Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus“ als Anthro-

pologie und Sozialethik entwickelt und Christian Graf von Krockow dann 1983 in „Gewalt für den Frieden? Die politische Kultur des Konflikts“ auf Demokratietheorie übertragen hat. Anschließend werde ich zeigen, dass die Anwendung des Plessner'schen Gegensatz auf Identitätspolitik an deren Kern vorbeigeht und die daran anschließenden politischen Gegenkonzeptionen ebenfalls falsch eingeordnet werden.

Der Begriff der Identitätspolitik ist, wie Silke van Dyk richtig bemerkt, ebenso „schillernd wie schwammig“ (van Dyk, 2019, S. 27). Ursprünglich in den 70er Jahren im Zuge des Emanzipationskampfes schwarzer, lesbischer Frauen geprägt (Combahee River Collective, 1979), wird er seit den 90er Jahren zunehmend auch in Debatten um Queerfeminismus und Critical Whiteness verwendet. Während unter ersterem ein vor allem auf die Dekonstruktion von Genderkategorien ausgerichteter Feminismus verstanden wird, der die diskriminierenden Aspekte von Sprache betont (Kastner & Susemichel, 2019), richtet sich letzterer gegen rassistische Praktiken und stellt dabei statt den diskriminierten Gruppen die Position der Privilegierten in den Fokus der Analyse (Karakayali et al., 2013). Das zentrale Anliegen der Identitätspolitik, Diskriminierung von Angehörigen bestimmter sozialer Gruppen zu bekämpfen, kam jedoch nicht erst mit dem konkreten Begriff auf. Bereits im

Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen der 60er-Jahre wurde Antidiskriminierung zu einem Schwerpunkt der politischen Linken, die sich bis dahin vor allem auf die Überwindung der Klassenverhältnisse fokussiert hatte (Kastner & Susemichel, 2020). Was genau jedoch im aktuellen Diskurs mit dem Begriff der Identitätspolitik gemeint oder nicht gemeint wird, gilt es später noch zu untersuchen.

Auch die Einwände gegen Identitätspolitik lassen sich nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Gegner*innen bedienen sich nicht nur unterschiedlicher Argumentationslinien, sondern lassen sich auch in nahezu allen politischen Lagern finden. ‚Die‘ Kritik an Identitätspolitik gibt es somit nicht. Während manche eine angeblich neoliberale Ausrichtung, die materielle soziale Ungleichheit vernachlässigt, beanstanden, lässt sich gleichzeitig eine Argumentation aus liberaler Richtung beobachten, die den Fokus der Identitätspolitik auf Kollektive statt Individuen ablehnt. Unter Linken, Liberalen, Konservativen, Republikaner*innen und anderen politischen Lagern lassen sich überall Fraktionen finden, die ihr Unbehagen mit Identitätspolitik ausdrücken und sich dabei teilweise auch unerwartet einig sind.¹ Die Kritik an Identitätspolitik, die hier betrachtet wird, zeichnet sich dadurch aus, dass sie vor allem den Vorwurf der Polarisierung erhebt und dagegen eine

”

Polarisierungsvorwürfe an Identitätspolitikern [sind] kein Nischenphänomen.

starke Konzeption staatsbürgerlicher Beteiligung stellt. Die Autoren, auf die ich meine Analyse gemeinschaftsskeptischer Kritik an Identitätspolitikern stütze, sind die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Mark Lilla und Francis Fukuyama sowie, für den deutschen Sprachraum, der Historiker und FAZ-Feuilletonist Simon Strauß, der sich auf die beiden beruft. Während Fukuyama aus neokonservativen Kreisen stammt und Strauß' erstes Buch sogar dem Rechtskonservatismus verdächtigt wurde (Pofalla, 2019), ließe sich Lilla wohl eher im liberalen Spektrum verorten. Die Auswahl der genannten Autoren erhebt nicht den Anspruch, die mit dem Gegensatz Gemeinschaft – Gesellschaft argumentierende Kritik an Identitätspolitikern vollständig abzudecken, versucht aber, Debattenbeiträge aufzugreifen, die – teilweise auch mit Verweis auf die jeweils anderen – breit rezipiert werden.² Dass diese aus unterschiedlichen politischen Richtungen stammen, zeigt, dass Polarisierungsvorwürfe an Identitätspolitikern kein Nischenphänomen sind, sondern lagerübergreifend mit gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit rechnen können.

Authentizität als Zumutung. Gemeinschaftsskeptische Kritik an Identitätspolitik und ihre Grundlagen bei Helmuth Plessner

Die Gegenüberstellung von *Gemeinschaft* und *Gesellschaft* geht auf das 1887 erschienene Hauptwerk von Ferdinand Tönnies zurück, in dem er die beiden Begriffe als sich gegenüberstehende Formen menschlichen Zusammenlebens beschreibt. Die *Natürlichkeit* gemeinschaftlicher Verbundenheit, die sich exemplarisch in der Familie zeigt, wird mit der *Künstlichkeit* gesellschaftlicher Ordnungen kontrastiert, die typisch für kapitalistische Tauschbeziehungen ist (Tönnies, 2012). Obwohl Tönnies seine Abhandlung als ‚reine‘ Soziologie verstanden hat, lässt sie sich jedoch auch als Plädoyer für eine an Gemeinschaftlichkeit orientierte soziale Ordnung (miss)verstehen, was sich an der fatalen und von Tönnies mehr als ungewollten Rezeption des Textes im Nationalsozialismus zeigt. Gleichzeitig wird Tönnies‘ Gemeinschafts- und Gesellschaftskonzeption auch von marxistischer Seite affirmativ aufgegriffen, so zum Beispiel in Georg Lukács (1923) gemeinschaftsbejahender Schrift „Geschichte und Klassenbewusstsein“. Ein Jahr später erscheint schließlich in einem „challenge-response-Verhältnis“ (Fischer, 2014, S. 410, Herv. im Orig.) zu Lukács Helmuth Plessners Buch „Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen

Radikalismus“, das in scharfer Opposition zu Lukács und Tönnies steht.

Plessner, der als Hauptvertreter der philosophischen Anthropologie den Menschen gerade durch seine „natürliche Künstlichkeit“ charakterisiert, entwirft hier eine „Verhaltenslehre für die Kühle der Gesellschaft“ (Lethen, 1994, S. 76), in der er den Begriff der *Gemeinschaft* dem Wärmepol, den der *Gesellschaft* dem Kältepol zuordnet. Ausgehend von einer „Kritik des sozialen Radikalismus“ argumentiert Plessner, dass jede Gemeinschaft auf Gesellschaft als übergeordnetes Prinzip angewiesen sei, da diese im Gegensatz zu Gemeinschaften keinen totalitären Anspruch auf das Individuum ausübe (Plessner, 2002). Gesellschaft zeichnet sich nicht durch emotionale oder wertebezogene Nähe aus, sondern ist eine „Sphäre der permanenten Trennungen“ (Lethen, 1994, S. 77), ein „offenes System des Verkehrs zwischen den Menschen“ (Plessner, 2002, S. 80). Plessner behauptet dabei nicht, dass die Nähe der Gemeinschaft *an sich* abzulehnen ist, sondern dass zwischen ihr und der Distanz der Gesellschaft – beide zwei gleich ursprüngliche menschliche Bedürfnisse – ein Ausgleich hergestellt werden muss (Plessner, 2002). Gesellschaft verlangt „Höflichkeit“, „Reserviertheit“ (Plessner, 2002, S. 80) und eine „Gedämpftheit im Ausdruck“ (Plessner, 2002, S. 110), entscheidend sind dort „Fingerspitzen“, „Biegsamkeit“ und „Mäßigung“ (Plessner,

2002, S. 15).

Nur die Kälte der Gesellschaft ist es, die nach Plessner persönliche Freiheit garantieren kann, da die Enge der Gemeinschaft den Menschen immer auch festlegt. Das Charakteristische der menschlichen Seele aber liege im „Werden“ (Plessner, 2002, S. 62-63). Neben der Möglichkeit persönlicher Entfaltung bietet die Kälte der Gesellschaft aber auch Schutz vor Verletzungen, die in der Enge der Gemeinschaft zwangsläufig auftreten. Das Tragen einer „Maske“ gewährleistet „bei einem Maximum an seelischem Beziehungsreichtum zwischen den Menschen ein Maximum an gegenseitigem Schutze voreinander“ (Plessner, 2002, S. 79). Mit der Maske, die gleichzeitig offenbart und verbirgt, begibt sich der Mensch nun frei und geschützt in die Öffentlichkeit, die gleichzeitig Spiel- und Kampffeld ist (Plessner, 2002). Es beginnt ein Duell, das sich durch „tänzerischen Geist, das Ethos der Grazie“ (Plessner, 2002, S. 80) auszeichnet und Authentizität als „Spielverderberei“ verurteilt (Plessner, 2002, S. 83).

Während Plessner die unterschiedlichen Pole vor allem auf der anthropologischen bzw. individualethischen Ebene ausführt, überträgt sein in derselben Tradition argumentierender Schüler Christian Graf von Krockow die Gemeinschaftskritik auf eine politiktheoretische Ebene: Die Vorteile einer kalten Gesellschaft gegenüber einer warmen Gemeinschaft werden hier

mit den Voraussetzungen einer stabilen Demokratie begründet. Die „Sehnsucht und Suche nach der verlorenen Geborgenheit“ (von Krockow, 1983, S. 37), die das Gemeinschaftsstreben ausdrücke, führe zur Vermeidung von Konflikten, die aber unabdingbar seien und gewaltsam enden würden, wenn sie zu lange unterdrückt werden (von Krockow, 1983). Da Gemeinschaften „Kompromißfähigkeit [sic]“ verhindern und „mit der Absolutsetzung des eigenen Standpunktes dem Andersdenkenden die Legitimität zu abweichenden Meinungen abgesprochen wird“ (von Krockow, 1983, S. 22-23), enden sie in Freund-Feind-Polarisierung und schließlich im „Bürgerkrieg“ (von Krockow, 1983, S. 19). Nach von Krockow ist es damit die „absolute Ethik des Rechthabens“ (von Krockow, 1983, S. 51), in der die Problematik der Gemeinschaft begründet liegt: „Wo immer die Identitätsbildung [...] moralisch ins ‚Letzte‘ [...] gerückt wird, da lauert schon die Katastrophe“ (von Krockow, 1983, S. 25), denn „einzig im Absoluten“ werde „das Komplexes simpel“ (von Krockow, 1983, S. 51).

Demokratien sind für von Krockow nicht auf Authentizität, sondern auf Formalität angewiesen, denn auf „Formalisierung jedes einzelnen zum Menschen und zum Bürger“ beruhe „das Gleichheits- und Toleranzprinzip unserer Freiheit“ (von Krockow, 1983, S. 67). Formen fungieren als „Schranke“, die verlangsamen wirken

und damit „Zeit zur Besinnung“ geben (von Krockow, 1983, S. 51-52). Außerdem ermöglichen sie Freiheit, indem sie eine Vielzahl gesellschaftlicher Rollen produzieren, die einander relativieren (von Krockow, 1983). Die Festlegung einer Person auf eine bestimmte Rolle sei dagegen „ein Signal der Intoleranz, der verweigeren Freiheit“ (von Krockow, 1983, S. 67). Gemeinschaften mangle es an dieser Relativierung durch Pluralität, die für eine Demokratie aber eine Grundvoraussetzung darstellt (von Krockow, 1983). Fehlt die Distanz, „wird unvermeidbar jede Sachdifferenz zur Kränkung, zum Widerhaken, der Wunden reißt“ (von Krockow, 1983, S. 82). Der Illusion gesamtgesellschaftlicher „Gemeinschaft und Geborgenheit“ (von Krockow, 1983, S. 23) nicht zu erliegen, bedeute, zu erkennen, dass jeder Verweis auf das Allgemeinwohl eigentlich selbst Interessenspolitik sei. Möglich und wünschenswert sei alleine eine „nüchterne und offene Interessenvertretung“ (von Krockow, 1983, S. 91).

Obwohl Plessner und von Krockow also unterschiedlich stark Individual- und Kollektivebene betonen, übernimmt von Krockow Plessners Kritik an den Polarisierungstendenzen der ‚radikalen‘ Gemeinschaft, der die liberale, auf Selbstdistanzierung beruhende *Gesellschaft* gegenübergestellt wird. Die „Entfremdungs-Kälte der Gesellschaft“ wird zum „Lebenselixier“ (Lethen, 1994, S.

9), die „Affektwerte höchsten Grades“ der Gemeinschaft zur Gefahr (Plessner, 2002, S. 45).

Identität als Wärme? Zur Temperatur der Identitätspolitik (I): Kritik

Die Kritik an der warmen Gemeinschaft, wie Plessner sie entwickelt hat und von Krockow sie aufgreift, wird von den hier untersuchten Autoren nun auf Identitätspolitik angewandt. Diesen wird vorgeworfen, eine „Tyrannei der Intimität“ (Sennett, 2004) im Sinne Richard Sennetts zu verursachen und damit die liberale Gesellschaft zu schwächen. Gemeinschaft als politisches Ordnungskonzept wird mit Emotionalität, Moralisierung, Authentizitätsstreben usw. gleichgesetzt.

Laut Francis Fukuyama versuchen Identitätspolitik, eine Sehnsucht nach „authentischen Identitäten“ (Fukuyama, 2019, S. 26) zu befriedigen, indem sie Gemeinschaften schaffen, die „essentialistisch auf Partikularität fixiert“ (Strauß, 2019, S. 7) bleiben. Die engen kulturellen Identitätsdefinitionen der Identitätspolitik würden zwangsläufig zu „selbstbezogenen Grüppchen“ (Fukuyama, 2019, S. 198) und Antiuniversalismus (Strauß, 2019) führen. Das Gemeinschaftsstreben der Identitätspolitik sei ein (zum Scheitern verurteilter) Versuch, in der

” Emotionale, polarisierende Hitze wird zugunsten einer rationalen, Dialog ermöglichenden Kälte abgelehnt.

Tradition der Romantik keine Differenz zwischen Ich und Außenwelt zu dulden (Lilla, 2018, S. 76). Unter der Prämisse, „dass das innere Selbst wertvoller als das äußere sei“, werde Authentizität gefordert (Fukuyama, 2019, S. 26). Statt rationaler Argumentation finde Psychologisierung statt, die sich nur für subjektives Erleben interessiere (Fukuyama, 2019). So entstehe eine „narzisstische Opfermentalität“ (Strauß, 2019, S. 6). Politik sei jedoch keine Psychotherapie, könne und solle nicht zum aseptischen Raum ohne Verletzungen werden (Lilla, 2018). Nötig sei vielmehr eine kalte, realistische Sicht der Welt, um gegen Ungerechtigkeiten vorgehen zu können (Lilla, 2018).

Die Vergemeinschaftungstendenz der Identitätspolitik liege außerdem in ihrem Hang zur Moralisierung begründet. Eine liberale Gesellschaft müsse abweichende Meinungen aushalten, ja eigentlich sogar begrüßen (Strauß, 2019). Pluralität und (befriedeter) Konflikt stärkten eine Demokratie, die Selbststilisierung der Identitätspolitikener*innen als ‚die Guten‘ im Gegensatz zu ‚den Bösen‘ zeuge dagegen von Intoleranz (Strauß, 2019). Statt in respektvollen Dialog zu treten,

würden Andersdenkende aus dem Diskurs ausgeschlossen (Lilla, 2017). Folge sei ein vereinfachtes Schwarz-Weiß-Bild der Gesellschaft, das weder den realen Verhältnissen gerecht werde noch zielführend sei, um Austausch und Diskussion zu ermöglichen (Strauß, 2019). Durch eine Politik der Hypersensitivität (Lilla, 2017), die übermäßiges Harmoniestreben mit sich bringe (Strauß, 2019) würden Argumentation und Kompromiss unmöglich, da nur über Interessen, nicht aber über Identitäten verhandelt werden könne (Lilla, 2018).

Die hier aufgeführten Argumente gegen Identitätspolitik hinterfragen damit die Wärme der Gemeinschaft, die Plessner in „Grenzen der Gemeinschaft“ in Kontrast zur Kälte der Gesellschaft gesetzt hat (Plessner, 2002). Die gemeinschaftsskeptische Kritik an Identitätspolitik übernimmt die oben ausgeführten Kontrastierungen von Plessner und von Krockow: Authentizität vs. Rolle/Maske, Nähe vs. Distanz, Kränkbarkeit vs. Konfliktfähigkeit, Polarisierung vs. Kompromissbereitschaft, Moralisierung vs. Toleranz, Absolutismus vs. Relativismus, Vereinfachung vs. Differenzierung und Affekt vs. Selbstkontrolle. Dabei steht jeweils ersteres für die

Hitze der abgelehnten Gemeinschaft und letzteres für die *Kälte* der favorisierten Gesellschaft. Emotionale, polarisierende Hitze wird zugunsten einer rationalen, Dialog ermöglichenden Kälte abgelehnt.

Identität als Wärme? Zur Temperatur der Identitäts- politiken (II): Differenzierung

Der an die Identitätspolitiken gerichtete Vorwurf der Vereinfachung täuscht allerdings nicht darüber hinweg, dass die Gegenentwürfe der Kritiker*innen ihrer Differenzierungsforderung selbst nicht standhalten. Während bestimmte in der Öffentlichkeit wie in der jeweiligen Szene selbst umstrittene Praktiken spezifischer identitätspolitischer Strömungen in den Texten der Kritiker*innen viel Raum einnehmen und als exemplarisch für Identitätspolitiken dargestellt werden, kommt der emanzipatorische Universalismus, der von den Unterstützer*innen als Kernanliegen der Identitätspolitiken gesehen wird, nur am Rande vor. Die Texte der Unterstützer*innen wiederum argumentieren, dass die kritisierten Positionen für die Identitätspolitiken als Ganze nicht repräsentativ seien. Um diese unterschiedlichen Sichtweisen auf Identitätspolitiken zu plausibilisieren, sollen hier kurz verschiedene Strömungen und Anliegen skizziert werden.

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, lässt sich der Ausdruck „identity politics“ bis zum 1979 veröffentlichten „Statement“ des Combahee River Collectives (CRC) – eines Zusammenschlusses schwarzer, lesbischer Feministinnen in den USA – zurückverfolgen (Purtschert, 2017):

We realize that the only people who care enough about us to work consistently for our liberation are us. [...] This focusing upon our own oppression is embodied in the concept of identity politics. We believe that the most profound and potentially most radical politics come directly out of our own identity, as opposed to working to end somebody else's oppression [...] To be recognized as human, levelly human, is enough. (Combahee River Collective, 1979, S. 372, Herv. HL)

Das Kollektiv verweist hier auf das emanzipatorische Potential der eigenen Identität, das dazu dienen soll, die Marginalisierung als schwarze, lesbische Frauen zu überwinden und letztendlich nicht als solche, sondern als „levelly human“, als menschlich also, wahrgenommen zu werden.

Van Dyk weist darauf hin, dass die Feministinnen des Combahee River Collectives in ihrem Statement ausdrücklich die Anerkennung *als Menschen* fordern – und damit gerade nicht die der Identitätspolitiken vorgeworfene selbstzentrierte

Affirmation sozialer Zuschreibungen (van Dyk, 2019, unter Verweis auf CRC, 1979). Das Ziel von Identitätspolitik liege in einem „rebellischen Universalismus“, der Kategorien nicht bestärken, sondern letztendlich auflösen wolle (van Dyk, 2019, S. 25). Nötig dafür sei jedoch ein „strategischer Essentialismus“, der sich die Zuschreibungen aneignen müsse, um überhaupt auf die entsprechenden Diskriminierungen hinweisen zu können (Kastner & Susemichel, 2020, S. 124). Wer den vermeintlichen Universalismus kritisiere, übersieht, „wie das ‚Normale‘, das ‚Allgemeine‘ und ‚Menschliche‘ partikular weiß, männlich, gesund und heterosexuell bestimmt war und ist“ und sei so selbst ein Partikularismus (Purtschert, 2017, S. 19). Wird bei identitätspolitischen Aktivismus der Schritt vom *strategischen Essentialismus* zum rebellischen Universalismus ausgelassen, prangern das auch Identitätspolitik positiv gegenüberstehende Autor*innen an (Kastner, 2018).

So werden bestimmte identitätspolitische Positionierungen, die sich insbesondere in den Debatten um Queerfeminismus und Critical Whiteness finden lassen, nicht nur in den bürgerlichen Leitmedien, sondern auch innerhalb der jeweiligen Szenen kontrovers diskutiert (LaLove, 2017). Dazu gehört die Ansicht, dass zu bestimmten Themen nur die Betroffenen sprechen dürfen sollten (z.B. bezogen auf Transrechte), die Forderung, auch öffentliche

Orte zu triggerfreien Safe Spaces zu machen oder das Definitionsmachtkonzept, das besagt, dass die Übergriffigkeit von Äußerungen und Handlungen nur von den Betroffenen selbst bestimmt werden soll (Amelung, 2017). Das „Erstreiten der Ausweitung [von] Gleichheits-, Freiheits- und Teilhabeversprechen für marginalisierte, ausgeschlossene oder diskriminierte Gruppen“ (Séville, 2021, S. 99), so wie beispielsweise Astrid Séville Identitätspolitik definiert, meint jedoch viel mehr: Zu den Identitätspolitik zählt dann jegliche „Politik für Minderheiten“ (Müller, 2021, S. 14), die sich kollektivierende Zuschreibungen von außen aneignet, um damit eine umfassende Verwirklichung von Grundrechten zu erkämpfen. Sich gegen Sanktionierung und Stigmatisierung wehrende Sozialhilfeempfänger*innen führen genauso identitätspolitische Kämpfe wie beispielsweise sich im Diskurs ungehört fühlende Arbeiter*innen, die vom Kohleausstieg betroffen sind.

Betrachtet man jedoch die Beispiele, welche die Polarisierung beklagenden Kritiken anführen, fällt auf, dass es neben der sogenannten Cancel-Culture vor allem die selbst im eigenen ‚Lager‘ umstrittenen Praktiken sind, die als exemplarisch für Identitätspolitik als Ganze dargestellt werden. Während Lilla sich beschwert, dass in geisteswissenschaftlichen Uni-Seminaren getreu der Standpunkttheorie nur noch auf die eigene Identität verwiesen

würde, um inhaltliche Positionen zu begründen oder zu entkräften (Lilla, 2018), erwähnt Strauß die Praxis des experimentellen Gorki-Theaters, Rollen nur noch mit Schauspieler*innen der entsprechenden Ethnie zu besetzen (Strauß, 2019). So wenig, wie geisteswissenschaftliches Seminar und experimentelles Theater die Gesellschaft im Allgemeinen abbilden, so wenig stellen auch die genannten Praktiken einen repräsentativen Querschnitt von Identitätspolitik dar. Schließen sich dagegen beispielsweise People of Color zusammen, um ihre ethnische Identität als Ausgangspunkt für Kritik an Polizeigewalt zu thematisieren, dürften sie wohl in den meisten Kreisen mit erheblich mehr Verständnis rechnen können als Critical-Whiteness-Aktivist*innen, welche die Integration nahöstlicher Rezepte in die westliche Küche als koloniale Aneignung verstehen (Yaghoobifarah, 2016).

Thematisieren die Unterstützer*innen die von den gemeinschaftsskeptischen Kritiker*innen so abgelehnten Praktiken der Critical-Whiteness-Bewegung, grenzen sie diese von der ‚richtigen‘ Identi-

tätspolitik ab oder bezeichnen sie als Randphänomene (Kastner & Susemichel, 2020). Standpunkttheorien werden so beispielsweise als „Immunisierungsstrategie gegen Kritik“ (Kastner & Susemichel, 2020, S. 132) kritisiert. Ebenso skeptisch sehen die Unterstützer*innen die wahllose Vermehrung und Affirmation von Identitätskategorien, wie sie in manchen queerfeministischen Kreisen betrieben wird (Kastner & Susemichel, 2020). Die von den Kritiker*innen behauptete zeitdiagnostische Relevanz der Cancel Culture wird dagegen bestritten. Von einem solchen Phänomen sei abseits von Einzelfällen nichts zu bemerken. Ein (manchmal auch mit unfairen Mitteln geführter) Protest gegen Andersdenkende ließe sich seit jeher in jedem politischen Lager beobachten und habe mit „Meinungsverbote“ nichts zu tun (Müller, 2021, S. 15). „Vorverurteilende Social-Media-Shitstorms“ seien zwar problematisch, aber weiterhin die Ausnahme (Susemichel, 2021, S. 143).

Die Texte, die Identitätspolitik verteidigen, zeigen, dass sich Kritiker*innen und Unterstützer*innen bei der Bewertung

”

Der Vorwurf der Vergemeinschaftung trifft damit nur teilweise zu: Identitätspolitik haben keinen ‚warmen Kern‘, allenfalls ‚warme Ableger‘.

einzelner Praktiken nicht immer unterscheiden. Die Verschanzung hinter zum Selbstzweck erhobenen Partikularidentitäten wird genauso einstimmig abgelehnt wie die als Folge von Schwarz-Weiß-Urteilen verstandene Weigerung, in die Diskussion einzutreten. Differenzen zeigen sich vielmehr in der Einschätzung, welchen Stellenwert diese Tendenzen in identitätspolitischem Aktivismus einnehmen. Während in der Kritik der gemeinschaftsskeptischen Autor*innen meist der Hinweis auf den universalistischen Charakter der Identitätspolitik des Combahee River Collectives fehlt, werden in den Pro-Identitätspolitik-Texten seltener Standpunkttheorie, Definitionsmacht, Triggerwarnungen usw. erwähnt. So entsteht der Eindruck, dass der Streit von Kritiker*innen und Unterstützer*innen zumindest teilweise ein (bewusstes?) Aneinandervorbeireden ist, welches ermöglicht, die Aspekte, die die jeweilige Argumentation erschweren würden, stillschweigend zu umgehen.

Der hier vorliegende Text nimmt nicht in Anspruch, eine fundierte Bewertung der Dominanz verschiedener identitätspolitischer Strömungen vornehmen zu können. Es lässt sich aber durchaus festhalten, dass das ursprüngliche Anliegen der Identitätspolitik, wie es das Combahee River Collective verstanden hat, ein – gerade nicht zur Gemeinschaftsbildung beitragender – emanzipatorischer Universalismus ist. Die Praktiken, denen die Kritiker*innen

zurecht Polarisierungstendenzen vorwerfen, haben sich dagegen, so diskursprägend sie auch sein mögen, vom eigentlichen identitätspolitischen Kampf entfernt. Der Vorwurf der Vergemeinschaftung trifft damit nur teilweise zu: Identitätspolitiken haben keinen ‚warmen Kern‘, allenfalls ‚warme Ableger‘.

Gemeinwohl als Kälte? Zur Temperatur eines staatsbürgerlichen Gegenentwurfs

Es ist jedoch nicht nur der Vorwurf an Identitätspolitik, sondern auch die damit mal impliziter, mal expliziter aufgestellte Gegenentwurf der Kritiker*innen, der einer Überprüfung bedarf. Obwohl diese Wert darauflegen, sich von „subjektiver Expression“ (Strauß, 2019, S. 7) und Narzissmus (Lilla, 2018) abzugrenzen, erscheint zumindest erklärungsbedürftig, warum die Konzeption einer nationalstaatlichen Integration *kälter* sein sollte als andere Identitätskategorien (Fukuyama, 2019). Eine Orientierung an Partizipation und Gemeinwohl, die partikularistische Tendenzen zu überwinden vermag – so möchte ich im Folgenden argumentieren – beinhaltet gerade keine Rückbesinnung auf nationalstaatliche Identität.

Gemeinschaftsskeptische Kritik an Identitätspolitik setzt oft die nationalstaatlich gebundene Identifikation als Staats-

bürger*in als wünschenswerte zentrale Identitätskategorie. So fordert Strauß eine „bürgerliche Bekenntniskultur“ (Strauß, 2019, S. 7), die auf die „Kategorie des Nationalstaates“ angewiesen sei. Seine Kritik an Identitätspolitik versteht er als „Aufruf zum republikanischen Wir“, das „gemeinwohlorientierte Ziele“ und „Versöhnung der verschiedenen Identitätskollektive“ verfolgt. Notwendig sei dafür ein Nebeneinander aus „Solidaritätserfahrungen und Pflichtenforderungen“ (Strauß, 2019, S. 7). Lilla spricht von einem „bürgerlichen Liberalismus“, der auch „Verpflichtungen“ gegenüber den anderen Bürger*innen erfordere (Lilla, 2018, S. 41). Liberale Demokratien, so schließlich Fukuyama, seien ohne eine „nationale Bekenntnisidentität“ nicht überlebensfähig (Fukuyama, 2019, S. 165). Zweifel an der universalistischen Ausrichtung des Gesellschaftsideals der gemeinschafts-skeptischen Kritik an Identitätspolitik treten spätestens dann auf, wenn Lilla mit positiver Konnotation berichtet, wie früher auf linken Versammlungen die amerikanische Nationalhymne gesungen wurde (Lilla, 2016) und Fukuyama sich unter dem Verweis auf „unterschiedliche Identitäten und Interessen“ der Staaten gegen doppelte Staatsbürgerschaften ausspricht (Fukuyama, 2019, S. 162).

Warum die Berufung gerade auf die nationalstaatliche Identität weniger Polarisierungspotential bieten soll als diejenige

auf beliebige andere Identitätskategorien, wird nicht plausibel, wie schon van Dyk anmerkt, wenn sie die angeblichen Universalist*innen eines nationalstaatlichen Partikularismus beschuldigt (van Dyk, 2019). Strauß thematisiert zwar explizit, dass man seinen „patriotischen Liberalismus“ auf den ersten Blick auch für einen weiteren „Identitätsliberalismus“ halten könne (Strauß, 2019, S. 7-8). Sein Argument, warum dieser Vorwurf trotzdem nicht greife, bleibt allerdings vage, wenn er nicht über die Behauptung hinausgeht, dass der Nationalstaat eben „umfassender“ und „integrativer“ als andere Identitätskategorien sei und deshalb keine partikularistische Identitätspolitik darstelle (Strauß, 2019, S. 7-8). Mit Stephan Lessenich lässt sich somit konstatieren: „Die Praxis nationalstaatlicher Exklusion muss [...] als besondere Form der sozialen Schließung gelten“ (Lessenich, 2019, S. 54). Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass diese Schließung im Zweifelsfall mit „Schlagbäumen und Polizeikontrollen, Küstenwachtpatrouillen und Nachsichtgeräten“ (Lessenich, 2019, S. 54) durchgesetzt wird. Die intrastaatliche Gemeinschaftsbildung, die der Republikanismus der Identitätspolitik vorwirft, wird durch die nationalstaatliche Integration lediglich durch interstaatliche Polarisierungen und Exklusionen ersetzt.

Es ist sicherlich nicht ausgeschlossen, eine politische Gemeinschaft über Staats-



[Der] Vorwurf der Vergemeinschaftung dient hier vor allem dazu, die andere, womöglich noch gefährlichere Art der ‚Wärme‘ des eigenen Gesellschaftsideals zu verbergen.

bürger*innenschaft zu definieren, ohne dabei so viel ‚Wärme‘ aufzuweisen wie ein nationalhymnensingender Patriotismus. Trotzdem ändern auch Konzepte wie der Habermas'sche Verfassungspatriotismus (Habermas, 1990) nichts daran, dass ein nationalstaatlich oder europäisch gedachtes *Innen*, gegen das nicht dazugehörige *Außen* abgegrenzt wird, gegenüber dem die nach Innen gerichtete Solidaritätsforderung dann auch keine Geltung mehr besitzt. Der nationalstaatliche Partikularismus vergisst, absichtlich oder nicht, von den „weltgesellschaftlichen Klassenverhältnissen zu reden, bei denen ‚die da unten‘ und ‚die da oben‘ nationsweise gegeneinander antreten“ (Lessenich, 2019, S. 58, Herv. im Orig.). Die nationalstaatlich ausgerichtete Identifikation als Staatsbürger*innen kann damit nicht als Gegenkonzept zur Identitätspolitik und ihrer angeblichen partikularistischen Verengung überzeugen. Der die Identitätspolitik nur bedingt treffende Vorwurf der Vergemeinschaftung dient hier vor allem dazu, die andere, womöglich noch gefährlichere Art der ‚Wärme‘ des eigenen Gesellschaftsideals zu verbergen.

Zur Temperatur politischer Gemeinschaften. Plädoyer für eine lauwarmer Gesellschaft

Wenn es den hier untersuchten Kritiken der Identitätspolitik trotz ihrer erklärten Abneigung gegen Vergemeinschaftung nicht gelingt, ein politisches Ideal zu entwickeln, das weniger Wärme aufweist, stellt sich die Frage, wie eine Gesellschaftsordnung denn verfasst sein müsste, um der Wärmefalle zu entgehen. Der Dualismus von kalter Gesellschaft und warmer Gemeinschaft, so werde ich im Folgenden argumentieren, muss um das Konzept einer *lauwarmen* politischen Gemeinschaft erweitert werden.

Um die Frage nach einem tatsächlich *kalt*-ten Gesellschaftsideal zu beantworten, erscheint es sinnvoll, noch einmal auf Plessner zurückzukommen, der in „Grenzen der Gemeinschaft“ die Gegenüberstellung von warmer Gemeinschaft und kalter Gesellschaft überhaupt erst entwickelt hat. Plessner versteht Gesellschaft, wie am Anfang dieser Arbeit schon ausgeführt wurde, als „offenes System des Verkehrs

zwischen den Menschen“ (Plessner, 2002, S. 80). Distanz und Unbestimmtheit sind für ihn die Prinzipien, auf denen Gesellschaft beruhen sollte. In der Öffentlichkeit, die für ihn eine „Sphäre ohne Liebe, ohne Überzeugung“ ist, verfolgen die Individuen nach dem „Gesetz des von der Sozialstruktur der Öffentlichkeit geforderten Egoismus“ lediglich „ihren größtmöglichen Vorteil“ (Plessner, 2002, S. 98-102). Gesellschaft ist hier spielerischer Kampf, nicht gegenseitige Verpflichtung. Ergebnis ist dann ein Liberalismus der „Anti-Engagiertheit“ (Schneidereit, 2010, S. 167), der sich von den nationalstaatlich denkenden, Gemeinwohl orientierten Staatsbürger*innen der hier berücksichtigten Autoren nicht weiter unterscheiden könnte. Trotzdem gibt es Ansätze, Plessner auf eine Art umzudeuten, die ihn letztendlich zum Verfechter einer *politischen Gemeinschaft* machen und ihn damit wieder als theoretische Grundlage für nationalstaatlich ausgerichtete Bürger*innenschaftsmodelle denkbar werden lassen. So behauptet Nele Schneidereit, dass das Ideal einer politischen Gemeinschaft, in der „wir uns auf gemeinsame Werte beziehen, auf deren Verwirklichung wir als Individuen gemeinschaftlich hinarbeiten“, von Plessner zwar nicht expliziert, in seiner Theorie aber angelegt gewesen sei (Schneidereit, 2010, S. 220-221). Damit sei die politische Gemeinschaft kein Gegenpol zur Gesellschaft wie die Bluts- oder Sachgemeinschaft, sondern eine ‚echte‘ Gemeinschaft,

die sich nur „*gesellschaftlich*, d.h. durch selbstbewusste Individuen“ verwirklichen lasse (Schneidereit, 2010, S. 220-221, Herv. im Orig.). Auch Andrew Wallace geht davon aus, dass eine „staatsbürgerlich-republikanische [...] Gemeinschaft“ zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft vermitteln und somit womöglich als „Lösung von Plessners Problem“ verstanden werden könne (Wallace, 2002, S. 349).

Unabhängig davon, für wie überzeugend man den Versuch hält, Plessners liberale Duellant*innen als verhinderte republikanische Bürger*innen zu lesen – Das Bestreben, Plessner zum Befürworter einer politischen Gemeinschaft zu machen, zeigt das durch das Gesellschaftsideal einer vollkommenen Kälte ausgelöste Unbehagen.³ Auch diejenigen, die Plessners Kritik an polarisierender Gemeinschaftswärme teilen, scheinen sich auf der anderen Seite nicht für sein Alternativmodell begeistern zu können. Das Aufbrechen des Plessner'schen Dualismus zugunsten der politischen Gemeinschaft spiegelt die Idee wider, dass sich zwischen radikaler Wärme und teilnahmsloser Kälte noch ein anderes Gesellschaftsideal befinden müsse. Nicht der liberale Egoismus der Kälte, sondern dieses *lauwarme Dazwischen* ist das, was die gemeinschaftsskeptischen Kritiker*innen der Identitätspolitik zu erreichen hoffen. Mit ihrer eindimensionalen Fokussierung auf den Nationalstaat drehen sie die Temperatur jedoch höher als

es ihrem eigentlichen Anliegen entspricht. Die Überhitzung des in den hier betrachteten Texten favorisierten Fokus auf staatsbürgerliche Identität ändert nichts daran, dass der dort zugrundeliegende Wert einer durch engagierte Bürger*innen gestalteten Gesellschaft als unterstützenswerte Vision erscheint. Eine universalistisch gedachte politische Gemeinschaft muss jedoch von einer radikal integrativen Grundhaltung ausgehen, die jede Exklusion, jede Festlegung auf eine einzige Identität bekämpft und im Sinne des ursprünglichen Anliegens der Identitätspolitik für eine Emanzipation aller Weltbürger*innen eintritt.⁴ Das Ideal gemeinwohlorientierter Partizipation der hier untersuchten Texte und das identitätspolitische Streben nach „rebellischem Universalismus“ (van Dyk, 2019, S. 25) sind kein Gegensatz. Eine politische Gemeinschaft, die tatsächlich den Dualismus von *Wärme* und *Kälte* verlässt und die Vorzüge des *Lauwarmen* aufweist, ist so lange nicht erreicht, wie an der Integration über *eine bestimmte* Identifikationskategorie festgehalten wird. Gender und sexuelle Orientierung, Ethnie und Staatsbürgerschaft tragen alle zu einer polarisierenden partikularistischen Gemeinschaftsbildung bei, wenn sie ausschließlich und allumfassend gedacht werden.

Gleichberechtigte Teilhabe ist nur in einer Gesellschaft zu erreichen, die gegenüber allen sozialen Gruppen ihre diskriminie-

renden Strukturen überwunden hat. Dafür braucht es einen „Ethos der engagierten Distanz“ (von Krockow, 1983, S. 83), wie von Krockow ihn fordert,⁵ der es erlaubt, für die eigenen politischen Werte einzutreten, ohne die Fähigkeit zu Relativierung und Differenzierung zu verlernen. Plessners Anthropologie eines erst durch Unbestimmtheit und ständigen Wandel zu sich findenden Menschen lässt sich beibehalten, ohne ihm in seinem Entwurf einer kalten Gesellschaft des Duells folgen zu müssen. Auch eine lauwarmer Gesellschaft braucht Entfremdung, wenn sie positiv als Fähigkeit zur Selbstdistanzierung gedacht wird. Von Plessner lässt sich dann lernen, wie wichtig es ist, nicht zugunsten einer wie auch immer gearteten Gemeinschaft das entscheidende Merkmal der Moderne zu gefährden: den „*offenen Möglichkeitshorizont* der Existenz“ (Lethen, 1994, S. 83, Herv. im Orig.).

Mit diesem Rückverweis auf Plessner schließt der vorliegende Text. Er hat versucht zu zeigen, dass sich die Kritiken an den polarisierenden Gemeinschaftstendenzen der Identitätspolitik an die Gegenüberstellung von kalter Gesellschaft und warmer Gemeinschaft bei Helmuth Plessner anlehnen, diese jedoch nicht überzeugend anwenden. Zum einen lässt sich die fehlende Differenzierung verschiedener identitätspolitischer Strömungen beanstanden. Während sich durchaus – vor allem in Teilen der queerfeministischen und der

Critical-Whiteness-Bewegung – identitätspolitische Praktiken finden lassen, denen polarisierende Erhitzung vorgeworfen werden kann, so geht die Kritik jedoch am emanzipatorischen Universalismus als Kernanliegen der Identitätspolitik vorbei. Darüber hinaus lässt sich ein nationalstaatliche Identität priorisierendes Gesellschaftsbild nicht zu einem *kalten* Gegenmodell der vermeintlich *warmen* Identitätspolitik stilisieren. Eine nationalstaatlich integrierte Gemeinschaft engagierter Staatsbürger*innen weist nicht weniger *Wärme* auf als die kritisierten identitätspolitischen Praktiken. Um wirklich gleichberechtigte Partizipation und Gemeinwohlorientierung zu erreichen, braucht es jedoch auch keine vollkommene *Kälte* (sogar im Gegenteil) – von jeder Absolutsetzung einer bestimmten Identitätskategorie muss aber trotzdem abgesehen werden.

Zwischen den Gefahren polarisierender Hitze und teilnahmsloser Kälte ist die Idealtemperatur der Gesellschaft somit eine lauwarmer. Dass die ästhetische Befriedigung bei einer Orientierung am Lauwarmen ausbleibt, gilt es auszuhalten.

LITERATUR

Amelung, T. R. (2020). Identitätspolitik. Stichworte zu einem Irrweg im queeren Aktivismus. In ders., *Irrwege: Analysen aktueller queerer Politik* (S. 9–43). Querverlag.

Dowling, E., van Dyk, S., & Graefe, S. (2017). Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der ‚Identitätspolitik‘. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 47(188), 411–420.

Fischer, J. (2002). Panzer oder Maske. Verhaltenstheorie der Kälte oder Sozialphilosophie der Grenze. In W. Eßbach, J. Fischer & H. Lethen (Hrsg.), *Plessners „Grenzen der Gemeinschaft“: Eine Debatte* (S. 80–102). Suhrkamp.

Fischer, J. (2014). Grenzen der Gesellschaft – Grenzen der Gemeinschaft. In N. Werber, S. Kaufmann & L. Koch (Hrsg.), *Erster Weltkrieg: Kulturwissenschaftliches Handbuch* (S. 410–418). J.B. Metzler.

Fukuyama, F. (2019). *Identität: Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*. Hoffmann und Campe.

Habermas, J. (1990). Staatsbürgerschaft und nationale Identität. In ders., *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* (S. 632–660). Suhrkamp.

Hammelehle, S. (2019, 14. Juni). Ein komisches Volk. *Der Spiegel*. <https://www.spiegel.de/kultur/ein-komisches-volk-a-df0fe13b-0002-0001-0000-000164409085>

Karakayali, S., Tsianos, V., & Karakayali, J. (2013). Blackbox Critical Whiteness. Zur Kritik Neuer Fallstricke des Antirassismus: Eine Intervention. *academia.edu*. https://www.academia.edu/3374581/Blackbox_Critical_Whiteness_Zur_Kritik_neuer_Fallstricke_des_Antir

Kastner, J. (2018). Von Black Power bis Te-Nahisi Coates. Schwarze Identitätspolitik in den USA. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 68(12), 21–36.

- Kastner, J., & Susemichel, L. (2019). Zur Geschichte linker Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69(9/11), 11–17.
- Kastner, J., & Susemichel, L. (2020). *Identitätspolitik: Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken*. Unrast.
- Krockow, K. v. (1988). *Gewalt für den Frieden? Die politische Kultur des Konflikts*. Piper Verlag.
- Laclau, E., & Mouffe, C. (2020 [1985]). *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Passagen.
- LaLove, P. l'A. (Hrsg.) (2017). *Beißreflexe: Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*. Querverlag.
- Lessenich, S. (2019). *Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem*. Reclam.
- Lethen, H. (1994). *Verhaltenslehren der Kälte: Lebensversuche zwischen den Kriegen*. Suhrkamp Verlag.
- Lethen, H. (2010, 4. Dezember). „Wir müssen uns warm tanzen.“ Interview mit Paul Jandl. *Welt*. https://www.welt.de/print/die_welt/kultur/article11382985/Wir-muessen-uns-warm-tanzen.html
- Lethen, H. (2021, 17. April). „Wir hätten es wissen können.“ Interview mit Wolfgang Müller-Funk. *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000125889240/alt-68er-helmut-lethen-wir-haetten-es-wissen-koennen>
- Lilla, M. (2016, 26. November). Identitätspolitik ist keine Politik. *NZZ*. <https://www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linksliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695>
- Lilla, M. (2017). *The Once and Future Liberal: After Identity Politics*. Harper.
- Lilla, M. (2018). Mehr Bürgersinn, weniger Gemeindenken. In J. Richardt (Hrsg.), *Die sortierte Gesellschaft: Zur Kritik der Identitätspolitik* (S. 35–42). Novo Argumente.
- Lukács, G. (2013 [1923]). *Geschichte und Klassenbewußtsein*. Aisthesis.
- Müller, J.-W. (2019). „Das wahre Volk“ gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69(9/11), 18–24.
- Müller, J.-W. (2021). Gefährdet „Identitätspolitik“ die liberale Demokratie? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71(26/27), 12–17.
- Münkler, H., & Straßenberger, G. (2016). *Politische Theorie und Ideengeschichte: Eine Einführung*. C.H.Beck.
- Orzessek, A. (2019, 4. Februar). Der doppelte Verrat der Linke. *Deutschlandfunk Kultur*. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/francis-fukuyama-identitaet-der-doppelte-verrat-der-linken-100.html>
- Plessner, H. (1975 [1928]). *Die Stufen des Organischen und der Mensch*. De Gruyter.
- Plessner, H. (2002 [1924]). *Grenzen der Gemeinschaft: Eine Kritik des sozialen Radikalismus*. Suhrkamp.
- Pofalla, B. (2019, 23. Juni). Ist das noch konservativ oder schon illiberal? *Welt*. <https://www.welt.de/kultur/literarischewelt/plus195720251/Simon-Strauss-Ist-das-jetzt-konservativ-oder-illiberal.html>
- Prüwer, T. (2018). Stör' meine Kulturkreise nicht. In J. Richardt (Hrsg.), *Die sortierte Gesellschaft: Zur Kritik der Identitätspolitik* (S. 43–54). Novo Argumente.
- Purtschert, P. (2017). Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik: Lernen vom Combahee River Collective. *Widerspruch - Beiträge zu sozialistischer Politik*, 36(1), 15–22.
- Schneiderei, N. (2010). *Die Dialektik von Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe einer kritischen Sozialphilosophie*. De Gruyter Akademie Forschung.
- Sennett, R. (2004 [1977]). *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Zur Tyrannei der Intimität*. Fischer.

Séville, A. (2021). Identitätspolitik als Strategie der Entprivilegierung. Zur Konjunktur eines Konzepts aus politiktheoretischer Perspektive. In J. Kersten, S. Rixen, & B. Vogel (Hrsg.), *Ambivalenzen der Gleichheit: Zwischen Diversität, sozialer Ungleichheit und Repräsentation* (S. 97–114). transcript.

Simon, J. (2019, 21. März). Sag bloß nicht Identität. *jungle.world*. <https://jungle.world/artikel/2019/12/sag-bloss-nicht-identitaet>

Strauß, S. (2019). Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69(9/11), 4–9.

Susemichel, L. (2021). Identitätspolitik & Emanzipation. In J. Kersten, S. Rixen, & B. Vogel (Hrsg.), *Ambivalenzen der Gleichheit: Zwischen Diversität, sozialer Ungleichheit und Repräsentation* (S. 143–162). transcript.

The Combahee River Collective (1979 [1977]). The Combahee River Collective Statement. In Z. R. Eisenstein (Hrsg.), *Capitalist Patriarchy and the Case for Socialist Feminism* (362–372). Monthly Review Press.

Tönnies, F. (2012 [1887]). *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Springer VS.

Wallace, A. (2002). Gemeinschaft, Gesellschaft und die Fundierung des Politischen. Mit und gegen Helmuth Plessners Kritik des sozialen Radikalismus. In W. Eßbach, J. Fischer & H. Lethen (Hrsg.), *Plessners „Grenzen der Gemeinschaft“: Eine Debatte* (S. 322–352). Suhrkamp.

Van Dyk, S. (2019). Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 69(9/11), 25–32.

Yaghoobifarah, H. (2016, 05. Juli). Fusion Revisited: Karneval der Kulturlosen. *Missy Magazine*. <https://missy-magazine.de/blog/2016/07/05/fusion-revisited-karneval-der-kulturlosen/>

¹ Siehe beispielsweise die Kritik am Essentialismus von linker und konservativer Seite (u.a. Kastner & Susemichel, 2020; Strauß, 2019).

² Z. B. Hammelehle, 2019; Orzessek, 2019; Simon, 2019.

³ In einer sich von Lethen abgrenzenden Lesart von Plessner ist es keine Kälte, sondern eine „temperierende „Grenze“, die Plessner anstrebt (Fischer, 2002, S. 89).

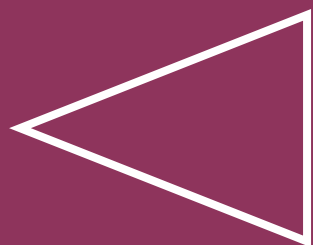
⁴ Zum emanzipatorischen Potential einer radikalen Demokratie siehe Laclau & Mouffe, 2020.

⁵ Von Krockow bettet den „Ethos einer engagierten Distanz“ (von Krockow, 1983, S. 83) allerdings in eine nationalstaatlich integrierte politische Gemeinschaft ein.

ZUR AUTORIN

Hannah Lindner studiert im Master Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt und arbeitet am Lehrstuhl von Prof. Stephan Lessenich. Ihre Interessenschwerpunkte sind politische Soziologie, Kultursociologie sozialer Ungleichheiten und qualitative Methoden.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Daniel Bräunling, Hendrik Erz, Michelle Giez, Nils Haacke und Annabell Lamberth.**



PERSPEKTIVE

Expert*innen und Lai*innen

Ein polarisiertes Verhältnis in der Corona-Pandemie

von Paul Weinheimer

26

Der Konflikt um Wissen hat während der Corona-Pandemie zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft geführt. Dabei ist in diesem Perspektivenbeitrag vor allem das in der Pandemie von Spannungen geprägte Verhältnis von *Expert*innen* und *Lai*innen* von Interesse. Der Text untersucht ebendieses mit Hilfe von Ulrich Becks Überlegungen zur *Risikogesellschaft* (1986). Im Zuge der Diskussion stellt der Beitrag die Wichtigkeit einer *zielgerichteten* Kommunikation von Wissen in den Vordergrund, die dazu dienen soll, gesellschaftlicher Polarisierung entgegenzuwirken.

abstract

Schlagwörter

Wissengesellschaft; Expert*innen und Lai*innen; Corona-Pandemie

Einleitung

Die Corona-Pandemie hat an mehreren Stellen für eine gesellschaftliche Polarisierung gesorgt. Neben den sich verstärkenden Ungleichheiten konnte man jedoch vor allem gesellschaftspolitische Konflikte im öffentlichen Raum beobachten. Die Debatten wurden im Privaten, auf Social-Media-Plattformen oder in den sogenannten „corona-publics“ (Hentschel, 2021) ausgefochten. Thematisch zentral war dabei der Kampf um Wissen. Zu gewinnen gab es nichts geringeres als die Deutungshoheit über das Geschehen.

Dass Wissen eine so entscheidende Rolle im Zuge der Pandemie gespielt hat, lässt sich unter anderem mit Ulrich Beck (1986) nachvollziehen, der die Moderne als Risikogesellschaft beschreibt. Dieser betont, dass der Kampf um Wissen ein inhärenter Teil ebendieser sei (vgl. Beck, 1986, S. 76-77). Durch Wissen werde bestimmt, was als riskant gelte. Nur wenn Risiken aufgedeckt sind, kann man mit ihnen umgehen. Die Politik ist dadurch in ihrer Entscheidungsfindung von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen abhängig. Die Kommunikation dieser Entscheidungen ist dadurch eng mit der Frage nach einer zielgerichteten Wissenschaftskommunikation verknüpft. Diese ist notwendig, um politisches Handeln verständlich zu machen. Wer sich wissend fühlt, kann Risiken abschätzen und aufbauend auf

Kalkulationen Entscheidungen treffen. Das Gefühl, aktiv auf Risiken einwirken zu können, wirkt sich darüber hinaus auf das Risikobewusstsein aus. Wer sich wissend wähnt, hat ein stärkeres Gefühl der Kontrolle. Unwissen hingegen wirkt verunsichernd und kann ein Gefühl der Ohnmacht erzeugen (Beck, 1986, S. 71-73). Entlang dieser Differenz kam es zur emotionalen Aufladung verschiedener Debatten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Der so entstandene Kampf um Wissen – so die These – hat eine gesellschaftliche Polarisierung zur Folge. Dieser Beitrag argumentiert dafür, Wissenskonflikte im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Polarisierung mit Blick auf die Corona-Pandemie zu betrachten. Insbesondere das Verhältnis von *Expert*innen und Lai*innen* ist hierbei von Interesse. Zudem zeigt der Beitrag auf, welche Optionen im Umgang mit diesem Spannungsverhältnis bestehen, um eine gesellschaftliche Polarisierung nicht weiter zu verstärken.

Die Risikogesellschaft

Der Begriff der *Risikogesellschaft* bezieht sich auf Ulrich Becks (1986) gleichnamiges Buch. In diesem vertritt er die These, dass der Fortschritt der modernen Gesellschaft zunehmend mit der Produktion von Risiken einhergehe (vgl. Beck, 1986, S. 25). Die Risiken seien vor allem

als unintendierte Nebenfolgen von Modernisierungsprozessen zu werten (Beck, 1986, S. 45, 60). Auch wenn es sich bei der Corona-Pandemie nicht direkt um eine Nebenfolge von technischer Innovation handelt, kann das Corona-Virus durchaus als ein nicht intendiertes Resultat der modernen Wirtschaftsweise gedeutet werden (vgl. Malm, 2020; Horn, 2020).

Kapitalistisches Wirtschaften erhöht das Risiko von Pandemien. Schon seit einiger Zeit lässt sich ein Zuwachs von Infektionskrankungen feststellen. Die Anzahl der Ausbrüche hat sich seit den 1980er Jahren alle zehn Jahre mehr als verdreifacht (vgl. Neckel, 2021; Jones et al., 2008). Das lässt sich vor allem durch sogenannte *zoonotische Spillovers* erklären. Zwei Drittel aller Virusinfektionen haben ihren Ursprung in Zoonosen. Diese entstehen vor allem aufgrund von Umweltzerstörung und Klimawandel immer häufiger (vgl. Redding et al., 2020; Stark et al., 2009).

Beck (1986, S. 76-77) beschreibt die Risikogesellschaft auch als Wissensgesellschaft. Die Auseinandersetzung mit Wissen ist essenziell, um Risiken einordnen zu können. Mit einiger Latenzzeit zum Virus ließ sich auch eine Verdichtung des Wissens über den Erreger beobachten. Am Anfang der Pandemie galt Corona noch als eine sich in Asien ausbreitende Atemwegserkrankung mit geringem Einfluss auf den globalen Norden. Schnell wurde jedoch

klar, dass diese Einschätzung falsch war. Das Risikobewusstsein wird dabei maßgeblich vom Wissen bestimmt, welches nötig ist, um Bedrohungen einzuordnen. Beck beschreibt Wissen als essenziell, um Risiko sichtbar zu machen. Es müsse zunächst aus einem „dunklen Schattenreich“ (1986, S. 96) herausgelöst werden. Risiken beruhen außerdem „auf kausalen Interpretationen, stellen sich also erst und nur im Wissen [...] um sie her, können im Wissen verändert, verkleinert oder vergrößert, dramatisiert oder verharmlost werden und sind insofern im besonderen Maße offen für soziale Definitionsprozesse“ (1986, S. 29-30). Im Rahmen dessen analysiert Beck unter anderem das Verhältnis von sogenannten *Expert*innen* und *Lai*innen*, denn die Wissensgesellschaft differenziere die Gesellschaft in Wissende und Unwissende (1986, S. 76-77). Die Unterscheidung bleibt bei Beck vage. *Expert*innen* sind in Becks Beispiel vor allem diejenigen, die Wissen einholen und daraus eine Expertise ableiten, die zur politischen Willensbildung beiträgt. *Lai*innen* sind wiederum auf das Wissen der *Expert*innen* angewiesen, um sich ein Risikobewusstsein zu bilden. Diese Dichotomie komme vor allem durch die zunehmende Verwissenschaftlichung der Politik zustande. Um Risiken einzuschätzen und Handlungsweisungen zu bestimmen, sei es immer wichtiger, *Expert*innenwissen* für die politische Entscheidungsfindung heranzuziehen. Aus dieser Beobachtung von

Beck ergeben sich verschiedene Konflikte: Die Gefahr einer Expertokratie, Konflikte zwischen Expert*innen und Lai*innen und die Vermittlung von Expert*innenwissen.

Die Gefahr einer Expertokratie

In einer Krisensituation wie der Corona-Pandemie sieht sich die Politik von Expert*innenwissen abhängig. Die Bezugnahme politischer Entscheidungen auf Expert*innenwissen, insbesondere in unsicheren Situationen, die rasche Reaktion erfordern, ist im strukturellen Grundgerüst der westlichen Demokratien verankert. Die Standfestigkeit demokratischer Institutionen wurde während der Pandemie jedoch in Frage gestellt. Kritiker*innen machten regelmäßig auf die vermeintliche Beschneidung demokratischer Werte aufmerksam. Die Grundrechte würden eingeschränkt werden, wodurch die Freiheit des Einzelnen in Gefahr wäre. Die Vorwürfe richteten sich dabei auch gegen die Wissenschaft als Quelle vermeintlicher Repression.

Zentral ist hier die Frage, wie weit die Politik durch wissenschaftliche Hand-

lungsweisungen bestimmt werden darf. Alexander Bogner konstatiert dazu:

Nicht nur Ignoranz, Fake-News und Verschwörungstheorien gefährden die Demokratie, auch eine naive – wenn auch verständliche – Begeisterung für Wissenschaft und Wahrheit kann gefährlich werden; und zwar dann, wenn man die Politik darauf beschränken will, den Weisungen einer Wissenselite zu folgen. (Bogner, 2021)

Es bleibt offen, bis zu welchem Maß eine solche „Begeisterung“ demokratisch noch zulässig ist und wer sich hinter der Chiffre der „Wissenselite“ verbirgt. Bogners Argumentation knüpft an den Historiker Casper Hirschi an, der in seinem Buch *Skandalexperthen, Expertenskandale* (2018) vor einer „Totalisierung der Expertenrolle“ warnt. Expert*innen würden dabei einen Ikonenstatus erlangen und damit den Diskurs dominieren, was zur Untergrabung deliberativer Demokratien führen würde. Expert*innen seien nicht länger Berater*innen, stattdessen würden sie die Rolle von Aktivist*innen einnehmen (Hirschi, 2021). Auch Beck (1986, S. 31-34) sieht

29

”

In einer Krisensituation wie der Corona-Pandemie sieht sich die Politik von Expert*innenwissen abhängig.

in der Verwissenschaftlichung der Politik die Gefahr, dass soziale Zusammenhänge zunehmend ausgeblendet werden.

Konflikte zwischen Expert*innen und Lai*innen

Divergierende Meinungen in Bezug auf Wissen lassen sich nicht nur zwischen Expert*innen, sondern auch zwischen *Expert*innen und Lai*innen* wiederfinden. Beck (1986, S. 76-77) konstatiert zwischen beiden Gruppen eine Machtasymmetrie. Die Meinung der Lai*innen habe a priori eine geringere Stellung, gerade in der Öffentlichkeit. Die Expert*innen würden sich den „Anspruch [...] auf das Rationalitätsmonopol“ sichern (Beck, 1986, S. 76-77). Dies Sorge unter anderem dafür, dass Expert*innenwissen nur noch von Expert*innen selbst legitim in Frage gestellt werden könne. Zweifel von Seite der Lai*innen werde als „antiwissenschaft[lich]“ abgetan und damit im Vorhinein delegitimiert (Beck, 1986, S. 275-278).

Dies erzeuge ein Ohnmachtsgefühl, was zu allgemeiner Unzufriedenheit führe und die Polarisierung der Gesellschaft vorantreiben könne. Die so entstehende Verunsicherung kann darüber hinaus ein Nährboden für *alternative Wahrheiten* werden, die wiederum das Erstarken radikaler Bewegungen ermöglichen (vgl. Adloff, 2020).

Die sogenannten alternativen Wahrheiten bieten den Menschen die Möglichkeit, sich in der Wissensgesellschaft gegen rationale Gegeneinwände zu immunisieren. Dabei besteht auch die Gefahr einer sogenannten *Sündenbockgesellschaft* (Beck 1986, S. 100), die sich vor allem dadurch auszeichnet, dass die Überbringer*innen schlechter Nachrichten als Schuldige ausgemacht werden. Vorwürfe gegen diese Personen finden dabei meistens *ad hominem* statt und entziehen sich einem rationalen Diskurs (vgl. Amlinger & Nachtwey, 2021b, 2022; Beck, 1986, S. 100-101). Dabei werden häufig staatliche Akteur*innen als Gefahrenquelle identifiziert, was dann in einer generellen Skepsis gegenüber den Institutionen, mündet, die sie vertreten (vgl. Beck, 1986).

Die Vermittlung von Expert*innenwissen

Die Pandemie ist gekennzeichnet von Versuchen, das auszuhandeln, was als geteiltes Wissen akzeptiert wird. Der Konflikt um die Deutungshoheit spiegelt das tiefe Bedürfnis der Menschen wider, die Welt berechenbar zu machen. In diesem Zuge stellen Oliver Nachtwey und Carolin Amlinger (2021a) eine Kränkung des spätmodernen Subjekts durch *nicht-Wissen* fest. Hier zeigt sich das asymmetrische Machtverhältnis, welches Beck Expert*innen und Lai*innen

attestiert. Die *Unwissenden* fühlen sich ohnmächtig und dadurch, so Nachtwey und Amlinger, gekränkt (vgl. 2022). Diese Kränkung resultiert in einem „Konfliktfeld pluralistischer Rationalitätsansprüche“ (Giddens et al., 1996, S. 289-315), welches für Spannungen sorgt.

Der Wunsch nach Sicherheit durch *Berechnung* der Welt, welche durch die allgemeine Rationalisierung ein Dogma der Moderne und des Fortschritts geworden ist, lässt sich auch im Risikobegriff von Wolfgang Bonß (2011, S. 53) wiederfinden. Dieser beschreibt Risiko als Unsicherheit, die berechenbar gemacht werden soll. Unsicherheit sei somit ein „negativ[er] Aspekt des menschlichen Lebens“ (2011, S. 55). Eben diesen Versuch, Unsicherheiten in Sicherheiten zu verwandeln, ist eine Erwartung, die in der Pandemie an Expert*innen gestellt wird. In dieser Erwartungshaltung spielt vor allem das wissenschaftliche Verständnis der Lai*innen eine entscheidende Rolle. Folglich ist die Kommunikation von Wissen(schaft) dafür nicht unerheblich. An dieser Stelle funktionierte das Zusammenspiel von Expert*innen und Lai*innen während der Pandemie nicht hinreichend, so dass es nicht gelang, die Mehrheit der Bevölkerung hinter einem mehr oder minder einheitlichen Wissensbestand auch gesellschaftspolitisch zu integrieren. Die Polarisierung der Gesellschaft verstärkte sich in diesem Zusammenhang. Einerseits ist es generell nicht einfach,

Expert*innenwissen an Lai*innen zu vermitteln. Andererseits wird das Wissen im Zuge des Versuchs der Vermittlung häufig unterkomplex wiedergegeben.

Die wissenschaftlichen Fachbereiche, die sich mit dem Corona-Virus beschäftigt haben, sind komplexe Felder, die sich nicht ohne weiteres von Fachfremden durchdringen lassen. Das zeigt sich schon durch die umfangreichen Glossare in Fachbüchern zur Pandemie. Um den Wissensbestand der Expert*innen im Bezug auf das pandemische Geschehen zu verstehen, muss man sich zunächst mit den Grundbegriffen virologischer/epidemiologischer Forschung vertraut machen. Neben dieser speziellen Schwierigkeit im Zusammenhang mit der Pandemie führt jedoch auch eine weitgehende Unkenntnis der grundlegenden Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens zu Problemen. So wird häufig gefordert, die Wissenschaft solle eindeutige Fakten liefern. Hier greift ein Problem, was für den Soziologen Armin Nassehi unter die *Außenpolitik* der Wissenschaft fällt. Es wird erwartet, dass die Wissenschaft „Eindeutigkeit in Form von Wahrheitsförmige[n] Sätze[n] präsentiert“ (Nassehi, 2020a). Umso höher kann die Entrüstung ausfallen, wenn Erkenntnisse revidiert werden. Falsifizierung ist jedoch ein inhärenter Teil des wissenschaftlichen Prozesses (vgl. Popper, 2002; Nassehi, 2020b). Beim Prozess der Wissensvermittlung half es ebenfalls nicht, dass Kontroversen dieser Art zum Zeugnis

wissenschaftlicher Unfähigkeit hochstilisiert wurden.

Ein weiterer Punkt ist die *Innenpolitik* der Wissenschaft (Nassehi, 2020a). Die Wissenschaft könne nur bedingt kontrollieren, wie das *Außen* mit den kommunizierten Informationen umgeht, sie kann allerdings das *Innen* kontrollieren (Nassehi, 2020a). Dabei ist es in der wissenschaftlichen Innenpolitik wichtig, Erkenntnisse stets an Methoden, Theorien und Bedingungen zu knüpfen und sich vor Augen zu führen, dass Sätze, die „eigentlich performativ aussehen wollen“ (Nassehi, 2020a) ebendies nur bedingt liefern können. Die Transferleistung der Wissenschaftskommunikation von einem Innen zu einem Außen ist dabei wichtig und eine interdisziplinäre Herausforderung. Während die Wissenschaft langsam arbeitet, sind die Medien darauf angewiesen, schnell zu arbeiten. Auch diese Asynchronität trägt dazu bei, dass die Wissenschaftskommunikation sich mit Hindernissen konfrontiert sieht.

Welche Rolle spielt Kommunikation?

Wie sich zeigt, ist die Art und Weise der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse ein entscheidender Faktor. Durch sie wird das Risikobewusstsein und damit auch die Handlungen der Akteur*innen maßgeblich beeinflusst.

Kommt es bei diesem Prozess zu Schwierigkeiten, entstehen dadurch selbst ein Risiko, da die falsche Einschätzung eines Risikos einen veränderten Umgang mit selbigen zur Folge hat (vgl. Zinn, 2021).

Viele Menschen haben in der Pandemie vor allem die großen Einschnitte in ihre Freiheit wahrgenommen. Die Warnung vor vermeintlicher Fremdbestimmtheit wurde immer wieder als großer Kritikpunkt formuliert. Das Gefühl, unter einem Diktat von Expert*innen zu stehen, wirkt sich dabei negativ auf die Umsetzung von politischen Maßnahmen aus. Die demokratische Mitbestimmung, ein deliberativer Prozess, ist in einer Extremsituation wie der der Corona-Pandemie keine einfache Angelegenheit. Schließlich müssen schnell Entscheidungen getroffen werden, die einen erheblichen Einfluss auf verschiedene Ebenen haben.

Dieses Problem lässt sich durch Kommunikation nicht direkt lösen, da es sich vor allem um Abwägungskonflikte handelt, die wissenschaftlicher bzw. politischer Natur sind. Eine zielgerichtete Kommunikation kann jedoch die Aufnahmebereitschaft von Maßnahmen in der Bevölkerung beeinflussen. Dabei müssen diejenigen, über die entschieden wird, weiterhin das Gefühl haben, gehört zu werden und Resonanz zu erfahren. Costas Constaniou merkt dazu an:

These measures did not aim to tackle any other consequences such as economic and psychosocial and they were formulated by experts who did not involve people in discussions, even though the measures could be easily conceptualized by people without expertise in the area of controlling pandemics. (2021, S. 6)

Die Debatte wurde in der Öffentlichkeit vor allem zwischen Wissenschaftler*innen und Politiker*innen geführt. Der Blick auf persönliche und alltägliche Probleme ist dabei stark in den Hintergrund gerückt. Es wäre somit wichtig, Menschen in Entscheidungen einzubinden, die prekären Berufsgruppen angehören oder durch ihre familiäre Situation eine gesonderte Stellung im pandemischen Geschehen einnehmen. Wie Nicole Mayer-Ahuja und Oliver Nachtwey in ihrem neuen Buch „Verkannte Leistungsträger:innen“ (2021) zeigen, gab es in der Pandemie viele unsichtbare Stimmen, die einen Mehrwert für die politischen Entscheidungsfindungen geboten hätten.

An dieser vermittelnden Stelle kann die Soziologie als Disziplin eine entscheidende Rolle spielen. Der Soziologe Heinz Bude (2022), der in einem der ersten Corona-Beratungsgremien des Bundes sowie bei der Initiative „No-Covid“ mitgewirkt hat, spricht in einem Vortrag des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung über die Wichtigkeit einer interdisziplinä-

ren Auseinandersetzung. Die Epidemiologie, die gerade zu Beginn der Pandemie eine entscheidende Rolle gespielt hat, stößt bei Fragen der Implementierung von Maßnahmen an ihre Grenzen. Dort, wo nur eine „allgemeine Population“ untersucht ist, müssen Zusammenhänge hergestellt werden, die ein gruppendifferenziertes Bild der Gesellschaft ermöglichen. Anders gesagt: Beobachtungsdaten müssen mit Teilnahmedaten kombiniert werden, um Einfluss auf individuelles Verhalten zu gewinnen. Dabei spricht Bude von einer „strategische[n] Handlungsfähigkeit vor Ort“, die hergestellt werden soll (Bude, 2022). Für eine Strategie dieser Art ist es wichtig *in Kontakt* zu treten, um zu eruieren, welche Bedürfnisse bestehen und wie man auf diese zielgerichtet reagieren kann, damit Maßnahmen angenommen werden.

33

Die Sündenbockgesellschaft

Dysfunktionale Kommunikation von Expert*innenwissen kann dazu führen, dass das Moment verstärkt auftritt, welches Beck mit der *Sündenbockgesellschaft* beschreibt. Hier verschiebt sich der Blick auf die Quelle des Risikos. Beck beschreibt dies wie folgt: „Plötzlich sind es nicht die Gefährdungen, sondern diejenigen, die sie aufzeigen, die die allgemeine Unruhe provozieren“ (1986, S. 101).

99

„Plötzlich sind es nicht die Gefährdungen, sondern diejenigen, die sie aufzeigen, die die allgemeine Unruhe provozieren.“ (Beck, 1986, S. 101)

34

In der Corona-Pandemie lässt sich eben- dies in der Praxis beobachten. Ein Beispiel ist die „Anti-Drosten-Kampagne“ (Reuter, 2020) der BILD-Zeitung. Die BILD, die auf- lagenstärkste Zeitung in Deutschland, fiel mit einer Reihe von Artikeln auf, die sich persönlich gegen den führenden deutschen Virologen im Kampf gegen das Corona-Virus, Christian Drosten, richteten. Immer wieder stellte sich heraus, dass die Artikel schlecht recherchiert waren, Zahlen nicht stimmten und Tatsachen verdreht wurden, um Drosten negativ darzustellen (vgl. Reuter, 2020). Ein weiteres Beispiel für den „Sündenbockfall“ ist der Beitrag „Die Lockdown-Macher“ vom 4. Dezember 2021. Die BILD titelt mit: „Experten-Trio schenkt uns Frust zum Fest“. Auslöser war, dass drei Wissenschaftler*innen at- testierten, dass die Corona-Maßnahmen aus ihrer Sicht verschärft werden müssten. Der deutsche Wissenschaftsrat äußerte sich daraufhin zu dem BILD-Artikel kritisch. Er sei „diffamierend“ und erzeuge ein wissenschaftsfeindliches Meinungsklima. Dieses hätte „an anderer Stelle bereits dazu geführt [...], dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich physischer oder psychischer Gewalt ausgesetzt sahen oder mit ihr bedroht wurden“ (Wissenschaftsrat,

2021). Für die BILD wurde Drosten in der Pandemie so zu einem *Sündenbock*.

Während an dieser Stelle das Expert*- inntum in Frage gestellt wurde, scheint die dysfunktionale Wissensvermittlung weiterhin zu befördern, dass eigentlich fachfremde Lai*innen den Expert*innen- status für sich beanspruchen. So unter anderem eine Reihe prominenter Stim- men, die sich öffentlich kritisch gegenüber Corona-Maßnahmen bzw. Impfungen äu- ßerten. Als Beispiel kann man die 50 Pro- minenten anführen, die unter dem Hashtag „#allesdichtmachen“ auf verschiedenen Social-Media-Plattformen versuchten, die Corona-Maßnahmen zu verhöhnen. Die Narrative: Es handle sich um eine „Panik- mache“, die Maßnahmen seien übertrieben und den Medien könne man nicht mehr vertrauen (vgl. Scharfenberg, 2021).

Auch der Publizist Richard David Precht (2021) fiel durch seine Äußerung, dass er „Kinder sowieso niemals impfen“ lassen würde auf. Er erklärte diese Entschei- dung mit dem starken Immunsystem von jungen Menschen. Infolgedessen wurde er in der Öffentlichkeit für sein falsches Expertentum kritisiert, da er schließlich

keinerlei medizinische Qualifikationen mit sich bringe.

Im Zuge der Corona-Debatte hat sich so immer wieder gezeigt, dass Lai*innen den Expert*innenstatus beanspruchen. Das vermeintliche Wissen wies dabei ein breites Spektrum auf. Während einige die Gefahr des Virus gänzlich negierten, stellten andere die Verhältnismäßigkeit spezifischer Maßnahmen in Frage. In diesem Spannungsverhältnis zwischen etablierter Expertise und der sich hervor bildenden *Gegenexpertise* entsteht schließlich die besagte polarisierte Konstellation im öffentlichen Raum.

In einer deliberativen Demokratie muss allen Akteur*innen die Möglichkeit der Beteiligung gegeben sein. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass wissenschaftliches Wissen nicht mit einer bloßen Meinung gleichgesetzt werden kann. Wissenschaftliche Erkenntnisse entstehen vor allem im „innenpolitischen Austausch“ (s.o.) und unterliegen einer Qualitätssicherung (beispielsweise einem Peer-to-Peer Review).

So erklärt Tim Henning (2022a), dass es bei der Bewertung eines wissenschaftlichen Arguments entscheidend sei, wie es belegt ist. Diese Aussage lässt sich auch auf die Meinung von Expert*innen übertragen. Findet die öffentliche Gegenüberstellung von Expert*innen- und Lai*innenmeinungen unkontextualisiert statt, bringt das die Gefahr von einem *false balancing* mit sich. Damit ist das Risiko gemeint, einer Minderheitenmeinung zu viel Gewicht zu verleihen und damit ein verzerrtes Meinungsbild in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Kommunikation von Expert*innenwissen

Die Probleme von wissenschaftlicher Kommunikation haben sich auf mehreren Ebenen gezeigt. Einerseits durch die sogenannte *Infodemie* (Ruhrmann & Daube, 2021), andererseits durch mangelndes Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten. Die *Infodemie* bezeichnet ein „öffentliche[s] Überangebot an Informationen. Dieses

”

In diesem Spannungsverhältnis zwischen etablierter Expertise und der sich hervor bildenden *Gegenexpertise* entsteht schließlich die besagte polarisierte Konstellation im öffentlichen Raum.

kann von den rezipierenden Lai*innen kaum beherrscht und reflektiert eingeordnet werden“ (Ruhrmann & Daube, 2021). Konflikte um die Deutungshoheit des Wissens haben sich dabei an verschiedenen Stellen gezeigt. Online sowie offline wurden neue Informationen stetig verhandelt und diskutiert. Dabei sind viele Lai*innen selbst zu vermeintlichen Expert*innen avanciert. Neben bewusst gestreuten Desinformationen wurden diese Diskussionen häufig durch Halbwissen bestimmt, was im Folgenden zu Fehlinformationen führte. Ein Grund dafür ist unter anderem das mangelnde Verständnis für wissenschaftliche Methodologie. Studien werden falsch eingeordnet, die Bedeutung von Kennzahlen nicht verstanden und Zitate aus dem Kontext gerissen. Hier zeigt sich was Nassehi (2020a) als *außenpolitisches* Problem der der Wissenschaft festmacht: Es handelt sich dabei nicht um ein despotisches System, das über die anderen Teile der Gesellschaft bestimmen könnte. Vielmehr zeigt sich die Abhängigkeit von anderen Disziplinen sowie die Unfähigkeit kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen. Neben einer funktionierenden *innenpolitischen* Wissenschaftskommunikation, die interne Regulations- und Qualitätsmaßnahmen betrifft, ist eine zielgerichtete Kommunikation nach außen entscheidend.

Es liegt auf der Hand, dass nicht alle Menschen zu Expert*innen werden können.

Umso wichtiger ist es jedoch, grundlegende Informationen besser und verständlicher aufzubereiten. Der Podcast „das Coronavirus-Update“, produziert vom Norddeutschen Rundfunk, scheint ein Beispiel für eine gelungene Wissensvermittlung. Der Podcast wurde schon nach einem Jahr des Bestehens über 100 Millionen Mal aufgerufen (Redaktionsnetzwerk Deutschland, 2021). Ein Team von Journalist*innen ebenso wie Christian Drosten und Sandra Ciesek (Direktorin des Instituts für medizinische Virologie am Universitätsklinikum in Frankfurt) setzten sich dabei zur Aufgabe, möglichst viele Menschen zu erreichen und aufzuklären. Gleichzeitig wurde jedoch auch darauf geachtet, wissenschaftlich korrekt zu bleiben (Henning, 2022b). Die Hörer*innenzahlen zeigen, dass damit tatsächlich ein breites Publikum erreicht wurde. Wie lässt sich dieser Erfolg erklären? Korinna Henning, die maßgeblich als Journalistin im Podcast aktiv war, erklärt, dass sie viel Zeit darauf aufgewendet haben, Fragen der Zuhörer*innen durchzugehen und diese in den Podcast einzubinden. Um ein besseres Verständnis für die Hörer*innen zu erzeugen, habe sie sich selbst intensiv mit den wissenschaftlichen Studien auseinandergesetzt, über die gesprochen wurde (Henning, 2022b).

Ein weiterer Punkt, der den Erfolg von Wissensvermittlung bestimmt, ist die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Wissen-

schaft. Hierbei ist es entscheidend, dass Kommunikation konsistent stattfindet. In der Pandemie wurde ebendies immer wieder kritisiert. Nils C. Kumkar (2021a; 2021b) stellt hierzu fest, dass wissenschaftliche Kontroversen während der Pandemie stets vor den Augen der Öffentlichkeit stattgefunden haben. Aus empirischer Sicht habe ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die wissenschaftlich angeratenen Maßnahmen unterstützt, tendenziell sogar nach Verschärfung verlangt. Das Vertrauen in die Wissenschaft sei während der Pandemie somit nicht eingebrochen. Im Gegensatz dazu ließ sich jedoch ein Abfall des Vertrauens in die Politik feststellen. Dies macht Kumkar vor allem an der „politischen Entscheidungsfindung und der Unaufrichtigkeit der politischen Kommunikation“ (Kumkar, 2021a; 2021b) fest. Ein solcher Vertrauensverlust kann jedoch schnell auch auf die Wissenschaft übergehen, sobald ein Gefühl von „Unaufrichtigkeit“ aufkommt. Um dies zu verhindern, ist es nötig zu kommunizieren, dass die Wissenschaft kein absolutes Wissen generiert (vgl. Nassehi, 2020a). Revidierte Erkenntnisse wurden in der Pandemie immer wieder dafür verwendet, um Expert*innen ihre Qualifikation abzusprechen. Drosten (2021) erkannte dies in Form des sogenannten „Präventionsparadoxons“: So wurde von Kritiker*innen oft moniert, dass bestimmte Szenarien, vor denen seitens der Wissenschaftler*innen gewarnt wurde, nicht eingetroffen seien.

Einer solchen Argumentation muss ihre unterkomplexe Darstellung entgegengehalten werden, um zu verhindern, dass Wissenschaftler*innen ihr Expert*innen-tum abgesprochen wird.

Konvergenzen schaffen

Der Konflikt um Wissen hat während der Corona-Pandemie eine entscheidende Rolle gespielt. Diesem wohnt – wie gezeigt wurde – durchaus das Potential einer gesellschaftlichen Polarisierung inne. Das von Ulrich Beck beschriebene Verhältnis zwischen *Expert*innen* und *Lai*innen* zeigt Konfliktpunkte auf, die sich auch in der Corona-Pandemie wiederfinden lassen. Darunter zählt die Angst vor einer Expertokratie, die Abhängigkeit sowie das Ausgeliefertsein von Lai*innen gegenüber Expert*innen und abschließend die Schwierigkeit, Expert*innenwissen erfolgreich an Lai*innen zu vermitteln.

Um einer potenziellen Polarisierung durch diese Konflikte entgegenzutreten, kann eine zielgerichtete Kommunikation ein entscheidendes Werkzeug sein. Die Wissenschaft muss dabei mit den Akteur*innen in Kontakt kommen. Der interdisziplinäre Austausch ist dabei wichtig, um die Lai*innen mitzudenken und daraus hervorgehend einen starken Fokus darauf zu legen, wie man Maßnahmen zielgerichtet implementieren kann.

Der politische Diskurs sollte außerdem immer wieder kritisch auf Aspekte einer *Sündenbockgesellschaft* hinterfragt werden. Eine kritische Öffentlichkeit muss gewahrt bleiben, die gleichermaßen diffamierende Kritik ohne Sachbezug (*Argumentum ad hominem*) als solche entlarvt. Diese Argumentation gilt für Expert*innen wie Lai*innen. Es ist darüber hinaus wichtig zu betonen, dass Meinungsfreiheit nicht bedeutet, dass jede Meinung den gleichen Stellenwert in der wissenschaftlichen Debatte erhalten sollte. Ansonsten kann es zum *false balancing* kommen, was die Verzerrung der Repräsentativität von Meinungen als Resultat hat.

Ein regelrechter Kampf um Wissen war von Anbeginn ein inhärenter Teil der Corona-Pandemie. Der Begriff der *Infodemie* beschreibt dabei vor allem die Überforderung, dieses Wissen zu verarbeiten. Es muss sich somit zwangsläufig der Frage angenommen werden, wie die *Kommunikation von Expert*innenwissen* verbessert werden kann. Der NDR-Podcast „das Coronavirus-Update“ kann hierbei als positives Beispiel hervorgehoben werden (siehe oben).

Die hier angestellten Überlegungen sind auch für andere Risikophänomene von Interesse. Der Klimawandel zeigt deutlich: Wissen reicht nicht mehr aus. Auch wenn nur noch ein kleiner Teil von Wissenschaftler*innen den anthropogenen

Klimawandel leugnet, führt diese Erkenntnis nicht dazu, ein konsequentes politisches Handeln einzuleiten. Die Frage nach einer erfolgreichen Wissenschaftskommunikation bleibt somit aktuell.

LITERATUR

Adloff, F. (2020). Zeit, Angst und (k)ein Ende der Hybris. In M. Volmer & K. Werner (Hrsg.), *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft* (S. 145–155). transcript.

Amlinger, C., & Nachtwey, O. (2021a). Sozialer Wandel, Sozialcharakter und Verschwörungsdenken in der Spätmoderne. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71(35–36), 13–19.

Amlinger, C., & Nachtwey, O. (2021b, 19. Februar). Sie stellen die Realität der Realität in Frage. *FAZ*. <https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/soziologischer-blick-auf-corona-leugner-17199988.html>

Amlinger, C., & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Suhrkamp.

Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft*. Suhrkamp.

Beck, U. (1998). *Weltrisikogesellschaft*. Suhrkamp.

Beck, U., Giddens, A., & Lash, S. (1996). *Reflexive Modernisierung: Eine Kontroverse*. Suhrkamp.

Blühdorn, I. (2020). Das Virus der Nicht-Nachhaltigkeit. In M. Volmer & K. Werner (Hrsg.), *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft* (S. 229–240). transcript.

Bogner, A. (2021, 17. Dezember). Die Macht des Wissens als Gefahr für die Demokratie. *Deutschlandfunk Nova*. <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/wissenschaft-und-politik-die-macht-des-wissens-als-gefahr-fuer-die-demokratie>

- Bonß, W. (2011). *Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne*. Hamburg: Edition.
- Bude, H. (2022, 27. Januar). Populationen und Gesellschaften. Wie sich Epidemiologie und Soziologie treffen können. *WZB Podcast*. <https://coronasoziologie.blog.wzb.eu/podcast/heinz-bude-populationen-und-gesellschaften-wie-sich-epidemiologie-und-soziologie-treffen-koennen/>
- Constantinou, Costas S. (2021). „People Have to Comply with the Measures“: Covid-19 in „Risk Society“. *Journal of Applied Social Science*, 15(1), 3–11. <https://doi.org/10.1177/1936724420980374>
- Drosten, C. (2021, 31. März). Coronavirus-Update: Die Lage ist ernst. *Norddeutscher Rundfunk*. <https://www.ndr.de/nachrichten/info/82-Coronavirus-Update-Die-Lage-ist-ernst,podcastcoronavirus300.html>
- Gibb, R., Redding, D. W., Chin, K. Q., Donnelly, C. A., Blackburn, T. M., Newbold, T., & Jones, K. E. (2020). Zoonotic host diversity increases in human-dominated ecosystems. *Nature*, 584, 398–402. <https://doi.org/10.1038/s41586-020-2562-8>
- Henning, K. (2022b, 30. März). „Ein „Mandat“ fürs Sprechen mit Medien?“. *Deutschlandfunk*. <https://www.deutschlandfunk.de/wissenschaftskommunikation-wissenschaftsjournalismus-corona-drosten-100.html>
- Henning, T. (2022a, 4. November). „Es ist schlechte Wissenschaft, weil es schlecht belegt ist“, Interview mit Lars Weisbrod. *Zeit Campus*. <https://www.zeit.de/campus/2022-11/ulrike-guerot-forschungsfreiheit-universitaet-bonn-tim-henning-interview>
- Hentschel, C. (2021). „Das große Erwachen“: Affekt und Narrativ in der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen. *Leviathan*, 49(1), 62–85. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2021-1>
- Hirschi, C. (2018). *Skandalexperten, Expertenskandale*. Matthes & Seitz.
- Hirschi, C. (2021, 9. März). Wie sich die Rolle von Experten in der Pandemie wandelt. *FAZ*. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wie-sich-die-rolle-von-experten-in-der-pandemie-wandelt-17233562.html>
- Horn, E. (2020). Tipping Points. Das Anthropozän und Corona. In F. Adloff, B. Fladvad, M. Hasenfratz & S. Neckel (Hrsg.), *Imaginationen von Nachhaltigkeit* (S.123–150). Campus.
- Jones K. E., Pate, N. G., Levy, M. A., Storeygard, A., Balk, D., Gittleman, J. L., & Daszak, P. (2008). Global trends in emerging infectious diseases. *Nature*, 451, 990–993. <https://doi.org/10.1038/nature06536>
- Kumkar, N. C. (2021a, 15. Dezember). Politisierung von Expertise? In der Pandemie auf jeden Fall! *FAZ*. <https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/wie-caspar-hirschi-vor-politisierung-virologischer-expertise-warnt-17683142.html>
- Kumkar, N. C. (2021b). Umstrittene Expertise. *Leviathan, Sonderband* 38, 90–110.
- Malm, A. (2020). *Klima X*. Matthes Seitz.
- Nachtwey, O., & Mayer-Ahuja, N. (2021). *Verkannte Leistungsträger:innen*. Suhrkamp.
- Nassehi, A. (2020a, 01. Oktober). Was heißt es, auf die Wissenschaft zu hören? *WZB*. <https://coronasoziologie.blog.wzb.eu/podcast/armin-nassehi-was-heisst-es-auf-die-wissenschaft-zu-hoeren/>
- Nassehi, A. (2020b). Klima, Viren, Kurven: Was heißt, auf die Wissenschaft zu hören? *Kursbuch* 202, 145–164.
- Neckel, S. (2021). Im Angesicht der Katastrophe. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 21(2), 51–58.
- Popper, K. (2002 [1934]). *Logik der Forschung*. Routledge.
- Precht, R. D. (2021, 29. Oktober). Ausgabe Neun. *Lanz & Precht*. <https://lanz-precht.podigee.io/10-ausgabe-neun>

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021, 30. April). NDR-Podcast „Coronavirus-Update“ über 100 Millionen Mal abgerufen. *Redaktionsnetzwerk Deutschland*. <https://www.rnd.de/medien/ndr-podcast-coronavirus-update-uber-100-millionen-mal-abgerufen-NDHIC6D52FH7DILYRD3UCENRXI.html>

Reuter, B. (2020, 30. Mai). Was hinter der Anti-Drosten-Kampagne von Julian Reichelt steckt. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/die-bildzeitung-im-kampfmodus-was-hinter-der-anti-drosten-kampagne-von-julian-reichelt-steckt/25874882.html>

Ruhrmann, G., & Daube, D. (2021). Die Rolle der Medien in der COVID-19-Pandemie. In A. W. Lohse (Hrsg.), *Infektionen und Gesellschaft* (S. 119–134). Springer.

40 Scharfenberg, N. (2021, 23. April). Alle nicht ganz dicht? *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/panorama/allesdichtmachen-prominente-corona-videos-1.5273716>

Stark, K., Niedrig, M., Biederbick, W., Merkert, H., & Hacker, J. (2009). Die Auswirkungen des Klimawandels: Welche neuen Infektionskrankheiten und gesundheitlichen Probleme sind zu erwarten? *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz*, 52(7), 699–714. <https://doi.org/10.1007/s00103-009-0874-9>

Wissenschaftsrat (2021, 6. Dezember). *Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Aufruf zu mehr Sachlichkeit in Krisensituationen*. https://www.wissenschaftsrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/PM_2021/PM_Allianz_zur_BILD-Zeitung.html

WWF (2020). *The loss of nature and the rise of pandemics*. https://wwfint.awsassets.panda.org/downloads/the_loss_of_nature_and_rise_of_pandemics__protecting_human_and_planetary_health.pdf

Zinn, Jens (2021). Introduction: Towards a sociology of pandemics. *Current Sociology Monograph*, 69(4), 435–452. <https://doi.org/10.1177/00113921211020771>

ZUM AUTOR

Paul Weinheimer hat seinen Master in Soziologie an der Universität Hamburg abgeschlossen. Seine Interessen liegen in gesellschaftlichem Wandel, Kapitalismusforschung, Nachhaltigkeit und Kulturosoziologie.

Mastodon: @PaulWeinheimer@det.social
Twitter: @WeinheimerPaul

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Marc Blüml**, **Michelle Giez** und **Nils Haacke**.

FORSCHUNGSNOTIZEN



Vermittlung zwischen polarisierten Differenzen

Konflikt- und Kooperationsdynamiken in senegalesischen Hochschulen

von *Miriam Tekath*

42

Politische Polarisierung prägt gleichermaßen politische Systeme wie alltägliche Lebenswelten. Die lebensweltliche Bedeutung polarisierter sozialer Differenzen wird in den stark institutionalistisch geführten Debatten um Konfliktbearbeitung in polarisierten Gesellschaften jedoch wenig beachtet. Dabei können gerade lebensweltliche Perspektiven wichtige konflikttheoretische Erkenntnisse für politisch polarisierte Gesellschaften generieren. Diese Forschungsnotiz geht daher der Frage nach, welche Konflikt- und Kooperationsdynamiken von sozialer Polarisierung geprägte Begegnungskontexte aufweisen. Als hochgradig diverse und insbesondere territorial polarisierte Kontexte bieten senegalesische Hochschulen dafür ein ideales Forschungsfeld. Aufbauend auf mehrfachen Forschungsaufenthalten im Senegal argumentiere ich, dass die Polarisierung territorialer Differenzen zwar situativ konfliktverschärfend wirkt, senegalesische Studierende jedoch auch auf ein breites Handlungsspektrum rekurren, um der Polarisierung zu begegnen. Friedlichen Kooperations- und polarisierten Konfliktodynamiken kommt somit eine gewisse Gleichzeitigkeit zu; die Betonung der relationalen Verbundenheit als Studierende in einem geteilten prekären Kontext hilft jedoch, zwischen den politisch polarisierten Differenzpositionen zu vermitteln.

abstract

Schlagwörter

politische Polarisierung; Konflikt; Kooperation; territoriale Differenzen

Konflikt- und Kooperationsdynamiken in senegalesischen Hochschulen

Senegalesische Hochschulen sind von einer hohen sozialen Diversität geprägt, die sich auch in der Organisationsform der Studierendenschaft widerspiegelt. Vielzählige religiöse, kulturelle, politische und vor allem territorial organisierte Studierendenverbände existieren neben den studienfachspezifischen Verbänden. Die territorial organisierten Studierendenverbände nehmen eine besonders wichtige Rolle für soziale Angelegenheiten im Studium ein und prägen studentische Lebenswelten dadurch in besonderem Maße (N040621). Vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Regionen des Senegals, die sich zu einem gewissen Ausmaß auch in religiösen, sprachlichen und/oder ethnischen Differenzen manifestieren, sowie des langjährigen Separationskonfliktes im südlichen Landesteil Casamance, erscheint diese territorial dominierte Organisationsform der Studierendenschaft besonders gewichtig. Denn im Zuge der Separationsbestrebungen wurde die regionale Zugehörigkeit zum südlichen, beziehungsweise zum nördlichen Landesteil in Form von divergierenden Identitäten als „Sudistes“ und „Nordistes“ politisch polarisiert (Marut, 2012, S. 364). Diese politische Polarisierung der territorialen Differenzen ist bis heute handlungsrelevant (Sow, 2017), wodurch die Annahme nahe-

liegt, dass auch universitäre Lebenswelten davon geprägt sind. Zugleich sind die Studierenden darauf angewiesen, gemeinsam ihr Studium zu bewältigen und dabei mit den bestehenden Polarisierungstendenzen der regionalen Zugehörigkeit umzugehen.

Was passiert daher, wenn Studierende mit politisch polarisierten Differenzen ihren Alltag miteinander bestreiten müssen? Welche Konfliktodynamiken und Vermittlungsmöglichkeiten weisen die Begegnungen in derart polarisierten Kontexten auf? Für diese Forschungsfragen erweisen sich senegalesische Hochschulen als ein hochinteressantes Forschungsfeld. Die Erfahrungen der Studierenden, die sich alltäglich in ebenjenem Widerspruch zwischen politischer Polarisierung einerseits sowie studentischem Austausch und Kooperation andererseits befinden, können interessante Einblicke in die damit einhergehenden Polarisierungs- und Depolarisierungsprozesse und ihren Konfliktodynamiken bieten. Zugleich generieren sie Erkenntnisse für die Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung und Vermittlung in stark polarisierten Gesellschaften.

Im Folgenden werde ich zunächst nach einer kurzen theoretischen Einbettung das Konzept der politisch polarisierten sozialen Differenzen näher ausführen. Daran schließt eine Kontextualisierung der Konfliktdimensionen studentischer Lebenswelten in senegalesischen Hochschulen

an, welche von einem ethnographischen Einblick in eine situative Gewalteskalation und deren Bearbeitung durch die Studierendenschaft ergänzt wird. Auf Basis dieser empirischen Einblicke argumentiere ich, dass die politische Polarisierung territorialer Differenzen nur situativ an Relevanz gewinnt und zu Konflikt dynamiken führt. Außerhalb dieser Konflikt dynamiken prägen territoriale Zugehörigkeiten zwar in hohem Maße die soziale Organisation innerhalb der Universitäten, territoriale Kooperations- und Solidaritätsbeziehungen dehnen sich aber gleichzeitig auf alle anderen Studierenden aus. Friedlichen Kooperations- und polarisierten Konflikt dynamiken kommt somit eine gewisse Gleichzeitigkeit zu. Die Betonung der relationalen Verbundenheit als Studierende in einem geteilten lebensweltlichen Kontext hilft dabei jedoch, zwischen den politisch polarisierten Differenzpositionen zu vermitteln – auch bei extremen Fällen der Gewalteskalation entlang polarisierter Differenzen.

Facetten politischer Polarisierung und ihrer Konflikt dynamiken

Politische Polarisierung wird in US-amerikanischer Forschungs tradition häufig als eine Spaltung entlang parteipolitischer Linien verstanden (Coleman, 2021, S. 3-4; Valdesolo & Graham, 2016), wie sie in

Mehrheitswahlsystemen gängig ist (Mair, 2011, S. 95-96). Politische Polarisierung kann sich jedoch ebenso auf einer alltäglichen Wahrnehmungs- und Handlungsebene äußern (van Prooijen, 2021, S. 1), indem politisch verfestigte Kategorisierungen sinnstiftend wirken und für soziale Begegnungen relevant werden (Baumann, 1996, S. 19; Groenemeyer, 2003, S. 11-13). Dafür bedarf es nicht notwendigerweise einer bestimmten (partei-)politischen Affiliation, sondern lediglich der Identifikation des relevant gewordenen Differenzaspektes, der das politisch „Andere“ definiert. Polarisierung prägt somit das Politische ebenso wie das Soziale und birgt auf allen Ebenen ein gewisses Konfliktpotenzial (van Prooijen, 2021, S. 1; Coleman, 2021). Die lebensweltliche Perspektive auf politische Polarisierung ist jedoch bislang nur unzureichend beleuchtet.

Die mit politischer Polarisierung einhergehenden lebensweltlichen Konflikt dynamiken lassen sich anhand ihrer differenzpolitischen Implikationen veranschaulichen. Unter dem Begriff „identity/difference politics“ wird die politische Abgrenzung von Identitäten durch die Betonung sozialer Unterschiede (z.B. Sprache, Geschlecht, Alter, Klasse, Kultur oder ethnische Zugehörigkeit) diskutiert (Dhmoon, 2009, S.11). Durch diese politische Bedeutungsaufladung werden banale soziale Differenzen zu relevanten und potenziell konflikthaften Differenzkategorien (Nieswand,

2014). Problematisch werden derart polarisierte Differenzen vor allem dann, wenn diese als inhärent konflikthaft wahrgenommen werden (Kaufman, 2011, S. 93-94; Baumann 1996, S. 23). Daraus ließe sich die Annahme ableiten, dass konfliktive Auseinandersetzungen in polarisierten Gesellschaften, die starken differenzpolitischen Zuschreibungen ausgesetzt sind, unvermeidbar seien. Diese Annahme spiegelt sich teilweise auch in dem Begriff der „deeply divided societies“ wider, welcher in der Friedens- und Konfliktforschung für Post-Konflikt Gesellschaften verwendet wird, in denen verfestigte soziale Spaltungslinien auch nach Beendigung von Gewaltkonflikten noch über Generationen hinweg das soziale Miteinander prägen (Lederach, 1997, S. 12-16). Soziologische und anthropologische Perspektiven auf die lebensweltliche Auslebung sozialer Differenzen betonen hingegen, dass diese sehr wandelbar sind und situativ zwischen Relevanz und Irrelevanz wechseln können (Nieswand, 2014; Baumann, 1996). Dies widerspricht der Annahme einer inhärenten Konflikthaftigkeit und wirft neue konflikttheoretische Fragen auf, wie dem Konfliktpotenzial politischer Polarisierung auf lebensweltlicher Ebene begegnet werden kann.

Diese widersprüchlichen Annahmen spiegeln sich auch in den Diskussionen um die Bearbeitung von Konflikten, die mit der politischen Polarisierung sozialer Differen-

zen einhergehen, wider. Während aus einer institutionalistischen Perspektive häufig Formen institutioneller Anerkennung (King & Samii, 2018; 2020) oder institutionelle Power-Sharing Designs (Hartzell & Mehler, 2019) als vielversprechende Möglichkeiten gelten, das Konfliktpotenzial in polarisierten Gesellschaften zu regeln, bleibt die lebensweltliche Bearbeitung polarisierter sozialer Differenzen bisher weniger beachtet. In der Friedens- und Konfliktforschung nehmen vor allem jüngere wissenschaftliche Beiträge das alltägliche soziale Miteinander stärker in den Blick und betonen einerseits die Friedensorientierung (Autesserre, 2021; Mac Ginty, 2021) und andererseits die Bedeutung sozialer Beziehungen (Brigg, 2008; 2018; Hunt, 2017) für alltägliche Konflikt- und Kooperationsdynamiken in polarisierten Gesellschaften. Auch sozialpsychologische Ansätze heben hervor, dass gerade die Gestaltung sozialer Beziehungen Möglichkeiten offenbart, konstruktiv mit Polarisierung umzugehen (Coleman, 2021), wodurch die Bearbeitung von Konflikten in polarisierten Gesellschaften auf einer lebensweltlichen Ebene möglich erscheint. Derart divergierende Perspektiven auf das Konfliktpotenzial und die Bearbeitungsmöglichkeiten polarisierter Differenzen lassen sich auch in konflikttheoretischen Auseinandersetzungen finden. Die als unvermeidbar wahrgenommene Konfliktivität sozialer Beziehungen in ausdifferenzierten und politisch polarisierten

99

[D]ie prozessuale Perspektive [offenbart] die Vorstellung von Vermittlungsmöglichkeiten über polarisierte Differenzen hinweg.

46

Gesellschaften (Simmel, 1995; Stark, 2005) steht der Annahme, dass regelmäßige Interaktionsmomente konfliktbesänftigend wirken können (Collins, 2005), gegenüber. Die Frage nach den Konflikt- und Kooperationsdynamiken in alltäglichen, von sozialer Polarisierung geprägten Begegnungskontexten kann somit bisher nicht zufriedenstellend beantwortet werden.

Um von der Vorstellung fester sozialer Spaltungen entlang bestimmter Differenzkategorien, wie es etwa der Begriff der „deeply divided societies“ impliziert (Lederach, 1997), zu einem prozessualen Verständnis vermeintlich konflikthafter sozialer Differenzierungsprozesse in polarisierten Gesellschaften zu gelangen, beschreibe ich im Folgenden den Prozess der politischen Polarisierung sozialer Differenzen mit dem Begriff „polarisierte Differenzen“. Im Gegensatz zur Vorstellung gespaltener Gesellschaften, in denen soziale Spaltungen entlang bestimmter Differenzkategorien primordial erscheinen, wird durch diese Begriffsspezifizierung das Politische in der Polarisierung nicht verschleiert. Darüber hinaus ermöglicht der Begriff die Perspektivierung intersektionaler

Erfahrungsebenen politischer Polarisierung: Anstatt den Fokus ausschließlich auf bestimmte Spaltungslinien zu setzen, können die situative Relevantwerdung und gegenseitige Verstärkung unterschiedlicher Differenzlagerungen in den Blick genommen werden (Dhamoon, 2009, S. 11). Zugleich liegt der Vorstellung sozialer tiefer Spaltungen ein bestimmtes Gesellschaftsverständnis zugrunde, welches gerade in kollektivistisch orientierten Gesellschaften als normativ aufgeladen wahrgenommen wird – so steht diese Vorstellung auch im Senegal in einem Spannungsverhältnis zu gelebten Gemeinschaftsformen (Heil, 2020). Nicht zuletzt offenbart die prozessuale Perspektive die Vorstellung von Vermittlungsmöglichkeiten über polarisierte Differenzen hinweg – im Gegensatz zu festen Spaltungslinien, zwischen denen keine Überbrückung stattfinden kann. Eine solche Perspektivierung ermöglicht daher, den Prozess der Bedeutungsgewinnung polarisierter Differenzen situativ und kontextgebunden zu verstehen, wodurch auch Einblicke in die Konfliktodynamiken und Vermittlungsmöglichkeiten in polarisierten Welten gewonnen werden können.

Polarisierte Differenzen in senegalesischen Hochschulen

Während dem Senegal eine vergleichsweise hohe politische Stabilität zugesprochen wird, ist die südliche Region Casamance durch einen der längsten Konflikte des Kontinents geprägt (Steckman, 2017, S. 1531). Der Separationskonflikt in der Casamance wird seit den 1980er Jahren in unterschiedlicher Intensität gewaltvoll ausgetragen und lässt die Region, auch nach Unterzeichnung mehrerer Friedensverträge, in einem angespannten Zustand, der weder Krieg noch Frieden entspricht (Serna, 2015). Dabei sind gewaltsame Konfrontationen in der Casamance nicht nur auf Zusammenstöße zwischen dem senegalesischen Militär und Angehörigen der Rebellenbewegung *Mouvement des forces démocratiques de Casamance* (MFDC, die Bewegung der demokratischen Kräfte der Casamance) zurückzuführen, sondern auch auf Auseinandersetzungen zwischen separatistischen Splittergruppen selbst (Ndiaye, 2015).

Der Senegal weist eine hohe ethnische, sprachliche und religiöse Diversität auf, die ebenso in der Casamance wie auch innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung besteht. Die Separationsbestrebungen basieren daher nicht auf den Aspirationen einer homogenen ethnischen, sprachlichen oder religiösen Gruppe, sondern sind eher territorial, durch die ohnehin vom Norden

des Landes abgetrennte geographische Lage und die politische und ökonomische Marginalisierung der Region, begründet (Bernard, 2007). Nichtsdestotrotz werden ethnische und teilweise auch religiöse Differenzen der Casamance zum Norden Senegals stark politisiert (Diallo, 2014; Sadatchy, 2011, S. 2-3). Die Politisierung dieser Differenzen wurde überwiegend vom senegalesischen Staat bedient, der die Separationsbestrebungen zu diffamieren versuchte, indem der MFDC als ausschließlich die ethnische Gruppe der vermehrt christlichen Diola repräsentierend dargestellt wurde, denen auch der langjährige MFDC-Führer und Priester Augustin Diamacoune Senghor angehörte (Steckman, 2017, S. 1532; Marut, 2012, S. 372; Bernard, 2007). Von Seiten des MFDC wurden die Separationsbestrebungen differenzpolitisch hingegen durch die Unterscheidung zwischen „Nordistes“ und „Sudistes“ oder „Casamançais“ gerahmt, womit unter anderem die Dominierung der südlichen Casamance durch politische Autoritäten aus dem Norden angeprangert wurde (Marut, 2012, S. 364). Diese Unterscheidung basiert jedoch vornehmlich auf regionalen Zugehörigkeiten und vermischt diese nicht mit ethnischen Zuschreibungen, welche die Unabhängigkeitsbewegung als eine ethnische Gruppe homogenisieren. Eine solche territoriale Polarisierung ist typisch für Separationskonflikte, die von konfligierenden territorialen Ansprüchen geprägt sind (Ropers, 2007, S. 8-9). Neben

den territorialen Zugehörigkeiten manifestiert sich die Polarisierung aber teilweise auch in ethnischen, sprachlichen und religiösen Differenzen, die sich zwischen dem Norden des Senegals und der Casamance festmachen lassen. Trotz einer gewissen Tabuisierung des Separationskonfliktes sowie einer starken Verurteilung ethnischer Konflikte (IAS020320), prägt dieses territoriale differenzpolitische Paradigma bis heute soziale Lebenswelten im Senegal (Sow, 2017), wie es auch das empirische Beispiel dieser Forschungsnotiz zeigt.

48

Universitäre Lebenswelten im Senegal sind vor diesen politischen Polarisierungsdynamiken nicht gefeit. Während die Université Cheikh Anta Diop de Dakar (UCAD) die größte und älteste Universität des Senegals ist, wurde die Université Assane Seck de Ziguinchor (UASZ) in der Casamance erst 2007 als ein Ergebnis vorausgegangener Friedensvertragsverhandlungen (Harsch, 2005) gegründet. Nachdem die UASZ als kleine regionale Universität zunächst vor allem Studierende aus der Casamance ansprach, wurde die regionale Zusammensetzung der Studierendenschaft stetig diverser (Sow, 2017, S. 21), sodass aktuell Studierende aus dem Norden des Senegals die numerische Mehrheit an der UASZ darstellen. Diese Entwicklung wurde vor allem durch die Einführung eines automatisierten Hochschulzulassungsverfahrens verstärkt, wodurch Studierende sich ihren Studienort nicht mehr selbst aussuchen

können (Ministère de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de l'Innovation du Sénégal 2022).

Die Veränderung der regionalen Zusammensetzung der Studierendenschaft ist vor allem an der UASZ konfliktreich. So schwindet die hochschulpolitische Repräsentation von Studierenden aus der Casamance innerhalb der UASZ und Abiturient*innen aus der Region, die keinen der ihnen zustehenden Studienplätze erhalten, richten ihre Frustration zunehmend gegen Studierende aus dem Norden (IM020221; IR180621). Darüber hinaus wird die Polarisierung territorialer Identitäten in senegalesischen Hochschulen durch verschiedene politische Dynamiken verstärkt: Zum einen ist die Studierendenschaft an senegalesischen Hochschulen von einem umfassenden Assoziationswesen geprägt, in welchem territorial geprägte Studierendenverbände, die sich zumeist durch eine stark begrenzte kommunale oder regionale Zugehörigkeit organisieren, als die wichtigste Assoziationsform angesehen werden. Diese Relevanz ergibt sich aus der Bedeutung dieser Verbände für die Gestaltung des sozialen Lebens innerhalb der Universitäten, da sie bei der Studienangabewerbung, Zimmersuche, Ankunft und weiteren Problemen bei der Organisation des Studiums unterstützen (N040621). Durch die starke lokale Verankerung dieser Verbände teilen deren Mitglieder häufig ihre Sprache und ethnische Zugehörigkeit

und organisieren für ihre Region typische kulturelle Veranstaltungen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben, und vor allem um ihren Mitgliedern Unterkünfte innerhalb oder außerhalb der Universitäten anbieten zu können, unterhalten die kommunalen Studierendenverbände zugleich enge Beziehungen zu Kommunalpolitiker*innen, die sich im Gegenzug für finanzielle Zuwendungen politische Unterstützung durch die Studierenden erhoffen (N050521; N040621; IBO050521). Diese klientelistische Verflechtung von Kommunalpolitiker*innen mit kommunalen Studierendenverbänden führt dazu, dass Studierende erhebliche finanzielle Vorteile durch ihre Organisation entlang kommunaler und damit auch territorialer Differenzen ziehen. Unter anderem teilen sich die Mitglieder der kommunalen Verbände häufig von den Bürgermeister*innen finanzierte oder subventionierte Unterkünfte (IBO050521; N240321; N300321).

Die langjährige Polarisierung territorialer Differenzen im Zuge des Separationskonfliktes der Casamance prägt somit die Dynamiken innerhalb der Hochschulpolitik und wird zugleich durch die stark kommunal verfasste Organisationsform der Studierendenschaft verstärkt. Die territoriale Polarisierung führt jedoch keineswegs zu unausweichlichen Konflikt dynamiken zwischen den Studierenden(-verbänden), der Hochschulalltag ist vielmehr von diversen Kooperations- und Solidaritätspraktiken

unter den Studierenden geprägt: Essen, Lernmaterialien, Computer, Rucksäcke und Schlafplätze werden auch über territoriale Differenzen hinweg geteilt (IG050521; N180321). Dennoch wird die territoriale Polarisierung situativ innerhalb der Universitäten relevant, vor allem wenn es um Fragen der sozialen Prekarität (IM020221), Konkurrenz (INS110320) oder des politischen Einflussbereichs innerhalb der Hochschulen geht (IL120621). Um die prozessuale Entwicklung der situativen Relevanzwertung polarisierter Differenzen nachvollziehen und deren lebensweltliche Einbettung verstehen zu können, sind derartige Situationen der Konflikteskalation besonders erkenntnisreich. Die sich in einer solchen Situation entfaltenden Polarisierungsdynamiken sowie die Versuche der Studierenden, mithilfe verschiedener Vermittlungspraktiken die polarisierten Differenzen zu überbrücken, werde ich anhand des folgenden Beispiels darstellen.

49

Gewalteskalation, Kooperation und Friedensorientierung

Senegalesische Hochschulen können als von polarisierten Differenzen geprägte Kontexte angesehen werden, in denen Kontakte zwischen Studierenden unterschiedlicher territorialer, aber auch ethnischer, sprachlicher oder religiöser Zugehörigkeiten auf alltäglicher Basis stattfinden. Auch wenn prinzipiell alle senegalesischen

Hochschulen derartige Strukturen sozialer Polarisierung aufweisen, werden die beiden bereits erwähnten Hochschulen im Vordergrund der Forschungsnotiz stehen. Denn einerseits spielt sich das für diese Forschungsnotiz ausgewählte empirische Beispiel an den beiden Universitäten ab. Andererseits ist die territoriale Polarisierung an beiden Universitäten besonders prägend, an der UCAD wegen ihrer Größe und ihres politischen Mobilisierungspotenzials in der Hauptstadt, an der UASZ wegen ihrer Lage in der Casamance. Während meiner circa acht Monate umfassenden Forschungsaufenthalte zwischen 2020 und 2022 habe ich zudem den Großteil meiner Zeit an den beiden Universitäten verbracht. Im Rahmen meines ethnographischen Forschungsansatzes, der methodisch vornehmlich aus episodischen Interviews mit Studierenden und Universitätsangehörigen, einzelnen Fokusgruppendifkussionen sowie teilnehmenden Beobachtungen des universitären Alltags bestand, erwiesen sich die zuvor bereits ausgeführte soziale Organisationsform der Studierendenschaft sowie kooperative Alltagspraktiken in einer hochgradig prekären studentischen Lebenswelt als zentrale Themen. Rekurrende Gewaltphänomene innerhalb der Universitäten dominieren demnach nicht die alltägliche Erfahrungsebene von Studierenden im Senegal, obschon das Studium an beiden Universitäten immer wieder von Gefährlichkeitserwartungen und -erfahrungen geprägt ist. Vielmehr

äußern sich Gewaltphänomene in situativen Eskalationsdynamiken, wovon ein besonders prägnantes Beispiel im Folgenden dargestellt wird.

Im Frühjahr 2021 kam es an der UCAD zu einer besonders verheerenden Gewalteskalation (Sakine, 2021; Rewmi, 2021): Infolge von Auseinandersetzungen zwischen zwei Studierendenverbänden, Kekendo und Ndef Leng, ist das Kekendo-Mitglied Ismaila Gaoussou Diémé wenige Tage später verstorben (Diouf, 2021). In einem Interview mit einem Studenten, der die Gewalteskalation hautnah miterlebt hat, wurde diese klar mit der assoziativen Organisation der Studierendenschaft in Verbindung gebracht (IL120621, Übersetzung MT):

An diesem Tag, gab es eine sehr, sehr gewaltvolle Schlägerei zwischen den beiden Studierendengruppen. Wenn man Gewalt an der Universität erlebt, geht es um Sachen, die vielleicht zwei politische Listen oder Koalitionen in Opposition zueinander stellen, oder zwei Studierendenverbände, ob es nun regionale Studierendenverbände oder einzelne Posten innerhalb der Organisationsgremien sind, das ist der Moment, in dem sich Konflikte abspielen [...]. Ja, man kann sagen, dass sie [die Konflikte, MT] in Verbindung zum assoziativen Leben der Universität stehen.

Auch das Universitätsrektorat teilte diese Auffassung des Gefährdungspotenzials durch Studierendenverbände und versuchte auf den Vorfall mit dem Verbot aller Verbände sowie der Schließung des sozialen Bereiches des Campus, in dem sich alle Studierendenunterkünfte befinden, zu reagieren. Das Rektorat konnte jedoch angesichts starker Proteste aus der Studierendenschaft keines dieser Vorhaben umsetzen (Diouf, 2021; Senenews, 2021). Die multimedialen Reaktionen auf die gewaltvollen Konfrontationen waren hingegen von schwerwiegenderer Wirkung und äußerten sich sogar in ihrer literarischen Verarbeitung (Diakhaté Makama & Cissé 2022). Die Konfrontationen wurden als „blutige Schlachten“ und „ethnischer Krieg“ innerhalb der Universität eingeordnet, da die beiden Studierendenverbände als repräsentativ für zwei ethnische Gruppen, die Diola versammelt in Kekendo und die Serer in Ndef Leng, angesehen werden (Xalimanews, 2021, Übersetzung MT). Mit dieser ethnischen Interpretation vermischt sich auch die Wahrnehmung von Kekendo als besonders gefährlich, da der Verband Studierende aus der Casamance in sich vereint. Die Gefährlichkeits-

zuschreibung beruht zudem darauf, dass der Studierendenverband seit vielen Jahrzehnten besteht, enge Verbindungen zu Politiker*innen unterhält und ihm vor allem Verbindungen zu den separatistischen Rebellengruppen der Casamance nachgesagt werden (IL120621). Auf diese Weise vermischt sich eine generelle Stigmatisierung gegenüber Studierenden aus der Casamance als „Rebellen“ (N110621) mit der Wahrnehmung von Kekendo als ethnisch basierter Studierendenverband. Diese Vermischung wird auch in einem Interview deutlich (IL120621, Übersetzung und Hervorhebungen der Bezeichnungen ethnischer Gruppierungen MT):

Es gibt ethnische Organisationen, wie der Fall des Kekendo, welche Socés, Diolas, Mandingues in sich vereinen, die Studierenden des Südens im Großen und Ganzen. Und die Studierenden des Ndef Leng, die die Serer Studierenden in sich vereinen, was zu einer sehr, sehr, sehr, sehr gewaltvollen Auseinandersetzung und zum Tod unseres Freundes, unseres kleinen Bruders, Ismaila Diémé geführt hat.

”

[Die] Stigmatisierung gegenüber Studierenden aus der Casamance als „Rebellen“ [vermischt sich] mit der Wahrnehmung von Kekendo als ethnisch basierter Studierendenverband.

Der Kekendo wird hier klar als eine ethnische Organisation dargestellt, obwohl sofort deutlich gemacht wird, dass verschiedene ethnische Gruppen Teil der Organisation sind und diese sich vor allem durch ihre gemeinsame territoriale Verortung in der Casamance auszeichnen. Die zuvor dargestellte Ambivalenz in den Diskursen zum Separationskonflikt, einer ethnischen Homogenisierung von außen sowie einer internen ethnischen Heterogenität und vor allem territorialen Identifikation, spiegelt sich somit auch in der Wahrnehmung der Gewalteskalation wider. Die territoriale Nord-Süd Polarisierung durch den Separationskonflikt, sowie dessen differenzpolitische Implikationen sind daher auch in diesem Gewaltvorfall präsent.

Verschiedene studentische Gegenerzählungen zu dem trennenden Narrativ eines ethnischen Gewaltkonfliktes innerhalb der UCAD wurden jedoch gleich nach dem Vorfall entworfen. Der Verweis auf die relationale Verbundenheit, insbesondere zwischen Diola und Serer (de Jong, 2005, S. 391; Senenews, 2021; Niakaar, 2021) oder die Erklärung, dass der materielle Ursprung des Konfliktes ein Streit um einen Roller sei (Rewmi, 2021), wurden sowohl von Studierenden als auch Mitgliedern der Hochschulverwaltung bedient (Xalimane, 2021). Den stärksten Kontrapunkt setzten jedoch die Mitglieder der beiden Studierendenverbände selbst. Noch geprägt

von dem Schock, dass es mehrere Schwer verletzte gab, hielten beide Verbände am Folgetag der Gewalteskalation bereits eine gemeinsame Pressekonferenz ab, in der sie ihre versöhnenden Absichten betonten (Sakine, 2021). Als einige Tage später der Tod ihres Kommilitonen verkündet wurde, war der Schock und die Trauer in beiden Verbänden immens (IL120621, Übersetzung MT):

Nein, das war sehr, sehr schmerzhaft für ihn [den Anführer von Ndef Leng, MT] und ich kann sogar sagen, dass dies das erste Mal in meinem Leben war, dass ich seine Tränen gesehen habe. Denn wirklich, obwohl der tote Student von der Kekendo Bewegung kommt, und [der Anführer von Ndef Leng, MT] Serer ist, haben sie wirklich unvergessliche Momente miteinander verbracht.

Denn trotz einer gewissen Rivalität zwischen beiden Studierendenverbänden und der nächtlichen Gewalteskalation, kannten sich die Studierenden beider Gruppen gut und unterhielten auch kooperative Beziehungen zueinander. Ismaila Gaoussou Diémé, der aus der Casamance kam und Kekendo angehörte, hatte jahrelang ein Zimmer mit dem Anführer von Ndef Leng geteilt, in dem mehrere Mitglieder von Kekendo mit Mitgliedern von Ndef Leng „in perfekter Harmonie“ zusammenlebten (IL120621, Übersetzung MT). Ismaila

Diémé war sogar so eng mit dem Anführer von Ndef Leng befreundet, dass er, als die senegalesischen Universitäten wegen Covid-19 kurzfristig für ein halbes Jahr geschlossen wurden, mit ihm zusammen bei seiner Familie im Norden des Landes unterkam (IL120621). Sein Tod war somit nicht die tragische Folge einer verfestigten Verfeindung beider Gruppen, die sich angesichts der Polarisierung ihrer unterschiedlichen territorialen Zugehörigkeiten unvereinbar gegenüberstehen. Vielmehr folgte der Tod auf eine sich durch starke Gruppenkohäsion entfaltenden Gewaltspirale, die für alle Beteiligten zugleich der schmerzhafteste Verlust eines Freundes und Kommilitonen bedeutete. Diese Nähe und relationale Verbundenheit zwischen den Studierenden äußert sich auch in dem Umstand, dass Ismaila Diémé immer wieder als „kleiner Bruder“ bezeichnet wird (IL120621, Übersetzung MT).

Um den Polarisierungsdynamiken in Bezug auf die territorialen Differenzen und ethnischen Zuschreibungen der Gewalteskalation etwas entgegenzusetzen, versuchten die Mitglieder beider Studierendenverbände auf verschiedenen Wegen zu vermitteln. Vertreter*innen beider Gruppen reisten zum Beispiel auch nach Ziguinchor, um der dortigen Beisetzung ihres verstorbenen Kommilitonen beizuwohnen, seiner Familie ihr tiefstes Beileid auszusprechen und sich mit Vertreter*innen ihrer regionalen Studierendenverbände an der UASZ

zu treffen. Ebenso wenig teilten die Mitglieder der Verbände die Wahrnehmung von Kekendo und Ndef Leng als ethnisch definierte Studierendenverbände. Obwohl beide Verbände ohne Zweifel eine regionale Verortung aufweisen, die ethnisch überwiegend von Diola und Serer geprägt ist, gibt es in beiden Verbänden auch Mitglieder anderer ethnischer Gruppen. So meldeten sich vermehrt frühere und aktuelle Mitglieder beider Verbände medial zu Wort, die nicht der externen ethnischen Kategorisierung entsprachen, so zum Beispiel auch eine Serer, die in der Casamance aufgewachsen war und Kekendo angehörte (Faye, 2021). Die Studierendenverbände wurden in diesen medialen Beiträgen als eine Möglichkeit präsentiert, ein gewisses Heimatgefühl unter Studierenden zu schaffen, die weit weg von ihren Familien studieren. Die soziale Rahmung der Studierenden, sowie die kulturelle Repräsentation regionaler kultureller Praktiken, stellen für die Mitglieder somit die wichtigsten Funktionen der Verbände dar, nicht jedoch die Repräsentation einer ethnischen Gruppe (IL120621). So ist auch wenig überraschend, dass beide Studierendengruppen wenige Monate nach der Gewalteskalation gemeinsam kulturelle Tage veranstalteten, die im Sinne der relationalen Verbundenheit zwischen Serer und Diola (de Jong, 2005), eine klare Botschaft für den Frieden und die Bemühungen beider Verbände für kooperative Beziehungen sendeten. Die mit der situativen Gewalteskalation

in Verbindung gebrachte ethnische Polarisierung entsprach somit keineswegs dem studentischen Erleben des Vorfalls, welches vielmehr von einer starken Betroffenheit, Scham über die Eskalation, aber auch Kooperation geprägt war. Auf diesen verschiedenen Wegen versuchten die Studierenden daher, der Reduzierung der Gewalteskalation auf ethnische Differenzen ihre eigene Erzählung entgegenzusetzen. Als Reaktion auf die Gewalteskalation im Frühjahr 2021 haben sich zudem in beiden hier diskutierten Universitäten, der UCAD und der UASZ, auf diesen Vorfall hin Studierendengruppen gebildet, die sich als Friedensbotschafter*innen bezeichnen (IL120621; ISOU170621). Dabei wurde deutlich, dass die Friedensbotschafter*innen zwar organisatorisch als solche bereits existierten, sowohl T-shirts als auch Aufkleber wurden bereits mit ihrem Logo bedruckt (IL120621), für die konkrete Praxis der Friedensarbeit jedoch noch Ideen fehlten. Im Laufe meiner langjährigen Forschungsbeziehung zu den Studierenden kam daher die Idee auf, im Frühjahr 2022 gemeinsam Workshops zur Konfliktbearbeitung innerhalb der Universitäten durchzuführen. In den Workshops habe ich zunächst einen kurzen Überblick in Theorien und Methoden der Konfliktbearbeitung gegeben, um daraufhin den Austausch zwischen den Studierenden in Hinblick auf ihre Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktbearbeitung in Universitäten zu fördern. Während in

dem Workshop an der UCAD die Gewalteskalation im Frühjahr 2021 und der Tod von Ismaila Gaoussou Diémé die Diskussionen prägten, standen im Workshop an der UASZ vermehrt alltäglichere, weniger gewaltvolle Konfliktinteraktionen im Fokus. In beiden Workshops wurden jedoch gleichermaßen verschiedene Ansätze zur konstruktiven Bearbeitung der Konflikte besprochen, die von individuellen Handlungsmöglichkeiten bis hin zu Vorschlägen struktureller Veränderungen reichten (N060222; N120222). Selbst wenn ungewiss bleibt, ob die Friedensbotschafter*innen sich langfristig als Studierendeninitiative etablieren können, so zeugt ihre Existenz doch von einer starken alltäglichen Friedensorientierung der Studierenden, die bewusst versuchen, differenzpolitischen Polarisierungen eine de-essenialisierende und vermittelnde Perspektive entgegen zu setzen sowie aus der tragischen Gewalteskalation und weiteren alltäglichen Konfliktodynamiken ein konstruktives Transformationspotenzial zu schöpfen.

Möglichkeiten der Vermittlung über Polarisierung hinweg

Welche Implikationen hat dieses Beispiel aus dem Kontext universitärer Lebenswelten im Senegal für die Konfliktodynamiken und Vermittlungsmöglichkeiten in Kontexten polarisierter Differenzen? In

Anbetracht dieser empirischen Einblicke ist es zunächst wichtig zu betonen, dass die Polarisierung territorialer Identitäten im Senegal zwar historisch, politisch und vor allem strukturell in der sozialen Organisationsform der Studierendenschaft verankert ist, diese jedoch nur situativ an Relevanz gewinnt. Konfliktdynamiken, die in Verbindung zur territorialen Polarisierung stehen, sind kein allgegenwärtiges Phänomen. Sie entstehen vor allem in Situationen, in denen territoriale Polarisierung mit Fragen der sozialen Prekarität, Konkurrenz oder des politischen Einflussbereichs innerhalb der Hochschulen in Verbindung gebracht wird. Außerhalb dieser Konfliktdynamiken prägen territoriale Identitäten zwar in hohem Maße die soziale Ausdifferenzierung innerhalb der Universitäten, denn Studierende einer Lokalität verbringen einen Großteil ihrer Zeit zusammen, teilen zumeist ihre Zimmer miteinander und haben starke Solidaritätsstrukturen untereinander entwickelt. Diese Kooperations- und Solidaritätsbeziehungen lassen sich jedoch auch auf alle anderen Studierenden übertragen, da die Studierenden sich auch unabhängig von der territorialen Zugehörigkeit gegenseitig bei finanziellen, wohn- oder studiumsbezogenen Schwierigkeiten unterstützen. Dabei ist stets der Gedanke prägend, dass die Studierenden fundamental in ihren Positionen miteinander verbunden sind. Der territorialen Polarisierung zum Trotz erhalten die Studierenden somit starke

Kooperationsbeziehungen zueinander, schlichtweg als Studierende in einem geteilten prekären Kontext.

Das im Fokus dieser Forschungsnotiz stehende Beispiel der Gewalteskalation an der UCAD im Frühjahr 2021 zeigt jedoch, dass die territoriale Polarisierung auch konfliktverstärkend wirken kann: Konfliktdynamiken können sich entlang unterschiedlicher territorialer Zugehörigkeiten verschärfen, auch wenn diese nichts mit dem Konfliktgegenstand zu tun haben. Derartige Handlungsmuster bezeichnet Coleman (2021, S. 15, Herv. im Orig.) als „*attractors*“, die so automatisiert ablaufen, dass es fast unmöglich ist, sich ihnen zu entziehen. Neben diesen, eine Konflikteskalation begünstigenden Auswirkungen polarisierter Differenzen zeigt das Beispiel jedoch auch, dass senegalesische Studierende ein breites Handlungspotenzial besitzen, und dieses auch verwenden, um sich den Mustern zu entziehen und den konfliktverstärkenden Effekten der Polarisierung zu begegnen. Die Studierenden haben dafür neben einer differenzierten Einordnung öffentlicher Diskurse, versöhnliche Praktiken und die Etablierung universitärer Verbände und Strukturen zur Vermeidung weiterer Gewalteskalationen als Vermittlungsmöglichkeiten eingesetzt. Angesichts der engen Beziehungen, die die Studierenden untereinander auch schon vor der Gewaltkonfrontation unterhielten, entsprechen diese Praktiken nicht nur

einer performativen Darstellung von Reue. Vielmehr zeugt das Beispiel davon, dass der relationalen Verbundenheit unter den Studierenden eine besondere Bedeutung zukommt, um über die politische Polarisierung hinweg zu vermitteln. Soziale Beziehungen werden als so verbindend erlebt, dass sie auch territoriale Polarisierungen und in dem spezifischen Beispiel die Mitgliedschaft in konkurrierenden Studierendenverbänden überbrücken. Diese Beziehungen wirken demnach auch nach Fällen extremer Gewalteskalation depolarisierend; sie waren jedoch nicht in der Lage, die situative Eskalationsdynamik in Bezug auf die Zugehörigkeit zu territorial polarisierten Studierendenverbänden präventiv zu verhindern.

Für die Praxis der Konfliktbearbeitung in Kontexten gesellschaftlicher Polarisierung impliziert der Fall senegalesischer Hochschulen daher, dass polarisierte Differenzen eine sinnstiftende sowie konfliktverstärkende Wirkung für Konfliktstrukturen haben können. Gleichzeitig kann das alltägliche Miteinander jedoch auch in Widerspruch zu polarisierten Differenzen treten, die sozialen Beziehungen vor allem von Solidaritäts- und Kooperationsdynamiken geprägt sein und auf diese Weise einen Gegenpol zu Polarisierungsdynamiken entwerfen. Dies zeigt erstens, dass es für die Konfliktbearbeitung in hochgradig polarisierten Gesellschaften einer nicht-essentialistischen Konzeptualisierung von

polarisierten sozialen Differenzen bedarf, und damit des Verständnisses, dass diese situativ an Bedeutung gewinnen können – oder auch nicht. Zweitens ermöglicht erst ein prozessuales Verständnis von sozialen Polarisierungsdynamiken, spezifische Situationen der Konflikteskalation und die situative Bedeutung polarisierter Differenzen überhaupt in den Blick zu nehmen. Drittens zeigt die Forschungsnotiz, dass Vermittlung über polarisierte Differenzen hinweg einerseits in alltäglichen Kooperations- und Solidaritätspraktiken, andererseits aber auch in konfliktiven Differenzsituationen Anwendung finden kann. Alltägliche Kooperationspraktiken und Konflikte um polarisierte Differenzen können somit gleichzeitig stattfinden, wobei die Betonung der relationalen Verbundenheit in einem geteilten sozialen Kontext hilft, diese Pole zu überbrücken.

LITERATUR

- Autesserre, S. (2021). *The Frontlines of Peace. An Insider's Guide to Changing the World*. Oxford University Press.
- Baumann, G. (1996). *Contesting Culture. Discourses of Identity in Multi-Ethnic London*. Cambridge University Press.
- Bernard, P. (2007, 15. Juli). L'abbé Diamacoune, chef historique du mouvement indépendantiste de Casamance. *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/disparitions/article/2007/01/15/l-abbé-diamacoune-chef-historique-du-mouvement-indépendantiste-de-casamance_855579_3382.html
- Brigg, M. (2018). Relational and Essential: Theorizing Difference for Peacebuilding. *Journal of Intervention and Statebuilding*, 12(3), 352–366.
- Brigg, M. (2008). *The New Politics of Conflict Resolution. Responding to Difference*. Palgrave Macmillan.
- Coleman, P. T. (2021). *The Way Out. How to Overcome Toxic Polarization*. Columbia University Press.
- Collins, R. (2005). *Interaction Ritual Chains*. Princeton University Press.
- De Jong, F. (2005). A Joking Nation: Conflict Resolution in Senegal. *Canadian Journal of African Studies / Revue Canadienne des Études Africaines*, 39(2), S. 389–413.
- Dhamoon, R. (2009). *Identity/Difference Politics. How Difference Is Produced, and Why It Matters*. UBC Press.
- Diakhaté Makama, I., & Cissé, M. (2022). *L'Europe ou la mort. Odyssée d'un cygne noir*. Le Lys Bleu Éditions.
- Diallo, A. R. (2014, 24. Januar). Casamance/MFDC: Discours d'Abdou Elinkine Diatta devant la gouvernance de Ziguinchor le mercredi 22 janvier 2014. *Le Journal Du Pays*. <http://www.journaldupays.com/2014/casamance-mfdc-discours-dadbou-elinkine-diatta-devant-la-gouvernance-de-ziguinchor-le-mercredi-22-janvier-2014/>
- Diouf, A. (2021, 15. April). Les étudiants déchirent la résolution de l'assemblée de l'UCAD. *Emedia*. http://www.emedia.sn/LES-ETUDIANTS-DECHIRENT-LA-RESOLUTION-DE-L-ASSEMBLEE-DE-L-UCAD.html?var_mode=calcul
- Faye, T. (2021). Sérère et ancienne du Kékendo: Ce que je retiens de ce groupe de fraternité. *Dakaractu*. https://www.dakaractu.com/Serere-et-ancienne-du-Kekendo-Ce-que-je-retiens-de-ce-groupe-de-fraternite-Par-Therese-Faye_a201524.html
- Groenemeyer, A. (2003). Kulturelle Differenz, ethnische Identität und die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Ein Überblick sozialwissenschaftlicher Thematisierungen. In A. Groenemeyer & J. Mansel (Hrsg.), *Die Ethnisierung von Alltagskonflikten* (S.11–46). Springer.
- Harsch, E. (2005). Un pacte de paix porteur d'espoir au Sénégal. *Africa Renewal*. <https://www.un.org/africarenewal/fr/magazine/april-2005/un-pacte-de-paix-porteur-despoir-au-s%C3%A9n%C3%A9gal>
- Hartzell, C. A., & Mehler, A. (Hrsg.) (2019). *Power Sharing and Power Relations After Civil War*. Lynne Rienner.
- Heil, T. (2020). *Comparing Conviviality*. Springer International Publishing.
- Hunt, C. T. (2017). Beyond the Binaries: Towards a Relational Approach to Peacebuilding. *Global Change, Peace & Security*, 29(3), 209–227.
- Kaufman, S. J. (2011). Ethnicity as a Generator of Conflict. In K. Cordell & S. Wolff (Hrsg.), *Routledge Handbook of Ethnic Conflict* (S. 91–102). Routledge.
- King, E., & Samii, C. (2018). Minorities and mistrust: On the adoption of ethnic recognition to manage conflict. *Journal of Peace Research*, 55(3), 289–304.
- King, E., & Samii, C. (2020). *Diversity, Violence, and Recognition. How recognizing ethnic identity promotes peace*. Oxford University Press.

- Lederach, J. P. (1997). *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. United States Institute of Peace Press.
- Mac Ginty, R. (2021). *Everyday Peace. How So-called Ordinary People Can Disrupt Violent Conflict*. Oxford University Press.
- Mair, P. (2011). Democracies. In D. Caramani (Hrsg.), *Comparative Politics*. 2. Aufl. (S. 84-101). Oxford University Press.
- Marut, J.-C. (2011). «À l'Ouest, quoi de nouveau ? Les obstacles à la paix en Casamance». *Les Cahiers d'Outre-Mer*, 255. <http://journals.openedition.org/com/6289>
- Ministère de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de l'Innovation du Sénégal (2022). *CAMPUSEN*. <https://orientation.campusen.sn/>
- Ndiaye, A. (2015, 15. Dezember). Casamance. Quatre raisons qui font perdurer un conflit (1/3). *Le Monde*. https://www.lemonde.fr/afrique/article/2015/12/15/casamance-quatre-raisons-qui-font-perdurer-un-conflit_4832635_3212.html
- Niakaar (2021, 26. März). UCAD : Violente bagarre entre étudiants de « Kekendo » et « Ndef Leng ». *Xibaruu*. <https://www.xibaru.sn/ucad-violente-bagarre-entre-etudiants-de-kekendo-et-ndef-leng/>
- Nieswand, B. (2014). Über die Banalität ethnischer Differenzierungen. In B. Nieswand & H. Drotbohm (Hrsg.), *Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. Studien zur Migrations- und Integrationspolitik* (S. 271-295). Springer.
- Ropers, N. (2007). *Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethno-politischer Konflikte*, 2. Aufl. Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung.
- Sadatchy, P. (2011). Mouvement des forces démocratiques de Casamance (MFDC). Fiche documentaire. *Note d'Analyse du GRIP*. http://archive.grip.org/en/siteweb/images/NOTES_ANALYSE/2011/NA_2011-11-23_FR_P-SADATCHY.pdf
- Sakine, M. (2021, 12. April). UCAD Suite des affrontements entre Ndef Leng et Kékendo : Boubacar Diémé succombe à ses blessures. *Le Quotidien*. <https://lequotidien.sn/ucad-suite-des-affrontements-entre-ndef-leng-et-kekendo-boubacar-dieme-succombe-a-ses-blessures/>
- Senenews (2021, 26. März). Bagarre à l'Ucad : « Kekendo » et « Ndef Leng » s'affrontent, la police débarque. *Emedia*. https://www.senenews.com/actualites/bagarre-inter-ethnique-a-lucad-kekendo-et-ndef-leng-saffrontent-la-police-debarque_352478.html
- Serna, T. (2015, 09. Dezember). Casamance. Neither War nor Peace. *Peace Insight*. <https://www.peaceinsight.org/en/articles/casamance-neither-war-nor-peace/?location=senegal&theme>
- Simmel, G. (1995). Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. In O. Rammstedt (Hrsg.), *Gesamtausgabe, Ausgabe 11*. Suhrkamp.
- Sow, N. (2017). À la croisée des imaginaires et des discours en Casamance. *Anadiss* 2(24), 13-23.
- Steckman, L. (2017). Senegal. In P. Joseph (Hrsg.), *The SAGE Encyclopedia of War. Social Science Perspectives* (S. 1531-1532). SAGE.
- Stark, C. (2005). Die Konflikttheorie von Georg Simmel. In T. Bonacker (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, 3. Auflage (S. 83-96). Springer VS.
- Rewmi (2021). UCAD: Violents affrontements entre étudiants « Kekendo » et « Ndefleng ». *Rewmi*. <https://www.rewmi.com/ucad-bagarre-entre-etudiants-diolas-et-sereres/>
- Valdesolo, P. & Graham, J. (Hrsg.) (2016). *Social Psychology of Political Polarization*. Routledge, Taylor & Francis Group (Claremont symposium on applied social psychology series).
- van Prooijen, J.-W. (2021). The psychology of political polarization. An Introduction. In J.-W. van Prooijen (Hrsg.), *The psychology of political polarization*. Routledge (Current issues in social psychology).

Xalimanews (2021, 26. März). Bataille rangée à l'UCAD ou « conflit ethnique » : Le Coud explique sans convaincre. *Xalimasn*. <https://www.xalimasn.com/bataille-rangee-a-lucad-ou-conflit-ethnique-le-coud-explique-sans-convaincre/>

FORSCHUNGSDATEN

Interviews:

IAS020320

INS110320

IBO050521

IG050521

IL120621

IM020221

ISOU170621

IR180621

Notizen:

N180321

N240321

N300321

N050521

N040621

N110621

N060222

N120222

ZUR AUTORIN

Miriam Tekath ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Promovendin am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Ihre Arbeit liegt an der Schnittstelle zwischen politikwissenschaftlichem Forschungsinteresse und mikrosoziologischen Forschungsansätzen, um soziale Konflikte und ihre Bearbeitungsmöglichkeiten zu verstehen.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Hendrik Erz, Michelle Giez, Veronika Riedl** und **Konstantin Schiewer**.

Schüler*innen beruflicher Schulen – eine polarisierte Zielgruppe?

Projekterfahrungen aus dem ländlichen Raum Osthessens

60

von Paul Lachmann

In diesem Beitrag werden zentrale Ergebnisse des Projekts „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ vorgestellt. Das Projekt ist als Reaktion auf die Präsenz der extremen Rechten im öffentlichen Raum, die Alltäglichkeit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Hessen sowie die schlechte Lage politischer Bildung an beruflichen Schulen entstanden. Einerseits versucht es, die Resilienz der einzelnen teilnehmenden Schüler*innen und ihr Bewusstsein für gemeinschaftliche Konfliktlösung zu stärken. Andererseits ist mit dem maßgeblich pädagogisch arbeitenden Projekt auch ein wissenschaftliches Interesse verbunden. Schüler*innen beruflicher Schulen (SbS) sind in Einstellungserhebungen selten vertreten. In Studien heißt es meist: Je geringer die formale Bildung, desto weniger stehen die Schüler*innen für demokratische Werte ein und stimmen eher extrem rechten Einstellungsmerkmalen zu. Dieser Beitrag versucht, anhand der Ergebnisse einer eigenen Einstellungserhebung sowie qualitativer Beobachtungen die Frage zu beantworten, ob diese Verallgemeinerungen auch auf die bisher unsichtbar gebliebene Schüler*innenschaft an beruflichen Schulen zutreffen. Im vorliegenden Projekt offenbaren sich strukturelle Benachteiligungen für SbS, zudem deuten sich konflikthafte Gleichzeitigkeiten in den Werthaltungen der Schüler*innen an.

abstract

Schlagwörter

Politische Bildung; Ehrenamt; extreme Rechte; soziale Polarisierung

Einleitung

Berufliche Schulen erfahren nur selten politisches und öffentliches Interesse. Dazu gehört auch der Umstand, dass Schüler*innen beruflicher Schulen (SbS) nur selten in den Genuss politischer Bildung oder der Vermittlung demokratiefördernder Kompetenzen an ihren Schulen kommen. Durch diese strukturelle Benachteiligung erhöht sich die Gefahr, sozialer Polarisierung (Reimann, 2020) Vorschub zu leisten. Bekannt ist der Zusammenhang zwischen Einstellung zur Demokratie und Bildungsstand bei Jugendlichen (Albert et al., 2019; Achour & Wagner, 2019). SbS nehmen hier eine Sonderrolle ein, da die Schüler*innenschaft oft sehr heterogen ist. Die soziale Polarisierung könnte sich also in der Verbreitung extrem rechter (Salzborn, 2020) Positionen ausdrücken. Diese Gefahr wird akuter, je ländlicher und strukturschwacher der Standort ist. Das Innovationsprojekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“, gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“, versucht diesem Problem im lokalen, ländlichen Kontext über den Weg außerschulischer Bildungsangebote zu begegnen.

Das Projekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“

Das Projekt ist eine Kooperation zwischen der Georg-August-Universität Göttingen/

Department für Rurale Entwicklung und dem Verein Stiftung Adam von Trott, Imshausen e.V. und hat eine Laufzeit von März 2021 bis Januar 2023. Hauptdurchführungsregion ist der Landkreis Hersfeld-Rotenburg in Ostthessen – hier befindet sich der Vereinssitz. Die Region kann dem Landatlas des Thünen-Institutes nach als Typ 2 – sehr ländlich und ökonomisch stark – eingestuft werden (Thünen-Institut, 2023). Bruttoinlandsprodukt und durchschnittliches Nettomonatseinkommen liegen in der Region deutlich über dem bundesweiten Mittel. Die Raumstruktur weist eine lockere Wohnbebauung, geringe Siedlungsdichte, einen hohen Anteil an land- und forwirtschaftlicher Fläche sowie eine schlechte Erreichbarkeit von Metropolregionen auf. Schlecht erreichbar sind auch die Schulen, sofern die Schüler*innen nicht am Standort wohnen.

Hauptzielgruppe der außerschulischen Bildungsangebote sind SbS im Alter von 16 bis 27 Jahren. Diese nehmen am Kernstück des Projekts teil. Es handelt sich dabei um ein modularisiertes Seminarprogramm, bestehend aus sechs Modulen, die jeweils einen Schultag dauern. Die sechs Module wurden vor allem im Jahr 2022 durchgeführt. Anhand einer Mischung aus historischer und politischer Bildung werden unter dem Projekttitel „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ Themen wie solidarisches Miteinander, Diskriminierung und extreme Rechte behandelt. Ziel

ist es die individuelle Resilienz, Empathie und Kompetenzen zur gemeinschaftlichen Problemlösung zu stärken.

Begleitend wurde die pädagogische Arbeit wissenschaftlich evaluiert. Die Eindrücke und Ergebnisse von fast zwei Jahren Projektarbeit sollen im Rahmen dieses Forschungsbeitrags vorgestellt werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf Polarisierungstendenzen liegen.

Anlass für das Projekt gaben folgende Grundannahmen:

1. Hessen und West-Thüringen sind Zentren extrem rechten Denkens und Handelns.
2. Besonders bei Schüler*innen beruflicher Schulen (SbS), scheint Anlass für bildungspolitische Interventionen, im Sinne der Demokratieförderung und Prävention von extrem rechten Einstellungen, zu bestehen. Der Bedarf ist verstärkt für ländliche, strukturschwache Räume festzustellen.

Hintergrund: Die Präsenz von Diskriminierung und der extremen Rechten

Einerseits kann die Verbreitung extrem rechten Denkens anhand der Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD) nachvollzogen werden. Über alle Wahlen der vergangenen sechs Jah-

re hinweg weist die AfD in der Region überdurchschnittliche Erfolge auf, ohne lokalen parteipolitischen Aktivitäten im öffentlichen Raum nachzugehen. Die Partei AfD erhielt hier im Schnitt jeweils 2 Prozentpunkte mehr Stimmen als bei den deutschlandweiten Ergebnissen von Bundestagswahlen 2017 (12,6 Prozent) als auch 2021 (10,3 Prozent) und den Europaparlamentswahlen 2019 (11 Prozent). Bei den hessischen Landtagswahlen 2019 lag das regionale Ergebnis der AfD 5 Prozentpunkte über dem Landesergebnis (13,1 Prozent). Seit 2018 ist in der Region ein leichter Rückgang der erreichten Prozentpunkte zu verzeichnen.

Andererseits lässt sich das Denken auch aus anderen Handlungsweisen ableiten. Die Monitoringberichte, Mappings und Analysen u.a. des Beratungsnetzwerks Hessen, der Beratungsstelle für Betroffene von rassistischer und rechter Gewalt in Hessen – response sowie antifaschistischer Akteur*innen vor Ort zeigen in der Hauptdurchführungsregion und in angrenzenden Gebieten eine Kontinuität extrem rechten, antisemitischen und rassistischen Denkens und Handelns. Das Spektrum der erfassten und gemeldeten Fälle reicht von Sachbeschädigungen über An- und Übergriffe bis hin zu extrem rechts motivierten Morden.¹ Betroffen sind häufig geflohene Personen, oder Menschen, die nach dem rassistischen Weltbild der Täter*innen nicht in Deutschland leben sollten. Das

Denken und Handeln der Täter*innen fußen auf einem Angebot aus verschiedenen extrem rechten Phänomenbereichen. Der Kontakt zu extrem rechten Inhalten und schließlich auch Radikalisierung findet beispielsweise durch Online-Formate (Blogs, Social Media, YouTube, ...), offen rassistische, vor allem gegen fluchtbedingte Migration gerichtete, Straßen-Mobilisierungen und sogenannte Corona-Spaziergänge statt sowie über AfD-Ortsgruppen und deren Internetauftritte, den Kontakt zu Reichsbürger*innen und völkischen Siedler*innen oder zur NPD, über geschlossene Kameradschaftsstrukturen und letztlich auch militante und terroristische Gruppen.²

Forschungslücken: Engagement und Politische Bildung an beruflichen Schulen im ländlichen Raum

Aktuelle Forschungen belegen, dass SbS einen strukturell deutlich schlechteren Zugang zu politischer Bildung bekommen als Schüler*innen anderer Schulformen. Zusätzlich werden bei ihnen in der schu-

lischen Ausbildung demokratiefördernde Kompetenzen wie Resilienz, Empathie und gemeinsame Problemlösung kaum gefördert (Achour & Wagner, 2019).

Hinzu kommt, dass Angebote zur Freizeitgestaltung und für freiwilliges Engagement, in Form von demokratischem Vereinswesen, im ländlichen Raum wenig vorhanden sind. Zudem adressiert das vorhandene Angebot vor allem junge Männer*. Junge Frauen* finden nur selten Anschluss (Kleiner & Klärner, 2019; Hameister et al., 2017; Antes et al., 2022; Mittertrainer & Thiessen, 2022). Beides führt dazu, dass unter den SbS die Offenheit für demokratiefeindliche und extrem rechte Einstellungen messbar größer ist als bei Schüler*innen anderer Schulformen (Albert et al., 2019; Achour & Wagner, 2019). Auch in Bezug auf Sekundären Antisemitismus liegen unter SbS etwas höhere Zustimmungswerte vor (Achour & Wagner, 2019).

Ein Problem der Studien ist allerdings die geringe Datenlage in Bezug auf Berufsschulen, insbesondere im ländlichen Raum. Von Ihnen ausgehend ist eine fundierte

”

Aktuelle Forschungen belegen, dass SbS einen strukturell deutlich schlechteren Zugang zu politischer Bildung bekommen als Schüler*innen anderer Schulformen.

99

Hauptziel des Projektes [ist es], SbS durch außerschulische politische Bildung zu stärken.

Beschreibung der Zielgruppe des Projekts „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ nicht möglich. Feststellungen zum Unterschied zwischen Gymnasium, Real-, Haupt- und Integrierte Gesamtschule lassen sich nur thesenhaft auf berufliche Schulen ausweiten.

64

Quantitative und qualitative Erhebungen in der Projektarbeit

Auf dem bisherigen Wissen aufsetzend – lange Traditionslinien rechter Haltungen in Thüringen und Hessen, vernachlässigte politische Bildung in Berufsschulen – ist das Hauptziel des Projektes, SbS durch außerschulische politische Bildung zu stärken. Die konkreten Inhalte der pädagogischen Arbeit mit den SbS werden in diesem Rahmen nicht dargestellt. Diese Forschungsnotiz stellt stattdessen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation und der Einstellungserhebungen der SbS als Teil der Projektarbeit vor.

Jeder Seminartag wird durch das Projektteam evaluiert. Die Auswertung besteht aus drei Komponenten: 1. Dem anonymen Feedback, per Moderationskarten, und dem offenen Feedback, in der Tagesauswertungsrunde, zum Ende jedes Seminartages, der Schüler*innen 2. Der teaminternen Reflektion der Methoden und Lerninhalte 3. Der teaminternen Reflektion der Beiträge von Schüler*innen sowie einer Reflektion über die Arbeitsatmosphäre. Auf dieser Grundlage werden die Seminar-konzepte weiterentwickelt, Bedarfe seitens der Schüler*innen festgehalten und Ein-drücke gewonnen. Sie fließen als qualitative Daten in die wissenschaftliche Arbeit des Projektteams ein. Diese leiten sich meist aus den Ergebnissen assoziativer Methoden und den Wortbeiträgen im Verlauf der Seminartage ab.

Außerdem führte das Projektteam im Rahmen des Seminarprogramms eine anonyme Einstellungserhebung per Fragebogen durch. Zusammen ergeben die Beobachtungen und die Erhebung die Grundlage der Projektergebnisse.

Erhebungsinstrument und Durchführung

Der Fragebogen wurde zum Jahresanfang 2022 als Work-in-Progress entwickelt. Dabei wurde auf bestehende Umfragedesigns zurückgegriffen (BpB, 2014; 2017;

Deutsches Kinderhilfswerk e.V., 2012). Er umfasst insgesamt 32 Single-Choice-, Multi-Choice- und isolierte Items. Abgefragt wurden die Bereiche: a) Angaben zur Person b) Demokratie und politisches Interesse c) Problemwahrnehmung d) Problemlösung und Engagement e) Zivilcourage und extreme Rechte. Während Bereich a) zu Beginn des Fragebogens in Block abgefragt wurde, wurden die Bereiche b) bis e) nicht voneinander getrennt abgefragt. Sprachlich wurden einzelne übernommene Items dem Bildungsniveau angepasst. Die Schüler*innen hatten darüber hinaus die Möglichkeit, während der Beantwortung des Fragebogens, Verständnisfragen zu stellen. Dadurch sollten eventuelle Falsch- oder Nichtangaben vermieden werden.

Drei von vier Schulklassen, die an den Seminaren des Projektes teilgenommen haben, haben den Fragebogen sowohl zu Beginn des Seminarprogramms als auch zum Ende ausgefüllt, um Veränderungen im Einstellungsmuster feststellen zu können. Die vierte Klasse konnte nicht berücksichtigt werden, da sie sich zum Zeitpunkt der Einführung des Fragebogens bereits im Seminarprogramm befand.

Bei der ersten Befragung nahmen $n = 50$, bei der zweiten $n = 30$ Schüler*innen teil. Der Altersdurchschnitt lag bei knapp 17,5 bzw. 18 Jahren. Bei der ersten Befragung gaben die Teilnehmenden an, zu 50 Prozent weiblich und zu 50 Prozent männlich zu

sein, bei 4 Teilnehmenden fehlen Angaben zum Geschlecht. Bei der zweiten Befragung nahmen 19 weibliche und 11 männliche Personen teil.

Strukturelle Benachteiligungen von SbS – lokale Bestandsaufnahme

Das Projektteam hat zum Ende des Projekts die qualitativen Berichte mit den Ergebnissen der quantitativen Erhebung zusammengeführt und abgeglichen. Sie bestätigen die Ergebnisse der großen, im Abschnitt *Forschungslücken*: [...] aufgegriffenen Erhebungen für den lokalen Kontext.

Im Seminarkontext deutlich geworden, aber nicht in der quantitativen Befragung erfasst, liegen die Bereiche politische Bildung an Beruflichen Schulen, politische Selbstvertretung im Rahmen der Schüler*innenvertretung, die Wahrnehmung von Schule als sozialer und gestaltbarer Raum sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Unterricht.

Aus den Erzählungen der Schüler*innen ging hervor, dass im Politik- und Wirtschaftsunterricht zudem vor allem formale Aspekte der repräsentativen Demokratie behandelt werden. Die Corona-Pandemie hat bei fast allen teilnehmenden Klassen dazu geführt, dass der Politik- und Wirtschaftsunterricht zugunsten der Prüfungs-

fächer stark eingeschränkt wurde und in Teilen komplett ausgefallen ist – die genauen Zeiträume wurden nicht erhoben. Zusätzlich teilten die Schüler*innen mit, dass der Schwerpunkt im Unterricht – sofern dieser überhaupt stattgefunden hat – auf Wirtschaft gelegen hätte.

In Teilen wurde Schule außerdem als reiner Lernort, nicht aber als gestaltbarer Ort erlebt. Auch das ist zum Teil durch die Struktur beruflicher Schulen begründet. Besonders deutlich zeigt sich dies an der teilnehmenden Berufsschule. Weder werden Arbeitsgemeinschaften angeboten, noch besteht die institutionalisierte Möglichkeit, diese zu gründen. Auch eine politische Schüler*innen-Selbstvertretung (SV) im klassischen Sinne ist nicht gegeben. Der Einschätzung des Projektteams nach handelt es sich hierbei um die spezifische Situation an dieser Berufsschule.

Grundsätzlich ist zu bedenken, dass das Pensum des Politik- und Wirtschaftsunterrichts auch Schüler*innen unterschiedlicher beruflicher Schulen unterschiedlich hoch ist. An Berufsschulen und Fachoberschulen ist jeweils eine Unterrichtsstunde pro Woche angesetzt (Hessenrecht, 2023/II & III). An einer Berufsfachschule sind es eineinhalb Unterrichtsstunden pro Woche (Hessenrecht, 2022). Im Vergleich dazu liegt das wöchentliche Pensum an beruflichen Gymnasien bereits bei zwei Wochenstunden, hinzu kommen weitere drei Wochenstunden im Bereich Wirtschaftswissenschaften (Hessenrecht, 2023/I).

Es lässt sich also zunächst ein strukturell bedingter Mangel an Erfahrungen mit demokratischen Organisations- und Aushandlungsprozesse sowie ein geringer Zugang zu schulischer politischer Bildung feststellen. Entlang der Bildungsbiografie wird dadurch das Potenzial für die Verstärkung sozialer Polarisierung begünstigt.

”

Es lässt sich also zunächst ein strukturell bedingter Mangel an Erfahrungen mit demokratischen Organisations- und Aushandlungsprozesse sowie ein geringer Zugang zu schulischer politischer Bildung feststellen.

Politische Einstellungen der Schüler*innen – Polarisierungstendenzen und Suchbewegungen

Dieses Potenzial findet seine Materialisierung unter den Schüler*innen. Es soll nun anhand der quantitativ erhobenen und qualitativ beobachteten Polarisierungstendenzen dargelegt werden. Um diese besser hervorheben zu können, werden die Ergebnisse nicht entsprechend den abgefragten Bereichen angeführt, sondern miteinander kontrastiert:

Demokratie und das Recht der Stärkeren

43 Schüler*innen halten der ersten Erhebung nach die parlamentarische Demokratie für die sinnvollste Regierungsform in Deutschland. Vier gaben teils/teils an und drei gaben an, dem überhaupt nicht zuzustimmen. Dem gegenüber stehen deutlich höhere Zustimmungswerte für das „Recht des Stärkeren“. Eine Interpretationsmöglichkeit eröffnet sich bei der Betrachtung der Evaluationsberichte. In einer Methode sollten die Schüler*innen Sätze wie „Jede*r ist seines*ihres Glückes Schmied*in“ diskutieren. Es wurde deutlich, dass weithin Chancengleichheit und Gleichberechtigung angenommen wurden. Auf dieser Grundlage sei jede Person selbst gänzlich für den eigenen

Lebensweg verantwortlich. Zugestimmt wurde dementsprechend auch der Aussage, dass je mehr eine Person leiste und Verantwortung trage, desto höher müssten Lohn und Anerkennung sein. Hier deutet sich also ebenso wie in der Umfrage eine stark individualisierte Perspektive auf Gesellschaft an, in der der Staat verwaltet und die Mitglieder weitestgehend auf sich selbst gestellt sind.

Ressentiment und Solidarität

Eine Ambivalenz deutet sich in der Positionierung zu geflüchteten Menschen an. Einerseits werden sie, mit wenigen Ausnahmen, als zu unterstützende Gruppe wahrgenommen. Andererseits bestehen Vorbehalte gegen geflüchtete Menschen in der eigenen Nachbar*innenschaft. Auch dies bestätigt bestehende Forschungen, wie die Studie „Wie ticken Jugendliche“ aus dem Jahr 2016 (Borchard et al., 2016), für den lokalen Kontext. Was sich in der Befragung als teilweise, schwache und volle Zustimmung zur Ablehnung zeigt, wurde in den Seminaren plastisch. So wurden vereinzelt Erzählungen geteilt, die Geflüchtete als besonders rücksichtslos (Lautstärke und das Hinterlassen von Müll) darstellten, sowie als potenziell sexualisiert, gewalttätig markierten. Das Projektteam erhielt jedoch den Eindruck, dass es sich hierbei um „Hörensagen“ handelte. Auf welchem Kommunikationsweg sie die negativen

Erzählungen aufgenommen haben, konnte das Projektteam nicht eindeutig klären.

Es wurde deutlich, dass solche Negativerzählungen vor allem in Klassen ohne Schüler*innen mit Fluchterfahrung geteilt wurden – soweit diese thematisiert wurden. In den anderen Klassen wurde hingegen eher die rassistische Ungleichbehandlung geflohener Menschen aufgrund des Herkunftslandes oder der Hautfarbe thematisiert. Genannt wurde der unterschiedliche Umgang mit syrischen und ukrainischen Geflüchteten, sowie Weißen und PoC Personen, die aus der Ukraine geflohen sind.

Engagement

Die Beobachtungen in den Seminaren wie auch die Angaben zu Item 28 zeigen zwei Dinge deutlich: Auf der einen Seite sind nur wenige Schüler*innen in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv. Die allermeisten von ihnen sind in Sportvereinen aktiv. Explizit politisches Engagement findet kaum statt. Im Schnitt der beiden Erhebungen würde sich jedoch gerne jede fünfte Person einbringen. Einige bemängeln das vorhandene Angebot als nicht ausreichend.

Selbstkritisch muss das Projektteam feststellen, dass das Item bezüglich der Erhebung des Desinteresses an Engagement nicht geeignet ist. Die Angabe „Nein, keine

Lust/ Zeit dafür“ ist nicht eindeutig zu interpretieren. Ob ein*e Schüler*in keine Zeit oder Lust hat, stellt einen fundamentalen Unterschied dar.

Extreme Rechte und couragiertes Handeln

Befragt nach der Einschätzung zur Gefährlichkeit extrem rechter Akteur*innen zeigt sich deutlich, dass diese überwiegend als eher bis sehr gefährlich wahrgenommen werden (12 und 18 aus 50 erhobenen Werten der ersten Befragung, weitere 14 teils/teils). Während der Seminartage zeigte sich, dass unter den Schüler*innen kaum jemand Erfahrungen mit der extremen Rechten besitzt. Berührungspunkte ergaben sich vor allem dann, wenn Schüler*innen in ihrer Freizeit bspw. an Demonstrationen von KAGIDA, dem lokalen Ableger von PEGIDA in Kassel, vorbeiliefen. Ein paar kannten, auch wegen direkter persönlicher Bezüge zur Ortschaft/Region Akteur*innen aus der extrem rechten Szene in und um Eisenach. Die angenommene Gefährlichkeit wirkt sich jedoch direkt auf die Bereitschaft zu solidarischem Handeln gegenüber Betroffenen von Diskriminierung aus. Auf Nachfrage des Projektteams gaben die Schüler*innen an, dass die Bereitschaft deutlich sinke, wenn sich die diskriminierende Person aggressiv bis offen gewalttätig verhalte. Dies drückt sich in den hohen Zustimmungswerten

für die Angabe „Ja schon, aber abhängig von der [Anmerkung des Verfassers: diskriminierenden] Person“ aus. Sofern dies nicht der Fall ist, zeigt sich die Mehrheit der Befragten dazu bereit, Betroffene zu unterstützen und in die jeweilige Situation zu intervenieren.

Ergänzend zu diesen vergleichbaren Ergebnissen und Eindrücken sollen hier zwei weitere Feststellungen der Projektteams angeführt werden. Durch die Dauer des Seminarprogramms, dessen Termine nach Möglichkeit außerhalb des gewohnten, schulischen Kontexts stattfinden, sind Arbeitsatmosphären und Verhältnisse entstanden, die auch das Besprechen sensibler Themen und Unsicherheiten ermöglichten. Dabei wurde deutlich, dass den Schüler*innen häufig die Sprache zur konkreten Benennung eigener Erfahrungen fehlt – beispielsweise Racial Profiling. Durch die gemeinsame Arbeit konnten diese auf einer weiteren Ebene verstanden und gesellschaftlich eingeordnet werden. Auch die Themen sexuelle Vielfalt sowie diverse Geschlechteridentitäten kamen auf. Das Projektteam konnte beobachten, dass vor allem zwischen sich gemäß binärer Geschlechtskategorien identifizierenden Schüler*innen und sich anders identifizierenden Schüler*innen massive Defizite bei Verständnis und Empathie, zulasten der Minderheit an nicht binären Personen bestanden.

Vorgefundene Polarisierungstendenzen

Die Einstellungsmuster der Schüler*innen weisen, wie hier gezeigt werden konnte, in mehreren Punkten eine konflikthafte Gleichzeitigkeit auf. Zum einen eine solidarische, demokratische Grundhaltung. Zum anderen Ressentiments, eine starke Fixierung auf individuelle Lebensgestaltung – mit Fokus auf Beruf und Familie – sowie individuelles Durchsetzungsvermögen, als die Gesellschaft strukturierendes Moment. Letzteres wurde durch die Auswirkungen der Pandemie deutlich begünstigt. So berichteten viele Schüler*innen von sozialem Rückzug, zugleich bildet die Kernfamilie den maßgeblichen sozialen Kontakt. Viele SbS berichteten, dass sozialer Austausch während der Zeit der Pandemie nur begrenzt stattgefunden hat und so zur Perspektiverweiterungen womöglich wenig Gelegenheit war (vgl. dazu auch Bertelsmann Stiftung, 2021).

Abgesehen von einem spezifischen Teilnehmer, der sich deutlich rechtsoffen zeigte, lässt sich für die Schüler*innen konstatieren, dass sie sich, alterstypisch (Jaschke, 2012), in einer Orientierungsphase bewegen. Sie fangen an, politisches Geschehen wahrzunehmen, einige suchen bereits politischen Anschluss. Die Schüler*innen zeigten sich insgesamt interessiert und erreichbar.

Ausblick

Das Innovationsprojekt „Gestern wie heute – Haltung zeigen!“ steht für sich, eine Vertiefung der Forschung und eine Kontinuität der pädagogischen Arbeit sind nicht gesichert. Die Ergebnisse sind also ein erster Einblick, der nur eine begrenzte Momentaufnahme darstellt. Bezogen auf die konkreten Erfahrungen sowie die offenen und neuen Fragen, die sich mit dem Projekt ergeben haben, lassen sich spezifische Ansatzpunkte formulieren. Diese könnten bspw. durch ein Folgeprojekt bearbeitet werden.

70

Neue Form der Forschung? – Anleitende Beobachtung

Da alle umsetzenden Stellen des Projektteams, sowohl die wissenschaftliche und pädagogische Koordination als auch die Studentische Hilfskraft, die Seminartage durchführt haben, kann nicht von *teilnehmender Beobachtung* gesprochen werden. Geeigneter scheint der Begriff der *anleitenden Beobachtung*, welcher zu konzeptualisieren ist.³ Der Begriff trägt der Tatsache Rechnung, dass das Setting der qualitativen Erhebung aus einem explizit interaktiven Verhältnis zwischen Seminarleitenden und Teilnehmenden besteht. Der Faktor der sozialen Erwünschtheit, so die Annahme, spielt hier vermutlich eine besondere Rolle und könnte möglicherweise

hemmenden Einfluss auf die Meinungsäußerungen der Teilnehmenden haben. Dem entgegen steht die Annahme, dass durch den Aufbau einer sozialen Beziehung über sechs Seminartage, in dem Zeitraum eines Schuljahres, ein Vertrauensverhältnis entsteht, in dessen Rahmen Schüler*innen Meinungen äußern, die ohne dieses nicht ausgesprochen würden. Die Gewichtung der beiden Faktoren wäre bei einer Konzeptionalisierung besonderes zu beachten. Außerdem ist zu klären, inwiefern dieser Forschungszugang Vor- und Nachteile gegenüber bestehenden Erhebungsmethoden aufweist und welche spezifische Qualität ihm zukommt.

Datenmenge erhöhen – Forschungslücke mit Regionalstudie füllen

Die durchgeführte Befragung deckt nur einen kleinen Teil der SbS im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ab. Sie hilft vor allem dabei, die quantitativen Beobachtungen zu stützen und gemeinsam einen ersten Blick auf die Zielgruppe im spezifischen lokalen Kontext zu ermöglichen. Dabei zeigte sich auch bei den kleinen Datenmengen, dass die Thesen größerer Studien auch für SbS im ländlichen Raum zutreffen. Eine regionale Studie wäre geeignet, diese Ergebnisse zu validieren und die bestehende Forschungslücke ein Stück weit zu schließen.

Pädagogisches Angebot erweitern

Wie schon angedeutet wurde, kamen auch Themen zur Sprache, welche nicht ausreichend im Projekt behandelt werden konnten. Einerseits wäre eine Bedarfserhebung sinnvoll, um die Eindrücke im Projekt in der Fläche zu prüfen. Andererseits zeigen schon die Projekterfahrungen, dass Tendenzen zu sozialer Polarisierung in verschiedener Hinsicht vorliegen. Diesen könnte durch Seminarangebote begegnet werden. Einerseits sollte möglichst breit und nachhaltig Sensibilisierungsarbeit geleistet werden. Andererseits sollten auch Betroffene von Ausgrenzung direkt gestärkt werden. Beides erscheint essenziell, um ein solidarisches Miteinander zu fördern und somit sozialer Polarisierung vorzubeugen.

Allgemeine Handlungsempfehlungen

Darüber hinaus können auch allgemeine Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Diese umfassen vier Ebenen:

1. Es braucht mehr empirische – qualitative wie quantitative – Forschung zu den verschränkten Bereichen Politische Bildung, Berufsschule, ländlicher Raum und Engagement.
2. Berufliche Schulen und besonders Berufsschulen müssen als Instanz der Demokratiebildung und Raum der persönlichen Entfaltung etabliert werden.
3. Außerschulische Angebote müssen gestärkt und ausgebaut werden. Sie stellen eine unverzichtbare Ergänzung zur schulischen Bildung dar.
4. Demokratiefördernde Partizipationsmöglichkeiten, besonders für junge Menschen, im ländlichen Raum müssen gestärkt werden.

LITERATUR

Achour, S., & Wagner, S. (2019). *Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Albert, M., Hurrelmann, K., & Quenzel, G.; Deutsche Shell Holding GmbH, Hamburg (Hrsg.) (2019). *Jugend 2019*. Beltz.

Antes, W., Wenzl, U., & Wichmann, S. (Hrsg.) (2022). *Jugend im Ländlichen Raum Baden-Württembergs. Aufwachsen – Mitgestalten – Leben*. Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Andresen, S., Heyer, L., Lips, A., Rusack, T., Schröer, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2021). *Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe*. Bertelsmann.

Borchard, I., Borgstedt, S., Calmbach, M., Flaig, B. B., & Thomas, P. M. (2016). *Wie ticken Jugendliche? 2016 Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Springer.

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2014). *M01.01 Musterfragebogen Rechtsextremismus*. <https://www.bpb.de/medien/177822>

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2017). *M 01.04 Musterfragebogen Jugend und Politik*. <https://www.bpb.de/medien/251673>

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (2012). *Umfrage zum politischen Engagement von Jugendlichen*. <https://www.dkhw.de/schwerpunkte/beteiligung/umfrage-zum-politischen-engagement-von-jugendlichen/>

Hessenrecht (2023/I, 25. Januar). *Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) vom 20. Juli 2009*. https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-OSt_Abi-VHErahmen

Hessenrecht (2023/II, 25. Januar). *Verordnung über die Ausbildung und Abschlussprüfung an Fachoberschulen (VOFOS) vom 17. Juli 2018*. Quellenlink: <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-FOSchul-APrOHE2018V4P1>

Hessenrecht (2022, 21. September). *Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung an zweijährigen Berufsfachschulen vom 2. Dezember 2011*. <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-AssBFSchulAPrVHE-2011rahmen>

Hessenrecht (2023/III, 25. Januar). *Verordnung über die Berufsschule vom 9. September 2002*. <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/hevr-BerSchulVHEV7IVZ>

Jaschke, H.-G. (2012). *Zur Rolle der Schule bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus*. BpB/ APuZ

Kausmann, C., Simonson, J., & Hameister, N. (2017). *Freiwilliges Engagement junger Menschen. Sonderauswertung des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys*. Bundesamt für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kleiner, T.-M., & Klärner, A. (2019). *Thünen Working Paper 129. Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf*. Thünen-Institut für Ländliche Räume.

Mittertrainer, M., & Thiessen, B. (2022). „Was sollen die Nachbarn denken?“ – Politische Handlungsorientierungen junger Frauen in ländlichen Räumen. Vortrag auf dem 41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022.

Reimann, B. W. (2020). Soziale Polarisierung. In D. Klimke, R. Lautmann, U. Stäheli, C. Weichner, & H. Wienold (Hrsg.), *Lexikon zur Soziologie* (S. 586). Springer VS.

Salzborn, S. (2020). *Rechtsextremismus – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Nomos Verlagsgesellschaft.

Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume (Hrsg.) (2023). *Thünen-Landatlas*. www.landatlas.de

¹ In der jüngeren Vergangenheit können der NSU-Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel, der Mord an Walter Lübcke in Wolfhagen/Istha 2019, die neun extrem rechts motivierten Morde sowie der Mord an der eigenen Mutter in Hanau 2020 aufgeführt werden. Zu den extrem rechten Täter*innen finden sich Analysen und Rechercheberichte unter anderem bei NSU Watch Hessen, Link: <https://hessen.nsu-watch.info/>, der antifaschistischen Zeitung LOTTA, Link: <https://www.lotta-magazin.de/>, dem Antifaschistischen Infoblatt, Link: <https://www.antifainfoblatt.de/> und dem IDZ Jena <https://www.idz-jena.de/>. Die Alltäglichkeit rechter An- und Übergriffe ist anhand der Monitoring- und Jahresberichte des Demokratiezentrum und Beratungsnetzwerks Hessen, Links: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/> und <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/jahresberichte/>; dem Monitoring von RIAS Bund, Link: der Chronik des Meldenetzwerkes Hessenschauthin, Link: <https://hessenschauthin.de/chronik/>; den Berichten von Mobit zu Thüringen, Link: <https://mobit.org/materialien/dokumentation-information-und-recherche/>; der Chronik und dem Mapping von MutgegenrechteGewalt, Link: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfalle/>; dem Mapping des Kooperationsprojekts Tatortrechts, Link: <https://tatortrechts.de/karte?bbox=3.10623,46.70264,17.79677,55.23517&organizationsSelected=>, der Chronik von EZRA, Link: <https://ezra.de/chronik/>, den Jahresberichten des IDZ Jena, Link: <https://www.idz-jena.de/im-dialog/thueringer-zustaende-und-weiteren-nachzuvollziehen>.

² Analysen zu der extremen Rechten in der Region finden sich ebenfalls beim IDZ, dem Beratungsnetzwerk Hessen, antifaschistischen Gruppen (bspw. AGST, Link: <https://agst.noblogs.org/>) und den in Endnote 1 bereits genannten Zeitungen/ Magazinen.

³ Herzlichen Dank an Miriam Tekath (Philipps-Universität Marburg). Sie schlug den Begriff der *leitenden Beobachtung* im Rahmen der gemeinsamen Diskussion auf dem Soziologiekongress der DGS in Bielefeld 2022 vor.

ZUM AUTOR

Paul Lachmann ist Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher. Er ist wissenschaftlicher Projektmitarbeiter an der Georg-August-Universität Göttingen, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, sowie pädagogischer Projektmitarbeiter in der Stiftung Adam von Trott, Imhausen e.V. Er ist für die Umsetzung des Projekts „Gestern wie heute - Haltung zeigen!“ verantwortlich.

73

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Dominik Dauner, Nils Haacke, Cathrin Mund und Lucas Steger.**

Lektorat extern:

Prof. Dr. Claudia Neu (Projektleitung), Lehrstuhl für Soziologie ländlicher Räume an der Georg-August-Universität Göttingen und der Universität Kassel.



AUS DER
REDAKTION

Soziologiemagazin goes DGS Kongress 2022

von Veronika Riedl & Andreas Schulz-Tomančok

In kaum einer Stadt fiel im Zeitraum vom 26. bis 30. September 2022 öfter das Wort ‚Polarisierung‘ als in Bielefeld. Grund dafür war die Ausrichtung des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) an der renommierten Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Auch zahlreiche Mitglieder des *soziologiemagazin* e. V. wollten sich diese Zusammenkunft nicht entgehen lassen. Der DGS Kongress 2022 bot uns nicht nur eine willkommene Gelegenheit, mit der erneuten Organisation eines Panels nachwuchswissenschaftliche Perspektiven im deutschsprachigen soziologischen Diskurs sichtbar(er) zu machen und durch unseren Stand unsere redaktionelle Arbeit dem Kongresspublikum vorzustellen, sondern auch uns – die Redaktionsmitglieder des *Soziologiemagazins* – nach langer Zeit wieder „offline“ zu treffen. Für einige Mitglieder unseres Teams, die in den letzten von Corona geprägten Jahren zu uns gestoßen sind, bedeutete dies, zum ersten Mal andere Mitglieder in leiblicher Ko-Präsenz zu treffen. Die Besonderheit des diesjährigen

Soziolog*innen-Aufgebots, der nach zwei gelungenen Online-Kongressen in Berlin und Wien nun erstmals wieder das physische Zusammenkommen der Community ermöglichte, wurde in den Eröffnungsbeiträgen mehrfach betont und die Freude über den Austausch während des anschließenden Umtrunks greifbar. Es soll an dieser Stelle jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die Teilnahme an Online-Kongressen in vielerlei Hinsicht niederschwelliger ist und uns das Online-Format womöglich noch länger begleiten wird.

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung, für deren Besuch sich die Kongressteilnehmenden trotz Regen geduldig in die Schlange vor der Bielefelder Stadthalle einreihen, wurden aktuelle Debatten – darunter der Ukraine-Krieg, die Diskussionen rund um Antisemitismus, Kolonialismus und Rassismus im Rahmen der *documenta fifteen* – aufgegriffen und darüber zentrale Themen des Kongresses gesetzt. Die Konsequenzen vielfältiger politischer, ökonomischer, kultureller und territorialer

75

Polarisierungstendenzen sind potenziell demokratiezersetzend: Die Diskussionsbereitschaft und -möglichkeiten zwischen vermeintlich unvereinbaren Positionen nehmen ab, die Diskursmacht verschiebt sich zunehmend zu den gesellschaftlichen Polen und der verkleinerte Diskursraum treibt die Ausbildung von ebendiesen noch weiter an. Die Komplexität gegenwärtiger Konfliktlinien löste ausreichend Diskussionsbedarf unter den rund 2.500 Teilnehmenden aus – was sich nicht zuletzt in den zahlreichen Vorträgen, angeregten Diskussionen und auch Gesprächen in den Kaffeepausen zeigte.

Participatio actiosa

Neben den Vorträgen, die von einigen Redaktionsmitgliedern gehalten wurden, erwarteten wir mit Spannung die Beiträge und Diskussionen im Rahmen des vom *soziologiemagazin e. V.* organisierten Nachwuchs-Panels „Vermittlung zwischen polarisierten Welten? Ein- und Ausblicke aus Wissenschaft und Praxis“. Dem Verfassen des Call for Abstracts für das Ad-hoc-Panel gingen in diesem Jahr intensive Diskussionen in der Organisator*innen-Gruppe bestehend aus den Redaktionsmitgliedern Dominik Dauner, Hendrik Erz, Cathrin Mund, Veronika Riedl und Andreas Schulz-Tomančok voraus. Ausgehend von Reflexionen über die Tendenz, Polarisierung bzw. die Konsequenzen polarisierter

Verhältnisse als Problem zu definieren, begannen wir uns für den Aspekt der Vermittlung und damit einhergehend für Handlungsräume zu interessieren, die zwischen den ‚Polen‘ entstehen. Kontextspezifische und situative Prozesse der Polarisierung, Ent- und Repolarisierung, Strategien des ‚Brücken-Schlagens‘ standen dabei ebenso im Zentrum wie die vermittelnden Akteur*innen und Institutionen. Durch diese Schwerpunktsetzung rückte auch der Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis stärker in den Blickwinkel, weshalb wir uns dafür entschieden, den Call auch für Praktiker*innen zu öffnen. Unser Ziel war es zu erörtern, welche Rolle das Zusammenwirken von theoretischen Ansätzen, empirischen Fallstudien und in der Praxis gewonnener Expertise in der Bewältigung verschiedener Herausforderungen einer polarisierten bzw. einer von Polarisierungstendenzen geprägten Gesellschaft spielen. Das Ergebnis waren eine Reihe von spannenden Einsendungen und zwei vielfältigen Beiträgen, die Polarisierung(en) in bildungs- als auch territorialen Kommunikationslagen – in Deutschland und dem sogenannten Globalen Süden –, sowohl aus einer Praktiker*innen-, als auch aus einer wissenschaftlichen Perspektive exemplarisch vorstellten.

Auch 2021 im Rahmen des gemeinsamen „Wienerkongresses“ „*Post-Corona-Gesellschaft? Pandemie, Krisen und ihre Folgen*“ – organisiert von der deutschen und

österreichischen Fachvertretung – hatten wir als Ad-hoc-Gruppe ein Nachwuchspanel organisiert. Wir freuen uns, dass ein Großteil der Beiträge unseres Panels mit dem Titel „Upside down? Krisen und Chancen des Raums in der (Post-)Corona-Gesellschaft“ Eingang in ein eponymes [Sonderheft](#) fand. Wir haben aus unseren letztjährigen Erfahrungen gelernt und schon zu Beginn der Organisationsphase des Ad-hoc-Panels im Februar 2022 den

Entschluss gefasst, weniger Beiträge in das Panel aufzunehmen, um ausreichend Zeit für die einzelnen Vortragenden einplanen zu können, sodass diese ihre Forschungsprojekte und -ergebnisse detailliert vorstellen und diskutieren können. So haben die beiden Beiträge (nachzulesen in diesem Heft) die 165 Minuten optimal ausgefüllt und es gab ausreichend Raum für Austausch, Fragen und Diskussionen.



*An unserem Stand konnte unsere 14-jährige Publikationstätigkeit begutachtet und mehr über unsere redaktionelle Arbeit erfahren werden. Neben anregenden Gesprächen mit interessierten Nachwuchsredakteur*innen hat das Kongressteam des soziologie-magazin e.V. auch zum hopfigen „Sektempfang“ am dritten Kongresstag eingeladen.*



Bei der Panelveranstaltung „Sociologists for Future“ wurde auch über die Rolle der Wissenschaftskommunikation debattiert. Neben Soziopolis und dem Podcast „Future Histories“ von Jan Groos war auch das Soziologiemagazin mit unserem Vorstandsvorsitzenden Hendrik Erz vertreten. Neben den Potenzialen und Herausforderungen wurden auch die Notwendigkeiten einer über ein Fachpublikum hinauswirkenden Wissenschaftskommunikation angesprochen. Fazit und Schlusswort: Die Soziologie ist nicht die einzige Wissenschaft, die vor der derzeitigen Herausforderung steht, ihren Weg und ihre Kommunikation zur multiplen Krisenbewältigung zu finden.

Wo anfangen, wie weitermachen?

Die Arbeit am Stand, die Diskussionen in unserem Ad-hoc-Panel, sowie die Beiträge der *Sociologists for Future* verdeutlichten abermals die Notwendigkeit einer institutionalisierten Nachwuchsförderung, um neben der Aufbauarbeit auch unverbrauchte Ideen zu fördern und in den Diskurs zu überführen. Der DGS Kongress bot hierfür erneut eine gute Plattform, Studierenden Raum zu geben und zu partizipieren. Dies zeigte sich sowohl an der beträchtlichen

Anzahl an Student*innen in den Panels, als auch an dem bekundeten Interesse an unserem Stand. Auch wenn es sicherlich auch hier noch Potenzial zur weiteren Öffnung hin zum Nachwuchs gibt, ist die DGS anderen deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Fachdisziplinen weiterhin voraus. Die Thematisierung von strukturellen Problemen, die jüngst auch unter #IchBinHanna Einzug in einen breiter geführten Prekarisierungsdiskurs der Wissenschaften fand, wurde trotz der quantitativen und qualitativen

Folgen für das wissenschaftliche Arbeiten vergleichsweise überschaubar thematisiert. Die Konsequenzen neuerer komplexer Finanzierungsschikanen durch nationale fördernde Institutionen ist noch nicht absehbar – die polarisierenden Effekte sind aber bereits jetzt erfassbar. Wir laden daher alle interessierten Personen ein, Perspektiven und Impulse hinsichtlich zunehmender Polarisierungen, Ökonomisierungen und Prekarisierungen der Wissenschaft essayistisch oder in kurzen Forschungsbeiträgen auf unseren [Blog](#) zu thematisieren.

Analog statt Digital

Die Komplexität der gesellschaftlichen Herausforderungen, die in den fünf Kongresstagen mannigfach diskutiert wurden, fordert Soziolog*innen dazu auf, aus pluralen Perspektiven die ‚Unordentlichkeit‘ des Sozialen, wie Paula-Irene Villa Braslavsky, die Vorsitzende der DGS, es in ihrer Eröffnungsrede ausdrückte, zu beleuchten und der medialen Verkürzung und Simplifizierung komplexer gesellschaftlicher Zusammenhänge entgegenzuwirken. Wie bereits im [Themenpapier](#) des Kongresses betont wurde, ist die Soziologie „in vielfacher Hinsicht Teil der Konstruktion von ‚Polarisierung‘ und von ‚Welt(en)‘“ – ein Aufruf zur Selbstreflexivität der Soziologie, die auch zentral in den Vorträgen unseres Ad-hoc-Panels thematisiert wurde. Nicht

nur ‚die Soziologie‘, auch ‚die Soziolog*innen‘ wurden in den Begrüßungsworten von der DGS Vorsitzenden daran erinnert, welche Rolle sie im Wissenschaftsdiskurs innehaben – beispielsweise indem die Notwendigkeit der Solidarität und Zusammenarbeit mit ukrainischen Kolleg*innen betont wurde. In der von ukrainischen Scholars organisierten Sonderveranstaltung *„Laboratory of the European Nation Becoming: sociological lessons from Ukraine“*, wurde dies u.a. unter Beweis gestellt. Im Kontext einer steigenden Wissenschaftsskepsis, wie wir sie auch im Kontext der Pandemie beobachten konnten und können, rückt die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Vermittlung wissenschaftlicher Debatten und Erkenntnisse und die Kommunikation mit einer über die Grenzen der Disziplin hinausgehenden Öffentlichkeit in den Fokus. Dass dabei nachwuchswissenschaftliche Initiativen den Raum für das Kennenlernen von und Experimentieren mit neuen theoretischen Perspektiven, innovativen Forschungsmethoden und alternativen Formaten des Schreibens und der Wissenschaftskommunikation zur Verfügung stellen und eine bedeutende Rolle einnehmen, gibt uns als Redaktionsteam Motivation für die kommenden Hefte und Projekte sowie eine freudige Erwartung auf den DGS-Kongress 2024.

Der Beitrag wurde von **Jan Schur** und **Annabell Lamberth** lektoriert.

Literatur zum Thema

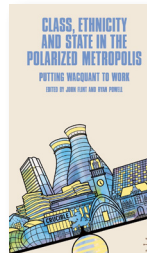
Buchempfehlungen der Redaktion

von Andreas Schulz-Tomančok



PEGIDA-Effekte?

von Julian Schenke,
Christopher Schmitz,
Stine Marg und
Katharina Tittel
Bielefeld transcript 2018
ISBN: 978-3-8376-4605-4
29,99 €



Class, Ethnicity and State in the Polarized Metropolis

von John Flint und Ryan
Powell (Hg.)
London Palgrave Mac-
millan 2019
ISBN: 978-3-030-16224-5
90,49 €

Die Deutungen zu den Ursachen und Folgen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) gehen weit auseinander, aber eines steht fest: PEGIDA hat den politischen Diskurs verändert. Die Demokratieforscher*innen um Julian Schenke gehen der Frage nach, inwiefern es der Bewegung gelingt, eine kommunikativ anschlussfähige Offerte an die Jugend zu unterbreiten. Die Ergebnisse dieser umfangreichen und differenzierten Einstellungsstudie zeigen, dass PEGIDA im lebensweltlichen Erfahrungsraum von Jugendlichen keine Rolle spielt, aber latent entscheidende Denkmuster beeinflusst und somit einen Nährboden für mögliche Effekte bieten kann.

Loïc Wacquant ist einer der einflussreichsten soziologischen Theoretiker der Gegenwart. Seine Forschungen und Schriften finden in den Sozialwissenschaften breite Resonanz. Dieser Sammelband ist eine kritische Antwort auf Wacquants besonderen Ansatz zum Verständnis der zeitgenössischen städtischen Situation in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften. Der Band blickt auf die Beziehung zwischen Klasse, Ethnizität und Staat bei der (Neu-)Gestaltung städtischer Marginalität und zieht eine Bilanz zu Wacquants Werk. Dieses bewerten sie als wichtigen Ausgangspunkt für ein neues Denken über städtische Ungleichheit in polarisierenden Zeiten.



Die Politik der Echokammer

von Torben Lütjen

Bielefeld transcript 2016

ISBN: 978-3-8376-3607-9

29,99 € / Open Access



Gesellschaftliche Polarisierung

Konfliktodynamik Jg. 10/4

Markus Troja, Alexander

Redlich und Renate

Dendorfer-Ditges

Baden-Baden Nomos 2021

ISSN Print: 2193-0147

30,00 €

Der Politikwissenschaftler Torben Lütjen zeigt in seiner eindrucksvollen Fallstudie, wie die USA entlang ihrer zwei politischen Lager – der Demokraten und der Republikaner – gespalten und in politische Echokammern zerfallen ist. In den zehn Kapiteln zeichnet Lütjen die Geschichte der Entstehung und Reproduktion von Echokammern in den USA nach. Dabei sind die ideologischen Gräben on- wie auch offline seit Jahren beobachtbar. In diesen Räumen, die nur von Gleichgesinnten bevölkert sind, fehlt es an Widerspruch; die Folgen sind ideologische Radikalisierungen. Im Zentrum seiner Untersuchung steht der Mittlere Westen der USA: Exemplarisch zeichnet er hier die paradigmatischen Konflikte innerhalb des Zweiparteiensystems nach. Schließlich stellt sich die Frage, ob die US-Problematik der unvereinbaren Ideologien durch Echokammern zu einer globalen Dystopie werden kann?

Die Zeitschrift *Konfliktodynamik* thematisiert Konflikte und ihr Management in Unternehmen und Organisationen. Die interdisziplinären Beiträge behandeln den aktuellen Stand und neue Entwicklungen in Praxis und Forschung des Konfliktmanagements. In dieser Schwerpunktausgabe widmen sich Politikwissenschaftler*innen den Themen aktueller gesellschaftlicher Konfliktfelder wie Migrations-, Klima-, und Corona-Politik (Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer), Koexistenz von Polarisierung und Kooperation (Anatol Itten) oder edukativen Depolarisierungsstrategien, die zu einer Stärkung der Demokratie führen sollen (Markus Pausch). Astrid Weidner und Ivo Ruck wenden sich der Debatte um das Gendern zu und beschäftigen sich damit, wie diese die Gesellschaft polarisiert. Organisationswissenschaftler Ali Aslan Gümüşay widmet sich in seinem Beitrag dem Konfliktmanagement in Organisationen.



Polarization

von Nolan McCarty
Oxford University Press
2019
ISBN: 978-0-190-86777-5
£ 10,99



Hassliebe

von Maik Fielitz, Julia Ebner, Jakob Guhl und Matthias Quent
Jena/London/Berlin 2018
ISBN: 978-3-940878-32-8
Open Access

Die Wahl von Donald Trump hat eine Zeit des Nachdenkens über den Zustand der amerikanischen Politik und ihre tiefen ideologischen, kulturellen, ethnisierten, regionalen und wirtschaftlichen Spaltungen ausgelöst. In aktuellen Diskussionen wird jedoch oft übersehen, dass sich diese Risse in den USA bereits seit mehreren Jahrzehnten auftun und tief in der Struktur ihrer Politik und Gesellschaft verwurzelt sind. Politikwissenschaftler Nolan McCarty beschreibt in seinem Buch Ursprünge, Entwicklung und Auswirkungen zunehmender politischer Konflikte und geht dabei auf soziale, wirtschaftliche und geografische Determinanten der Polarisierung in den USA ein. Während das aktuelle politische Klima darauf hindeuten scheint, dass extreme Ansichten immer beliebter werden, verweist McCarty auf 40 Jahre polarisierte Politik und sieht weniger einen Bruch mit der Vergangenheit, als oft angenommen.

Im Zuge islamistischer und rechts-extremer Anschläge nehmen Diskurse und Praktiken der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit neue Formen und Dynamiken an. Beide Spektren versuchen bewusst, das soziale Miteinander in (post-)migrantischen Gesellschaften für ihre Zwecke zu unterminieren. Dieser Forschungsbericht des *Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft* (IDZ) und dem *Institute for Strategic Dialogue* (ISD) widmet sich dabei der Frage, welche Wechseldynamik zwischen Rechtsextremismus und Islamismus besteht, inwiefern die Stigmatisierung des Gegenübers zur Mobilisierung für die eigenen Zwecke beiträgt und wie beide Lager strategisch voneinander lernen. Im Fokus stehen dabei sowohl die reziproke Radikalisierung als auch die Frage danach, wie in diesem Kontext gesellschaftlicher Polarisierung entgegengewirkt werden kann. sich in seinem Beitrag dem Konfliktmanagement in Organisationen.



Zugehörigkeit und Agency in polarisierten Gesellschaften

von Lena Kahle

Opladen Barbara Budrich
2017

ISBN: 978-3-8474-2038-5
39,90 €



Digital Media, Political Polarization and Challenges to Democracy

von Maren Beaufort (Hg.)

New York Routledge 2020

ISBN: 978-0-367-72734-5
34,26 \$

Die israelische Gesellschaft ist ein Beispiel für eine polarisierte und gespaltene Gesellschaft. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf das konfliktbehaftete Verhältnis zwischen jüdischen und palästinensischen Israelis, sondern auch aufgrund allgemeiner politischer und religiöser Differenzen innerhalb der Gesellschaft. Anthropologin Lena Kahle untersucht in ihrem Dissertationsprojekt die israelische Gesellschaft mit einer Bildungsabsicht zur Interaktion und Kooperation. Zentrale Themen sind die Handlungsmöglichkeiten der*des Einzelnen in einer polarisierten Gesellschaft, wie Kooperation angesichts permanenter Konflikte gelingt und welche Rolle Zugehörigkeitsformationen grundsätzlich spielen. Die Ergebnisse der Studie diskutieren sozialtheoretische Fragen von Alterität und Zugehörigkeit, gesellschaftlicher Ein- und Ausschlüsse sowie den Einfluss der Generation innerhalb biographischer Prozesse.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Maren Beaufort untersucht in ihrem Buch die Wechselwirkung zwischen sozialen Medien, politischer Polarisierung und bürgerschaftlichem Engagement. Dabei konzentriert es sich auf Länder mit unterschiedlichen Medienumgebungen, kulturellen Besonderheiten und Demokratisierungsgraden. Die Beiträge, die aus unterschiedlichen Disziplinen stammen und auf innovativen theoretischen Interventionen und empirisch fundierter Forschung beruhen, haben das gemeinsame Bestreben, den demokratischen Charakter des neuen und bisher weitgehend unbekannten Medienregimes zu verstehen. Dieses Regime hat das Potenzial, die Demokratie sowohl zu stärken als auch zu untergraben, und das in einer Zeit, in der die Verwundbarkeit der Demokratie offensichtlicher scheint als je zuvor.

Lektoriert von **Nils Haacke** und **Cathrin Mund**.

Tagungen und Termine

1 [Kämpfe um Diversität](#)

[Theorie an der Grenze von Wissenschaft und Politik](#)

Die Tagung findet vom 15. bis 17. März am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen statt.

2 [Doing Transitions – Relational Perspectives on the Life Course](#)

Die Konferenz der Eberhard Karls Universität Tübingen und der Goethe-Universität Frankfurt am Main findet vom 10. bis 12. Mai an der Goethe-Universität Frankfurt am Main statt.

3 [Nationalism, War and Defeat](#)

Die interdisziplinäre Konferenz der Universität Kopenhagen findet vom 25. bis 26. Mai ebendort statt.

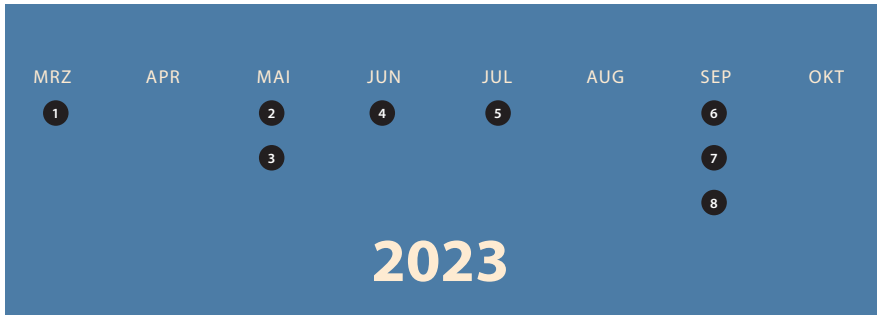
4 [Telling People Apart: Sorting, Grouping and Distinguishing](#)

Die Summer School der Johannes Gutenberg-Universität Mainz findet vom 18. bis 24. Juni ebendort statt.

5 [Kritische Zeiten](#)

[Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie \(ÖGS\)](#)

Der Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) findet vom 03. bis 05. Juli an der Wirtschaftsuniversität in Wien statt; mit Keynotevorträgen von Michaela Pfadenhauer und Andreas Reckwitz sowie zahlreichen Ad-hoc-Gruppen.



6 [Europe at the crossroads!](#)

[Analyzing the current critical junctures and the political, socio-economic and cultural dynamics in Central and Eastern Europe](#)

Die Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, des Johann Gottfried Herder-Forschungsrats (GHF) und der DGS-Sektion Politische Soziologie findet vom 05. bis 08. September an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) statt.

7 [18. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung](#)

Thema der 18. Tagung des GfHf ist *das Zusammenspiel von Hochschulforschung und Hochschulentwicklung: Empirie, Transfer und Wirkungen*. Sie findet vom 11. bis 12. September in Osnabrück statt.

8 [Politische Theorie in Zeiten der Unsicherheit](#)

Die Konferenz der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte findet vom 27. bis 29. September in Bremen statt.

Die Terminübersicht wurde von **Nils Haacke** recherchiert und von **Michelle Giez** lektoriert.

Redaktionsteam

Andreas Schulz-Tomančok (MA, M.A.), hat u.a. Soziologie in Leipzig, Bern und Wien studiert und ist derzeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung (CMC) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und der Universität Klagenfurt (AAU). Aufgaben: Administration, redaktionelle Beiträge, Lektorat und Review.

Annabell Lamberth (B.A.), studiert Soziologie an der TU Berlin. Aufgaben: Review, Autor*innenbetreuung und Lektorat.w

Cathrin Mund (M.A.), promoviert am Lehrstuhl für Kultur- und Religionssoziologie an der Universität Bayreuth. Aufgaben: Vereinsvorstand, Betreuung des wissenschaftlichen Beirats und Lektorat.

Charlotte Huch (M.A.), hat Politikwissenschaft, Wirtschaftspsychologie und Internationale Politische Theorie studiert. Arbeitet und promoviert an der Uni Hamburg im Fachbereich Kriminologie und dem Exzellenzcluster CLICCS. Aufgaben: Social Media.

Daniel Bräunling (M.A.), studierte Soziologie in Tübingen. Aufgaben: Vereinsvorstand, Review und Lektorat.

Dominik Dauner (B.A.), studiert Soziologie an der Universität Heidelberg. Aufgaben: Review.

Hannah Lindner (B.A.), studiert Soziologie in Frankfurt/Main. Aufgaben: Vereinsvorstand, redaktionelle Beiträge und Lektorat.

Hendrik Erz (M.A.), hat Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Bonn studiert und ist derzeit Doktorand am Institut für Analytische Soziologie (IAS) an der Universität Linköping (Schweden). Aufgaben: Vereinsvorstand, Review, Blogkoordination, Social Media, redaktionelle Beiträge und Heftkoordination.

Jan Schuhr (M.A.): Hat Soziologie, Sozial- und Wirtschaftspsychologie in Göttingen, Washington und Hannover studiert. Arbeitet derzeit an der Evangelischen Hochschule Dresden (ehs) zu Digitalisierungs- und Gesundheitssoziologie. Aufgaben: Lektorat.

Konstantin Schiewer (B.A.): Studiert Politikwissenschaft und Jura in Frankfurt am Main. Aufgaben: Lektorat.

Lucas Steger studiert in Konstanz Politikwissenschaften. Aufgaben: Review und Lektorat.

Marc Blüml (B.A.), studiert Soziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Aufgaben: Review und Lektorat.

Markus Kohlmeier (M.A.), promoviert an der Universität Duisburg-Essen. Aufgaben: Vereinsvorstand, Finanzen, Anzeigen.

Michelle Giez (M.A.), hat an der LMU München Soziologie studiert und ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt PROWISS in Hannover, wobei sie sich mit dem Scheitern in der Forschung beschäftigt. Aufgaben: Review, Autor*innenbetreuung, Lektorat und Satz.

Nils Haacke (M.A.), hat Soziologie an der Universität Freiburg/Breisgau studiert. Aufgaben: Lektorat, Review, redaktionelle Beiträge und Heftkoordination.

Veronika Riedl (MA, BA), studierte Soziologie an der Universität Innsbruck, in Paris und in Montréal. Aufgaben: Vereinsvorstand, redaktionelle Beiträge und Lektorat.

Danksagung

87

Das Soziologiemagazin wird — samt dem dazugehörigen Verein — ausschließlich von ehrenamtlich arbeitenden Menschen getragen: Studierende und Absolvent*innen der Soziologie und/oder verwandter Fächer, aber auch Promovierende sowie den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Professor*innen, die sich bei uns als wissenschaftliche Beiräte engagieren. An all diejenigen möchten wir auch diesmal ein herzliches und großes Dankeschön aussprechen. Danke für Eure und Ihre Energie, für die investierte Zeit und Mühe, für Diskussionen und Absprachen sowohl in der Redaktion als auch mit den Autor*innen. Ein solches Engagement ist nicht selbstverständlich und soll deshalb an dieser Stelle dezidiert bedacht, genannt und gewürdigt werden! Des Weiteren durften wir uns auch diesmal mit zahlreichen und diversen Beiträgen auseinandersetzen; vielen Dank an die dazugehörigen Autor*innen, die Lust, Zeit und vielleicht in manchen Fällen auch Mut gefunden haben, ihre Artikel einzusenden und sich dem Review-Verfahren zu stellen. Ohne solche Einsendungen und Rückmeldungen wäre unsere Arbeit frustrierend oder sogar schlicht unmöglich. Außerdem bedanken wir uns beim Verlag Barbara Budrich für die produktive und zuverlässige Zusammenarbeit. So, und das letzte große Dankeschön geht an die Leser*innen unserer Magazine und des Blogs und an die Menschen, die uns auf Facebook, Twitter und YouTube folgen. Aufgrund Eurer starken Unterstützung macht es uns wiederum großen Spaß, das Magazin – mit allem, was dazu gehört – auf die Beine zu stellen und damit auch weiterhin eine Publikationsplattform für Studierende und Promovierende der Sozialwissenschaften zu bieten.

MACH MIT!

... im Redaktionsteam

Eine E-Mail genügt! Wir suchen stets neue Gesichter mit frischen Ideen. Aktuell brauchen wir Unterstützung insbesondere für Review und Lektorat, Layout und Satz, Autor*innenbetreuung sowie für dSocial Media.

... als Autor*in in unserem Magazin

Schickt uns zu unserem aktuellen Call4Papers eure wissenschaftlichen Artikel. Außerdem nehmen wir in unseren Serviceteil „Perspektiven“ gerne auch Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder andere soziologische Inputs mit auf.

... als Blogger*in

Schickt uns eure Ideen für Rezensionen aktueller soziologischer Bücher, eigene soziologische Blog-Beiträge oder Interview-Vorschläge an: [redaktion\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:redaktion[at]soziologiemagazin.de)

Meldet euch bei uns oder leitet einen Hinweis auf uns in eurem soziologisch interessierten Umfeld weiter. Wir freuen uns!



www.sozilogiemagazin.de

Impressum

HERAUSGEBER

soziologiemagazin e.V.

Professur für Gesellschaftstheorie & Sozialforschung

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Theodor-W.-Adorno-Platz 6

60323 Frankfurt am Main

RECHTSSITZ: Halle (Saale)

VEREINSVORSTAND (VISDPR)

Hendrik Erz (Vorsitz)

Cathrin Mund (stellv. Vorsitz)

Markus Kohlmeier (Finanzen)

vorstand@soziologiemagazin.de

REDAKTION

Andreas Schulz-Tomančok, Annabell Lamberth, Cathrin

Mund, Charlotte Huch, Daniel Bräunling, Dominik

Dauner, Hannah Lindner, Hendrik Erz, Jan Schuhr,

Konstantin Schiewer, Lucas Steger, Marc Blüml, Markus

Kohlmeier, Michelle Giez, Nils Haacke, Veronika Riedl

FRAGEN BITTE AN

redaktion@soziologiemagazin.de

LAYOUT UND SATZ: Michelle Giez

TITELBILD: Foto von Luis Villasmil von unsplash

ANZEIGEN

Ansprechpartner: Markus Kohlmeier

anzeigen@soziologiemagazin.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom April 2021

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Clemens Albrecht, Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher,

Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Prof. Dr. Ulrich Bröckling, Prof.

Dr. Aldo Haesler, Prof. Dr. Ernst von Kardorff, Prof. Dr. Hubert

Knoblauch, Prof. Dr. em. Reinhard Kreckel, Prof. Dr. Thomas

Kron, Dr. Diana Lindner, Prof. Dr. Kurt Mühler, Dr. Yvonne

Niekrenz, Dipl. Sozialwirt Harald Ritzau, Dr. Cornelia Schad-

ler, Dr. Imke Schmincke, Dr. Jasmin Siri, Dr. Irene Somm, Prof.

Dr. Manfred Stock, Dr. Sylvia Terpe, apl. Prof. Dr. Udo Thie-

deke, Prof. Dr. Georg Vobruba, Dr. Greta Wagner, Priv.-Doz.

Ass.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Weicht

ERSCHEINEN UND BEZUGSBEDINGUNGEN

Jährlich zwei Hefte. Open Access

PREIS: Einzelheft Print EUR 13,00;

Abonnement Print: EUR 22,00/ Jahr,

Abonnement Print ermäßigt EUR 18,00/ Jahr

(inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten);

E-JOURNAL: kostenlos

Das digitale Angebot finden Sie auf:

sozmag.budrich-journals.de und auf

www.sozologiemagazin.de

BESTELLUNGEN PRINT

bitte an den Buchhandel oder den

Verlag Barbara Budrich

Stauffenbergstr. 7

D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel.: +49 (0)2171.79491.50

info@budrich.de

www.budrich.de

www.budrich-journals.de

www.shop.budrich.de

Heft 26, Jg. 15, 2022

© 2022 Verlag Barbara Budrich GmbH

Opladen | Berlin | Toronto

ISSN 2198-980X

© 2022 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>. Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung bei Verwendung der gleichen CC-BY-4.0-Lizenz und unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

Dieses Heft steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/soz.v1512>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden.



SOZIOLOGIE MAGAZIN

Publizieren statt archivieren



Coming soon!

Unser neues Heft 1/2023

Was kann die Kunst?

Soziologische Annäherungen an politische und politisierende Potentiale künstlerischer Interventionen

Die Soziologie als Disziplin prägt ein komplexes Verhältnis mit der Kunst. Dabei ist Kunst, egal in welcher Form – Literatur, Theater, Film, u.v.m. – immer auch Ausdruck der sozialen Realität, in der sie entsteht, und wirkt auf diese zurück. Was 'kann' also die Kunst in einer Gesellschaft, in der Kreativität zum neuen Imperativ wird und wie können wir soziologisch darüber nachdenken?

Der Bereich der Kunstsoziologie beispielsweise setzt sich mit dem Verhältnis von Kunst und Gesellschaft auseinander. Wie kann ein Verständnis der Kunstproduktion, -rezeption und -vermittlung unser Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse und Entwicklungen vertiefen? Wer definiert, was Kunst und wer Künstler*in ist? Auf welchen Ebenen lässt sich Kunst soziologisch betrachten?

Kunst ist jedoch weit mehr als nur 'Spiegel' der Gesellschaft. So werden künstlerische Werke nicht selten als Anstoß für öffentliche Debatten, z. B. um die Freiheit künstlerischer Darstellung verstanden. Politischer Aktivismus und Protestkunst gehen oftmals Hand in Hand und können somit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel leisten.

Dabei stellen sich auch Fragen nach dem Selbstanspruch der Künstler*innen, der Deutungshoheit über ihre Werke sowie der Autonomie der Kunst an sich.

Kunst hat zudem das Potenzial, nicht nur soziologische Forschungsdesigns fruchtbar zu ergänzen, sondern auch Diskussionen über epistemische und methodologische Fragen anzuregen. Welchen Aushandlungsprozessen unterliegt das interdisziplinäre Verhältnis zwischen Kunst und Wissenschaft? Welche Rolle spielt die Kunst als Feld und Medium der Wissensproduktion? Inwiefern können Mittel der zeitgenössischen Kunst den Wissenstransfer und die Wissenschaftskommunikation inspirieren?

Das Soziologiemagazin legt Wert auf Chancengleichheit und Diversität. Wir ermutigen daher insbesondere Frauen* und Personen, die einer in der Nachwuchswissenschaft unterrepräsentierten Gruppe zugehörig sind, zu einer Einsendung. Für Fragen zum Thema Gleichstellung und zu unserer Position stehen Euch unsere Ansprechpartner*innen unter [gleichstellung\[at\]soziologiemagazin.de](mailto:gleichstellung[at]soziologiemagazin.de) gerne zur Verfügung.